

# Stenographischer Bericht

## 35. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 5. Mai 1998

### Inhalt:

#### Personelles:

Entschuldigt: Landesrat Pörtl.

Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ und des LIF an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Sondervertrag Dr. Annelie Hochkofler.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Mag. Bleckmann (2867).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (2870).

Dringliche Anfrage von den Abgeordneten des LIF und der FPÖ an Landesrat Dr. Hirschmann, betreffend Sondervertrag Dr. Annelie Hochkofler.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Dr. Brünner (2874).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Hirschmann (2877).

Redner: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (2881), Abg. Dr. Flecker (2883), Abg. Dr. Wabl (2884), Abg. Dr. Lopatka (2886), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (2890), Abg. Dr. Brünner (2890), Landesrat Dr. Hirschmann (2893), Abg. Mag. Erlitz (2893), Abg. Mag. Zitz (2894), Abg. Ing. Peinhaupt (2895), Abg. Ing. Mag. Hohegger (2898), Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (2899), Abg. Keshmiri (2900).

Beschlußfassung (2901).

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 35. Sitzung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Herr Landesrat Pörtl.

Die Einberufung zu dieser außerordentlichen Sitzung erfolgt über Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Porta, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner, Dr. Brünner und Keshmiri zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit § 40 Abs. 6 GeoLT, zwecks Einbringung einer Dringlichen Anfrage gemäß Paragraph 68 GeoLT.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6 GeoLT, ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von zehn Abgeordneten der FPÖ und von zwei Abgeordneten des LIF, somit von zwölf Abgeordneten, unterzeichnet und entspricht daher den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ und des LIF an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend Sondervertrag Dr. Annelie Hochkofler.

Weiters wurde eingebracht eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten des LIF und der FPÖ an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, betreffend Sondervertrag Dr. Annelie Hochkofler.

Diese beiden eingebrachten Dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ und des LIF an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Bleckmann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage, betreffend Sondervertrag Dr. Annelie Hochkofler.

**Abg. Mag. Bleckmann (10.08 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Nachdem die Regierung, wie wir inzwischen feststellen mußten, immer lange Vorbereitungszeit braucht, haben wir die Dringliche schon am Donnerstag eingebracht, damit lange genug Zeit war, sie zu bearbeiten. Zum Glück ist in der Zwischenzeit ein bißchen was geschehen, obwohl wir wissen und es sehen, daß es viel Zeit braucht, um anstehende Probleme zu lösen.

Im Jänner 1996 ist der Landeshauptmannstellvertreter Kulturreferent geworden. Am 23. März 1996 wurde das dritte und vierte Quartal 1996, die sogenannten Infrastrukturkosten, an die Frau Hochkofler ausbezahlt. Am 30. Juni 1997 wurden das dritte und das vierte Quartal 1997 der Infrastrukturkosten angewiesen. All das waren, wie wir in den Medien lesen konnten, Akontozahlungen.

Am 4. Februar 1998 kam der Brief vom Rechnungshof, wo scheinbar schon drinnengestanden ist, daß es einige Probleme gibt. Dann – das konnte man noch nicht lesen – gab es am 30. März 1998 einen Regierungsantrag. Obwohl am 4. Februar 1998 der Rechnungshof in einem Brief an den Landeshauptmannstellvertreter einiges aufgezeigt und mitgeteilt hat, kommt ein Monat nachher ein Regierungsantrag, wo noch weitere Infrastrukturkosten an die Frau Dr. Hochkofler mit der Begründung ausbezahlt

werden sollen, „durch die Fortführung dieser ausgesprochen erfolgreichen Ausstellungstournee in Südostasien können die steirischen Interessen auch in diesem boomenden Wirtschaftsraum nachhaltiger vertreten werden.“ Und das mit einem Antrag, der einiges an Mehrausgaben, nämlich 912.000 Schilling, beinhaltet. Ausbezahlt an Frau Dr. Hochkofler, unterschrieben vom Landeshauptmannstellvertreter am 30. März 1998. Vorher, am 4. Februar, hat er einen Brief bekommen, in dem bereits Mißstände aufgezeigt wurden.

Und jetzt erst, am 4. Mai 1998, wurden gestern noch schnell einige Taten gesetzt. Was ist herausgekommen? Am 1. März 1999, also ein Jahr später, nächstes Jahr erst, soll es zu einer Änderung kommen. Am 1. März 1999, wie wir es ja gestern auch hören konnten, soll es erst zu einer Änderung kommen.

Da frage ich mich schon, wie wollen Sie das den kleinen Bürgern draußen erklären, die mit wenig Geld auskommen müssen, und wie dem kleinen Rentner, der mit wenig Geld auskommen muß? Da fragt sich jeder Bürger, was ist denn das für eine Politik, wenn wir hier erst so spät zu irgendwelchen Lösungen kommen und erst so spät eine Änderung des Vertrages herbeigeführt wird?

Zwei Jahre lang, seit 1996, gibt es schon einen neuen Kulturreferenten, zwei Jahre waren Sie, und das muß man Ihnen doch vorwerfen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, untätig, denn es wurden alle Rechnungen bezahlt, und irgendwer muß das ja gewußt haben. Es gibt ein internes Papier von einer Kuratoriumssitzung, wo die jetzige Chefin, die eigentliche Chefin der Frau Dr. Hochkofler, sagt, daß Frau Dr. Hochkofler auch keine Weisungen entgegennehme. Urlaub, Reisen, Krankenstände und dergleichen seien direkt mit dem politischen Büro abgehandelt worden – vorher war es halt das eine Büro, und jetzt ist es das andere Büro, mit dem das alles abgerechnet wurde.

Und wie kann man uns dann erzählen, ich habe von nichts gewußt, und mir war das alles nicht bekannt? Das müssen Sie uns auch erst einmal erklären.

Erst durch den Druck der von uns einberufenen Sonderlandtagssitzung und vorher durch den Druck der Medien ist eine Flucht nach vorne angetreten worden. Gestern hat es einen Termin mit der Frau Dr. Hochkofler gegeben. Aber hier sind Sie im eigenen Sumpf steckengeblieben, denn eine Lösung der leidigen Causa soll es erst nächstes Jahr geben.

Da frage ich schon, wozu muß jetzt die Frau Dr. Hochkofler noch ein ganzes Jahr in Sydney oder in New York – wo sie genau ist, wissen wir ja nicht immer – wozu muß sie denn noch so lange bleiben? Ich habe gedacht, daß diese Ausstellungen vorab organisiert werden, daß vorab alles fertig sein muß. Und wenn dann alles organisiert und fertig ist und die Ausstellung läuft, muß ich wohl nicht mehr soviel organisieren, oder verkauft sie dort vielleicht selbst die Eintrittskarten?

Dem Land Steiermark als Dienstgeber muß es wohl auch möglich sein zu sagen, du, mein Dienstnehmer, meine Angestellte, kommst jetzt wieder zurück nach Graz, weil es ist nicht mehr notwendig, im Ausland zu verweilen. Als Dienstgeber muß das ja wohl möglich

sein. Was ist das Land für ein Dienstgeber, wenn es den eigenen Angestellten nicht einmal sagen kann, daß der Dienort eben nicht New York oder Sydney ist, sondern wieder Graz?

Im Dezember 1997 konnten wir steirischen Freiheitlichen mit einem Sonderlandtag die Bestellung der Frau Dr. Konrad verhindern. Jetzt, im Mai 1998, kann wenigstens durch den Sonderlandtag erreicht werden, daß ein Termin mit Frau Dr. Hochkofler zustandekommen ist.

Da muß man schon auch betrachten, wie es denn überhaupt zu dieser Entwicklung kam. Da ist mir aufgefallen, erst, als das große Miteinander durch die Nichtbestellung der Frau Nationalrat Konrad einen kleinen Knacks bekommen hat, erst dann ist der Fall Hochkofler aufs Tapet gekommen. Bisher, und das vermute ich, wurde dieses als politisches Druckmittel verwendet, um in der Hinterhand noch etwas zu haben, wo man dem anderen sagen kann: „Wie du mir, so ich dir, die Frau Hochkofler darf bleiben, dafür gibst du mir die Konrad!“ Und so, wie man das in der Hinterhand gehabt hat, hat es dann geheißt, Auge um Auge, Zahn um Zahn, wenn nicht die Konrad, dann auch nicht die Frau Hochkofler. Jetzt wurde sie halt geopfert, weil die Vereinbarung mit der Frau Konrad nicht gehalten hat.

Und was ist gestern in dieser legendären Sitzung passiert? Sie meinten vielleicht, daß das alles mit einem Paukenschlag beendet werden könnte und man zur Tagesordnung übergehen kann.

Nicht mit uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deshalb stellen wir auch die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Bleckmann, Brünner, Vesko, Keshmiri, Peinhaupt, Dietrich, Hartinger, List, Schinnerl, Schreiner, Wiedner und Porta, betreffend Sondervertrag Dr. Annelie Hochkofler.

Erstens: Warum haben Sie im Zuge der Übernahme Ihres Ressorts nicht sofort für die Auflösung des am 17. Oktober 1994 abgeschlossenen Vertrages mit Frau Dr. Hochkofler gesorgt?

Und wenn es dann heißt, man muß doch die Vereinbarungen, die andere getroffen haben, weiterführen, dann verstehe ich nicht, warum dann jetzt Änderungen gemacht werden, und warum man sich das nicht von vornherein angeschaut und gesagt hat, so kann es nicht gehen.

Zweitens: Warum haben Sie auf Grund der Kritik des Landesrechnungshofes – es hat ja hier auch schon einen Bericht Nr. 43 gegeben – hinsichtlich des Sondervertrages von Frau Dr. Hochkofler keinen Handlungsbedarf gesehen, die dort aufgezeigten Privilegien abzustellen?

Es gab hier am 3. Februar 1998 auch einen Brief vom Rechnungshof, und bis gestern ist nichts passiert. Warum ist hier nichts passiert?

Drittens: Welche Kosten sind dem Land Steiermark dadurch entstanden, daß Sie seit dem Zeitpunkt Ihrer ersten Kenntnisnahme von den Privilegien des Sondervertrages untätig waren, insbesondere, daß Sie Frau Dr. Hochkofler nicht an ihren Dienort Graz zurückberufen haben?

Wir haben uns das auch ausgerechnet, ich bin gespannt, was da herauskommen wird, ob es hier auch unterschiedliche Beträge gibt.

Viertens: Haben Sie versucht – persönlich oder per Weisung –, mit Frau Dr. Hochkofler Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, vertragliche Änderungen, im Sinne der Beseitigung bestehender Privilegien, herbeizuführen, und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis, wenn nein, warum nicht?

Wir wissen nur von einem einzigen Brief, der geschrieben wurde, worauf dann die Frau Dr. Hochkofler erklärt hat, sie ist krank und kann nicht kommen. Es ist traurig, wenn es nur der eine war, ich bin gespannt, ob es hier mehr geben wird.

Fünftens: Haben Sie mit Ihrem Kollegen, Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, gesprochen, um ein wechselseitiges Abschieben der Verantwortlichkeit für diesen umstrittenen Sondervertrag künftig zu verhindern?

Und da würde mich noch als kleine Zusatzfrage interessieren, haben Sie denn auch die Frau Landeshauptmann Klasnic ersucht, mit der Frau Dr. Hochkofler zu reden, wie sie diese schöne Reise unternommen hat? Oder reden Sie nur darüber, wer was bekommt, und nicht, wer was nicht bekommt? Denn wenn es nur das ist, dann verstehe ich, warum nicht geredet wurde. Aber ich kann es mir irgendwie nicht vorstellen.

Andererseits, auch wenn mit mir nicht geredet wird und ich zur Eröffnung einer Ausstellung fahre, zu der Person, über die gerade soviel diskutiert wird, halte ich es schon – und vor allem für einen Landeshauptmann – für notwendig, hier auch Gespräche zu führen und mir doch diese politische Kompetenz anzueignen und zu sagen, ich spreche hier und versuche, wenn ich schon diesen weiten Weg auf mich nehme, zu einer Lösung zu kommen. Und da, Frau Landeshauptmann, verstehe ich Sie wirklich nicht und kann es nicht nachvollziehen, warum Sie es nicht der Mühe wert gefunden haben, hier ein offizielles Gespräch mit der Frau Dr. Hochkofler zu führen und sie aufzufordern, daß man zu einer Lösung kommt. Das verstehe ich nicht, denn am gleichen Tag, wo die Ausstellung eröffnet wurde, läßt die Frau Dr. Hochkofler über die Medien ausrichten, sogar verärgert ausrichten: „Über meinen Vertrag hat mit mir noch niemand geredet.“ Und das, bitte, am 25. März 1998. Bis dahin, obwohl schon seit mehreren Monaten die Mißstände bekannt waren, hat niemand mit ihr darüber geredet. Und da fährt die Frau Landeshauptmann sogar nach Australien und hält es auch nicht für der Mühe wert, Gespräche zu führen beziehungsweise darüber zu reden.

Das verstehe ich nicht, denn als Landeshauptmann muß man halt auch unangenehme Schritte setzen, nicht nur irgendwelche Ausstellungen eröffnen, Bänder durchschneiden, sondern halt auch einmal sagen, gut, ich nehme hier die Verantwortung wahr, führe dieses Gespräch mit meiner Ex-ÖVP-Kollegin und Kameradin und schaue, daß wir auf einen Nenner kommen. Leider ist es nicht passiert, die politische Verantwortung ist hier nicht wahrgenommen worden, dies ist für uns sehr enttäuschend.

Siebtens: Können Sie ausschließen, daß in dem von Ihnen Anfang '96 übernommenen Kulturressort ähnlich gelagerte Fälle – sowohl im Bereich des

Personals als auch des Sachaufwandes –, die zu einer augenscheinlichen Übervorteilung des Landes Steiermark geführt haben, noch begraben sind?

Denn hier und jetzt wäre die Gelegenheit, zwei Jahre nach Antritt des Kulturreferenten einmal zu sagen, es gibt noch andere Leichen im Keller, es ist noch einiges begraben. Jetzt wäre die Gelegenheit zu sagen, das und jenes müßte noch untersucht werden, denn im Jahre 2000 wird es dann wohl zu spät sein zu bedauern, davon habe ich nichts gewußt.

Sechstens: Diese Frage habe ich vergessen, die ist nämlich auch sehr interessant. Hat es bei Ihnen eine Intervention von Frau Landeshauptmann Klasnic über eine Aufrechterhaltung der Beschäftigung von Frau Dr. Hochkofler gegeben?

Das wäre auch interessant bei dem Spielchen Auge um Auge, Zahn um Zahn. (Landeshauptmann Klasnic: „Freilich!“) Freilich, ja, und wir werden schauen, wie dieses freilich aussieht.

Achtens: Gibt es zwischen dem Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ und dem Projekt „Imperial Austria“ einen Zusammenhang, zumal Sie mit Regierungssitzungsantrag FOKU-33 Ku 4-98/8 eine externe Prüfung beauftragt haben?

Jetzt kommen die Fragen, die für die Liberalen wichtig waren.

Neuntens: Wie beurteilen Sie den Sachverhalt, daß unter Verletzung von Bestimmungen der Steiermärkischen Landesverfassung und dem rechtlichen Gebot zur Amtsverschwiegenheit ein Landesrechnungshofbericht den Medien zugespielt wird, bevor er von den zuständigen Organen, das sind Kontroll-Ausschuß und Landtag, behandelt worden ist?

Wir kennen die Dinge auch nur aus den Medien.

Zehntens: Können Sie ausschließen, daß der gegenständliche Bericht des Landesrechnungshofes von Personen, die in Ihrem Verantwortungsbereich tätig sind, den Medien zugespielt wurde?

Elftens: Sind Sie bereit, in dem Bereich, für den Sie verantwortlich sind, eine Untersuchung dahin gehend durchzuführen, ob der gegenständliche Bericht des Landesrechnungshofes den Medien zugespielt wurde?

Zwölftens: Was werden Sie tun, um die Veröffentlichung eines Landesrechnungshofberichtes vor dessen Beratung im Kontroll-Ausschuß beziehungsweise im Landtag zu verhindern?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Mit dem, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was hier den Medien verkauft wurde, mit dem allein kann es nicht abgetan werden. Die Zustände, die hier aufgezeigt wurden, die hier über die Medien transportiert wurden, müssen sofort abgeschafft werden. Und es ist noch die Frage zu klären – und das ist auch eine sehr wichtige Frage –, wie konnte es denn überhaupt zu diesen Zuständen kommen? Die Frage der politischen Verantwortung ist noch zu klären. Wieso wurden die Infrastrukturkosten in dieser Form ausbezahlt? Scheinbar muß man das noch besprechen, was man für Antworten gibt, weil man muß die Antworten accordieren, damit es den

beiden Referenten auch möglich ist, hier ähnlich, nachdem es ja auch ähnliche Fragen sind, zu antworten.

Wieso wurden die Infrastrukturkosten in dieser Form ausbezahlt? Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Beamte bei uns im Lande Steiermark gibt, die freiwillig solche Rechnungen bezahlen, sondern sie werden nachgefragt haben, sie werden sich versichert haben, ob es auch recht ist, daß dies alles bezahlt wird. Deshalb muß es auch eine politische Verantwortung geben, und diese muß noch geklärt werden. Das heißt, daß es hier einen Untersuchungs-Ausschuß wird geben müssen.

Landeshauptmannstellvertreter Schachner sagt selber, jetzt ist es Zeit, die Betroffene zu hören. Das wäre auch die Möglichkeit für Frau Dr. Hochkofler, sich hier zu rechtfertigen, vor dem Landtag, vor einem Ausschuß des Landtages diese Dinge einmal klarzulegen und zu sagen, was ist passiert, wieso ist es passiert, und wie konnte es dazu kommen. Jeder, der heute gegen einen Untersuchungs-Ausschuß stimmen wird, hat etwas zu verbergen und hat Angst davor, daß die politische Verantwortung hinterfragt und aufgezeigt wird und daß hier Dinge ans Licht kommen, die nicht allen recht sein werden.

Wenn Sie – als Landtagskollegen – als Kontrollorgan der Regierung dem Antrag auf Untersuchungs-Ausschuß nicht zustimmen, unterstützen Sie es, daß die politische Verantwortung nicht hinterfragt wird und daß nicht nachgefragt wird, ob es denn politische Verantwortung gibt und wer denn wirklich für die Zustände verantwortlich ist.

Und ich fordere Sie auf, stimmen Sie zu. (Abg. Dr. Wabl: „Der Herr Landesrat Schmid hat dem auch zugestimmt!“) Ja, nur hier hat es Informationen, die auch aus den Zeitungen verkündet werden, nicht gegeben. All diese Informationen hat es nicht gegeben! (Allgemeine Unruhe.)

Ja, na endlich eine Aufregung. Daß man den Versuch startet, so etwas zu machen, da hat ja keiner etwas dagegen. Nur, daß man dann draufkommt, daß das halt doch nichts Gescheites war, das muß man halt dann auch einmal erkennen und sagen, so nicht. (Abg. Gennaro: „Mir kommen die Tränen!“)

Was habt ihr denn alle für eine Aufregung? Euer Landeshauptmannstellvertreter hat dem Ganzen nicht zugestimmt, aber hat dann ab dem ersten Tag, wo er Kulturreferent war, alle Rechnungen unterschrieben und gesagt, jawohl, das wird bezahlt, und er hat das alles gewußt. So sieht es aus! (Beifall bei der FPÖ.)

Vielleicht hat er es nicht unterschrieben, aber gewußt hat er es. Und das ist der Unterschied. Wir haben davon nichts gewußt. Es hat ja Sondervereinbarungen gegeben, von denen wir nichts gewußt haben. (Abg. Gennaro: „Nichts wissend die Pfote gehoben!“) Scheinbar wißt ihr es auch nicht, was hier alles vorgefallen ist. (Abg. Vollmann: „Das ist eure Methode, die Arroganz!“) Na, wir werden sehen, liebe Kollegen, jeder von euch, der jetzt schreit, muß dann auch sagen, jawohl, Untersuchungs-Ausschuß. (Beifall bei der FPÖ). Denn dann müßtet ihr auch daran interessiert sein, hier mehr zu wissen und mehr zu erfahren. Dann werden wir ja wissen, wieviel der freiheitliche

Landesrat gewußt hat. Und wir werden uns das anschauen, vielleicht verlangen wir ja sogar eine namentliche Abstimmung, wenn das so weitergeht, und so, wie ihr euch da hier verhaltet. (Beifall bei der FPÖ.) Dann werden wir sehen, ob es ein Interesse des Landtages gibt, daß man sich dafür interessiert, daß hier mehr Informationen ans Tageslicht kommen. Jeder, der jetzt geschrien hat – da bin ich dann sehr gespannt –, müßte sich für einen Untersuchungs-Ausschuß aussprechen. Da bin ich sehr neugierig, ob sich einer von euch dann auch für einen Untersuchungs-Ausschuß aussprechen wird.

Und ich fordere Sie auf, machen Sie Nägel mit Köpfen und hauen Sie sich nicht immer selber auf die Finger, denn Sie sehen ja, es tut sehr weh. Machen Sie keine halbherzigen Lösungsvorschläge, sondern stimmen Sie, nachdem Sie es ja jetzt so kundgetan haben, dem Untersuchungs-Ausschuß zu. (Beifall bei der FPÖ. – 10.27 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (10.27 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich die Fragen beantworte – und das war für mich ein überraschender Zusatz, Frau Klubobfrau Mag. Bleckmann –, stelle ich etwas ganz klar, weil ich Unterstellungen in dieser Form nicht zur Kenntnis nehmen, wie Sie sie hier machen. Es hat zwischen dem Fall Konrad und dem Fall Hochkofler überhaupt keinen Konnex gegeben, in keiner Beziehung. Sie werden auch an der Chronologie sehen, daß das rein zeitlich nicht möglich ist. Im Fall der Frau Dr. Konrad war es so, daß ich mit der Österreichischen Volkspartei eine Vereinbarung hatte, daß Frau Dr. Konrad für drei Jahre befristet einen Vertrag bekommt, dessen Inhalt Sie, so wie wir auch, grosso modo gekannt haben. Diese Vereinbarung wurde von der ÖVP eine Woche lang nach Bekanntwerden dieser Einbringung in die Regierung durch den Kollegen Hirschmann verteidigt. Die Kollegin Klasnic selbst hat in der Öffentlichkeit erklärt, den ganzen Wirbel gibt es nur, weil es sich um eine Frau handelt. Und am Tage vor der Landtags-sitzung wurde mir mitgeteilt, daß die ÖVP nicht in der Lage ist, diese Vereinbarung einzuhalten. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, hätte man von Haus aus zu mir gesagt, das geht nicht, wäre das kein Problem gewesen, wäre von mir nie mehr angesprochen worden.

Daß ich einigermaßen konsterniert war, daß man eine Vereinbarung so lange trägt und am Schluß abspringt, das wird mir wohl zuzubilligen sein, denn ich gehe normal davon aus, daß ein gegebenes Wort auch hält. Aber ich habe das zur Kenntnis genommen und sage noch einmal, Ihre Unterstellung, daß es einen Konnex gegeben hat, weise ich auf das schärfste zurück, wirklich mit Betroffenheit, daß Sie solche Dinge in der Form vorbringen. Das, glaube ich, gehört sich auch nicht, wie ich auch im anderen Fall enttäuscht sein durfte. Das steht mir ja wohl noch zu.

### Zu Ihren Fragen:

Der mit Frau Dr. Hochkofler und dem Länd abgeschlossene Vertrag enthält sinnigerweise keine ordentliche Kündigungsklausel. Deshalb wäre zu jedem Zeitpunkt bis heute eine einseitige Aufkündigung nur mit ungewissem Ausgang – Sie wissen, was ich damit meine – und unabsehbaren Kosten zu Lasten des Landes Steiermark möglich gewesen. Sie kennen auch andere Verträge, Frau Klubobfrau, die abgeschlossen wurden. Und wie die beendet werden mußten, wissen Sie auch. Das waren auch Verträge zugunsten bestimmter Persönlichkeiten aus der ÖVP. Einmal mußte sogar der Kollege Hirschmann mit anderen Mitteln einspringen, um das Problem zu bereinigen.

Jeder hat diesen Vertrag gekannt, aber ich rede mich nicht nur auf diese juristische Situation aus, sondern sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit, ich habe, offensichtlich im Unterschied zu Ihnen, ein anderes Verständnis im Umgang mit dem, was vor meiner Zeit geschehen ist und was in meiner Zeit geschieht, nämlich das Prinzip, daß die Übernahme und der Wechsel eines Ressorts nicht automatisch bedeuten kann, alles in Frage zu stellen, was vorher geschehen ist. Ich halte das für eine Vorgangsweise, die in Wahrheit von einem Politiker mit halbwegsem Anstand nicht getragen werden kann. Es ist doch undenkbar, daß jeder, der ein Ressort von einem anderen übernimmt, einmal alles in Frage stellt, alles aufkündigt und sagt, ich weiß nicht genau, wie das alles ist, und auf Wiedersehen, und im übrigen interessiert mich das alles nicht. Also für mich gibt es – wenn Sie eine andere Auffassung haben, Sie haben es ja schon gesagt, ist es in Ordnung – natürlich auch gegenüber Dritten eine Rechtskontinuität und eine Verlässlichkeit des Landes. Also diese Weglegung, wie Sie sie von mir verlangen, die können Sie zwar verlangen, aber die werde ich nie tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe ein grundsätzlich anderes politisches Verständnis, wie man damit umgeht, was entstanden ist, auch wenn man selbst dagegen war. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wie oft haben Sie mit der Frau Dr. Hochkofler gesprochen?“) Wir sind bei der Frage eins, Frau Klubobfrau. Sie kriegen genaue Auskünfte.

Ich sage nur, wir unterscheiden uns offensichtlich sehr in unserer Einschätzung, wie man mit Vergangenheit umgeht und wie politische Kultur anzulegen ist.

Frage zwei: Die Privilegien, von denen Sie sprechen, sind tatsächlich solche, sowohl was das Entgelt und die Bezüge der Frau Dr. Hochkofler betrifft, als auch die Infrastrukturkosten in ihrer Gesamtsumme – ich sage ausdrücklich in ihrer Gesamtsumme. Es ist richtig, daß die sozialdemokratische Fraktion über die Zusammensetzung der Infrastrukturkosten keine Kenntnis gehabt hat, genau so wie das auch von dem Regierungskollegen Schmid behauptet wird – er wird ja dazu selbst etwas sagen.

Also, es war uns allen in dieser Regierungssitzung am 17. Oktober 1994 die Höhe des Entgeltes der Frau Dr. Hochkofler, Bezug plus Zulage – in fast gleicher Höhe, wie Sie wissen –, plus die Gesamt-

kosten der Infrastruktur, ohne Aufschlüsselung, bekannt. Das ist richtig, allen Regierungsmitgliedern war das bekannt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Wissen dieser Inhalte – und die haben uns schon ausgereicht – dagegengestimmt. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß es eine Mehrheit gegeben hat. Wir wurden überstimmt. Der Vertrag ist damit – der übrigens eine Woche vorher schon konzipiert war – rechtsgültig durch Regierungsbeschluß.

Die von Ihnen zitierte gegenständliche Prüfung, also der Bericht Nr. 43, hat den Rechnungshof selbst, wie dem Bericht zu entnehmen ist, dazu veranlaßt, ein gesondertes Prüfverfahren durchzuführen. Der Rechnungshof verweist ausdrücklich darauf. Er nimmt sozusagen diese Causa aus dem Endbericht und sagt nur ganz kurz, sie werden selbst tätig, um zu prüfen. Im übrigen, das muß ich auch einmal dazu sagen, hat auch die Frau Dr. Hochkofler die Überprüfung angeregt. Weitere Feststellungen blieben daher diesem gesonderten Bericht des Rechnungshofes vorbehalten.

Sie werden doch nicht im Ernst glauben, daß ich einen Rechnungshofbericht oder einen Vorbericht nicht abwarte, um mit irgendwelchen Schüssen, um vielleicht einen Tag eine „positive Meldung“ zu haben, dann im nachhinein alle Rechtsfolgen dem Land aufzubürden. Also, dazu bin ich auch ein bißchen noch Jurist, daß ich weiß, was man kann und was man nicht kann. Und bei diesem Vertrag – das sage ich gleich jetzt dazu – kann man sehr, sehr wenig. Wir werden noch dazu kommen.

Nach Übermittlung des Zwischenberichtes des Landesrechnungshofes, GZ: LRH 62 A 1-1997/7, betreffend „Prüfung einer Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee“, vom 3. Februar 1998, einen Tag später bei mir im Büro eingelangt, habe ich unverzüglich einen Regierungssitzungsantrag in Auftrag gegeben. Dieser wurde als dringliches Vortragsstück am Montag darauf, nämlich am 9. Februar 1998, vom Landesmuseum Joanneum, also von der zuständigen Abteilung, von mir unterschrieben, eingebracht. Nach ausführlicher Debatte in der Regierung wurde folgende Formulierung einstimmig – bitte, ich lege Wert, einstimmig – beschlossen: „Die Rechtsabteilung 1 und die Abteilung Forschungs- und Kulturmanagement werden angewiesen, mit Frau Dr. Hochkofler den am 24. September 1994 errichteten Sondervertrag – auf Grund der vorher genannten wunderschönen Klausel, der Nichtkündigungsmöglichkeit – einvernehmlich aufzulösen und sowohl was die Höhe des Entgeltes als auch die Höhe der Infrastrukturkosten betrifft, je nach Zuständigkeit der beiden Bereiche, neue Vertragsfassungen anzustreben. Die beiden Abteilungen werden im Sinne der Rechtskontinuität – bitte, einstimmiger Beschluß, im Sinne der Rechtskontinuität, über die Sie sich so aufregen – des Regierungsbeschlusses vom 17. Oktober 1994 einen gemeinsamen Antrag in die Steiermärkische Landesregierung einbringen.“

Zum Amtsvortrag – ich will sehr genau sein, denn Sie werden sehen, alles das wird ja woanders landen, daher bin ich sehr genau und sehr präzise bei dieser

Beantwortung - wurde ausdrücklich festgelegt, daß dieser nicht den Inhalt des Beschlusses betrifft, sondern der Steiermärkischen Landesregierung lediglich zur Kenntnis gebracht wurde, weil wir erst in der Regierung diesen Text gemeinsam abgestimmt haben.

Die davon betroffenen, mir unterstehenden Abteilungen - also ich habe nicht einmal eine Woche gebraucht nach dem ersten Zwischenbericht, um einen Regierungsbeschluß herbeizuführen -, FOKU und Landesmuseum Joanneum, wurden sofort, am selben Tag, schriftlich von mir informiert - schriftlich.

Frau Dr. Hochkofler wurde in Sydney am 9. Februar 1998 von meinem Büro telefonisch über diesen Beschluß in Kenntnis gesetzt. Vom 14. Februar 1998 bis 8. März 1998 war Frau Dr. Hochkofler im Krankenstand. Unmittelbar danach - ich muß immer dazusagen, laut eigenen Angaben. Auch diese Ihre Frage berechtigt, es steht in dem Vertrag überhaupt nichts drinnen, wie üblich bei solchen Verträgen, wie sie auch vorher schon abgehandelt wurden. Leider, muß man dazusagen, und wir haben es schon besprochen, also es steht überhaupt nichts über irgendwelche Pflichten, Rechte oder sonst was, es stehen nur Rechte drinnen. Also, sie hat sich krankgemeldet bis 8. März 1998. Frau Dr. Hochkofler ist in der Folge nach Australien aufgebrochen, um die Vorbereitungshandlungen zur Eröffnung vorzunehmen. (Landesrat Ing. Ressel: „Von New York aus!“) Von New York aus.

Meine Damen und Herren, das ist jetzt ein sehr wichtiger Punkt, es stehen bei diesem Projekt gewaltige Sponsorengelder auf dem Spiel. Daher ist diese von mir und letztlich dann von der Regierung beschlossene Vorgangsweise, wie ich glaube, richtig, weil wir ja nicht zu dem, was uns dieser Vertrag ohnedies schon beschert, auch noch Schadenersatzprozesse der Sponsoren bekommen wollen. Wir haben daher auch hier Rechtskontinuität gewahrt. Und ich möchte sehen, was Sie mir vorgeworfen hätten, wenn ich bei irgendeiner dieser Ausstellungen so mir nix, dir nix, gesagt hätte, zurück, aus, Ende, und wir hätten dann im nachhinein die Klagen gehabt. Ich bleibe dabei, einen Tag vielleicht die positive Mitteilung, jetzt ist was passiert, und dann im nachhinein die Prozeßkosten gegen das Land, und, wie Sie wissen, so wie das bei uns ausschaut, mit den erheblichen Verlusten, die dann für das Land entstehen.

Nach wiederholter Aufforderung der Abteilung Landesmuseum Joanneum befindet sich die Frau Dr. Hochkofler seit Sonntag - so ist es zumindest mir berichtet worden - in Graz.

Ihre dritte Frage, die sich auf die Frage der Privilegien und der Kenntnis dieser und die Zurückrufung bezieht. Sowohl die Bezüge, Frau Klubobfrau, und die Entgelte der Frau Dr. Hochkofler sowie die Infrastrukturkosten waren in ihrer Gesamtsumme seit dem Regierungsbeschluß vom 17. Oktober 1994 allen Regierungsmitgliedern bekannt. Ich sage noch einmal, bei den Infrastrukturkosten ohne exakte Aufschlüsselung, aber die Beträge waren allen bekannt. Und tun Sie jetzt nicht so, als ob es dann verwunderlich ist, daß auf Grund eines solchen Vertrages plus Infrastrukturkosten die Auszahlungen getätigt

wurden, ebenfalls einstimmige Regierungsbeschlüsse, die ich in Wahrung der Rechtskontinuität und der Nichtauflösbarkeit des Vertrages natürlich zur Auszahlung gebracht habe. Ich komme dann noch dazu, daß es dazwischen eine schwierige Situation gegeben hat.

Gestern erklärte Frau Dr. Hochkofler den mit ihr verhandelnden Spitzenbeamten, Hofrat Feil und Hofrat Eichtinger, stellvertretend für die auch sonst dort Anwesenden, daß zur Abwicklung der Ausstellung - auch in Australien, bitte, nicht nur, wie man gemeint hat, in Amerika und Kanada, sondern auch in Australien - ihre dauernde Anwesenheit in New York unabdingbar notwendig ist, da unter anderem - und jetzt komme ich wieder zu dem zurück, was ein sehr wichtiger Punkt ist - der Sitz aller maßgeblichen Sponsoren in New York angesiedelt ist. Ich frage Sie, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. DDr. Schachner kann sich sehr schwer darauf berufen, nichts von etwas zu verstehen, und würde daher bei einer unbedachten Handlung der erste sein, der auch vor dem Richter gefragt würde: „Sagen Sie, was haben Sie sich denn eigentlich gedacht, wenn Sie die einfach zurückholen?“ und dann daraus dem Land Millionenprozesse entstehen. Also, so einfach, wie Sie sich jetzt hinstellen und glauben, sich da zur Richterin aufspielen zu können, sind die Dinge nicht, wenn man eine Gesamtverantwortung hat und sie auch tragen muß. Und ich sage in dem Fall „muß“, Frau Abgeordnete, Frau Klubobfrau, Entschuldigung, „muß“, ich muß sie tragen. Ich habe sie nicht eingeleitet, ich war nicht dafür, wir alle waren nicht dafür, und ich muß sie tragen. Ich trage sie auch. Ich gehöre auch nicht zu denen, die eine Leiche wo ablegen, vor der Türe des anderen, das ist nicht meine Art. (Abg. Mag. Bleckmann: „Dann machen wir einen Untersuchungs-Ausschuß!“) Zu Ihrem Zwischenruf des Untersuchungsausschusses, Frau Abgeordnete, das ist nicht meine Ingerenz. Frau Klubobfrau, das ist nicht meine Ingerenz, das ist Sache des Landtages, zum Ersten. Und zweitens sage ich Ihnen auch etwas. Nach meinem Rechtsverständnis ist das Allermindeste, daß man die Betroffene auch einmal hört und ihr alle Möglichkeiten gibt, sich zu rechtfertigen. Aber vielleicht ist auch das schon altmodisch, vielleicht bin ich überhaupt altmodisch, aber dann sage ich Ihnen, ich bin gerne altmodisch. Da bleibe ich dabei. (Beifall bei der SPÖ.) So kann man ja wirklich auch nicht hantieren.

Was den dienstrechtlichen Vertrag betrifft, Hohes Haus, meine Damen und Herren, erklärte gestern Herr Hofrat Eichtinger wieder in dieser Besprechung und danach vor der Presse - und das hat er ja auch schon vorher getan -, daß dieser Vertrag einseitig durch das Land nicht auflösbar ist. (Abg. Dr. Wabl: „Gilt der lebenslänglich?“) Das ist die Auskunft des Herrn Hofrat Eichtinger. (Abg. Dr. Wabl: „Du hast gesagt, ein Leben lang!“)

Darf ich das fertigsagen? Das ist die Auskunft des Herrn Hofrat Eichtinger am gestrigen Tag. Ich wurde ja gefragt, warum ich den Vertrag nicht schon längst gelöst habe. Meine angebliche Mitverantwortung besteht darin, daß ich den Vertrag nicht aufgelöst

habe. Hofrat Eichtinger hat gestern neuerlich gesagt, er ist einseitig nicht auflösbar. Ich komme ja ohnedies noch zu den einzelnen Dingen.

Meine Damen und Herren, ich sage daher, ohne irgendeine Verantwortung abzuschieben, aber ich sage in aller Deutlichkeit, wer solche Verträge mit solchen Nebenabreden gewährt – und diese Verträge sind mit Mehrheit gewährt worden –, trägt die Verantwortung für die Folgen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben deswegen dagegengestimmt, meine Damen und Herren. Und auch wenn es Ihnen nicht angenehm ist, wiederhole ich es. Und wie man weiß, war das ja nicht der einzige Fall, ÖVP-Nahestehende oder Günstlinge mit besonders schönen Verträgen auszustatten.

Und nun zu den von Ihnen angesprochenen Beträgen. Die Infrastrukturkosten sind festgestanden, die Details nicht. Ich sage es noch einmal, das ist richtig. Die Summe in der Zeit, in der ich die einstimmigen Regierungsbeschlüsse fassen ließ, auf Grund eines nichtvorhandenen Spielraumes etwas anderes zu tun, denn sie waren immer a conto im vorhinein, bitte, das steht auch dort drinnen, zu bezahlen, beträgt bislang 4.125.000 Schilling, was die Infrastrukturkosten betrifft. Und die Zahlungen an die Frau Dr. Hochkofler, Bezug plus Zulagen, hören Sie bitte gut zu, meine Damen und Herren, ebenfalls aus diesem Mehrheitsbeschluß stammend, betragen monatlich 124.497 Schilling. Und Sie fragen mich, wie ich das vor den kleinen Leute vertrete? Wir haben gegen das gestimmt, soweit ich mich erinnere, hat es aber eine Fünf-zu-vier-Mehrheit gegen die Sozialdemokratische Fraktion gegeben.

Der vierte Punkt, was ich alles versucht hätte, haben sollte und sonstiges: Ich verweise noch einmal auf meine Antwort im Punkt zwei, wo ich minutiös aufgezeigt habe, unter welchen Voraussetzungen wann was zu tun und auch rechtlich möglich war.

Ergänzend stelle ich fest, daß am 26. Februar 1998 eine Besprechung der von der Regierung vom 9. Februar 1998 beauftragten Abteilungen FOKU, Landesmuseum Joanneum und Rechtsabteilung 1 stattgefunden hat, um die weitere Vorgangsweise abzuklären. Um das Projekt und das mit Australien bestehende Vertragsverhältnis nicht zu gefährden – ich habe schon gesagt, aus Gründen des Schadenersatzes, der auf uns zukommen würde – sowie auf außergerichtliche Einmahnung des Anwaltes der Frau Dr. Hochkofler wurde in dieser Besprechung beschlossen, das aushaftende Quartal I/98 noch anzuweisen.

Wissen Sie, Sie werden es wahrscheinlich nicht wissen, daß der Landesrechnungshof dazu gesondert befragt wurde, ob man diese Anweisung tätigen solle, weil es den Zwischenbericht ja schon gegeben hat. Der Landesrechnungshof hat gemeint, daß einige Dinge noch nachzuuntersuchen wären, und hat daher auch gemeint, daß diese Akontozahlung, die Sie so besonders stört, nämlich die aus I/98, noch durchgeführt werden kann. Dieses Schreiben liegt auf.

Also muß ich schon sagen, auch der Landesrechnungshof hat die Auszahlung I/98 noch als notwendig erachtet, weil er selbst mit seinen Überprüfungen – weil das war ja nur ein Zwischenbericht –

noch nicht fertig war, andere Behauptungen aufgestellt wurden, neue Behauptungen aufgestellt wurden.

Daher kam es auch noch zu diesem Regierungsbeschluß, ebenfalls wieder einstimmig.

Der letzte schon anfallende und aushaftende Betrag gelangte nicht mehr zur Auszahlung. Ich habe das Regierungsstück zurückgezogen, weil zu Recht Einwendungen erhoben wurden. In dem Fall zum ersten Mal vom Kollegen Schmid. Ich habe das Stück sofort zurückgezogen, selbstverständlich.

Das ist der korrekte Ablauf, so wie er war, nachvollziehbar auf jedes einzelne Detail.

Zu einer Vertragsauflösung ist Frau Dr. Hochkofler, nach dem, was sie gestern den genannten höchsten Beamten unseres Landes mitgeteilt hat, derzeit nicht bereit. Bei einer einseitigen Auflösung des Vertrages wurden von ihr prozessuale Schritte angekündigt – gestern.

Ich stelle jedoch fest, meine Damen und Herren, und das in aller Deutlichkeit, daß bei Aufrechterhaltung der Beanstandungen durch den Rechnungshof das Vertragsverhältnis mit dem Land Steiermark zu beenden ist. Ausreichend wichtige Gründe würden dann vorliegen – ich glaube, noch deutlicher brauche ich nicht werden –, wenn sich, ich sage es noch einmal, die Beanstandungen des Rechnungshofes als richtig erweisen.

Sie, Frau Dr. Hochkofler, ist zu hören.

Mit dem Kollegen Hirschmann habe ich das Regierungsstück, wie besprochen, in der Regierungssitzung dann gemeinsam formuliert, und es wurde einstimmig beschlossen. Es ist so, daß wir gesagt haben, der dienstrechtliche Teil ist Part der Rechtsabteilung 1, der sachliche Inhalt ist Angelegenheit der Abteilung für Forschung und Kultur, und bei einer Neufassung werden wir einen gemeinsamen neuen Vertragsentwurf der Landesregierung vorlegen.

Es wird, meine Damen und Herren, nicht mehr dazu kommen, weil ich – das sage ich auch in aller Klarheit – nach Beendigung der Ausstellung in Australien keine weiteren Ausstellungen „Imperial Austria – Zeughaus“, gleichgültig ob in Übersee oder in Europa, mehr beantragen werde. Damit fällt auch die Rechtsgrundlage für den Vertrag weg und, sofern die Vorhaltungen nicht bereinigt werden können oder durch die Frau Dr. Hochkofler nicht erklärbar sind, ist der Vertrag aufzulösen.

Hat es eine Intervention der Frau Landeshauptmann gegeben?

Ich habe angekündigt, daß ich in dieser notwendigen Präzision alle Dinge so wiedergebe, wie sie waren und wie sie sind.

Es hat bei Übernahme des Ressorts durch mich bei der Auszahlung des ersten von mir eingebrachten Akontobetragtes einen Vorbehalt der Rechtsabteilung 10 gegeben mit dem Hinweis, daß es mögliche Ungereimtheiten bei der Abrechnung gibt. Es wurde eine Prüfung der Landesbuchhaltung durchgeführt. Es kam dabei zu maßgeblichen Verzögerungen der Auszahlung der Infrastruktur – nur diese jetzt betroffen, das Entgelt ist natürlich weitergelaufen, also ihre Bezüge. Es ist also am Beginn meines Amtsantrittes zu erheblichen Verzögerungen

gekommen bei der Auszahlung der Infrastrukturkosten. Und solange diese Unklarheiten nicht beseitigt waren, habe ich die Auszahlung auch untersagt.

In dieser Phase wurde ich von der Kollegin Klasnic ersucht, die seit 1. Jänner 1996 fälligen Beträge so rasch als möglich zur Anweisung zu bringen. Diese Anweisung ist am 21. März 1996 erfolgt.

Ich betrachte das als ein Ersuchen, und als keine Intervention.

Können Sie ausschließen usw., daß in Ihrem Ressort und so weiter noch weitere – ich verwende Ihre Worte – nicht?

Ich kann das nicht ausschließen. Ich kann das nur hoffen, weil ich auf die nächste Frage komme, nämlich die, ob es zwischen dem Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ und dem Projekt „Imperial Austria“ Bezugspunkte gibt.

Ja, es gibt diese. Im Zuge der vom Landesrechnungshof bis zu jenem Zeitpunkt durchgeführten Ermittlungen, die auch im gegenständlichen Bericht des Landesrechnungshofes enthalten sind, sind im Jahr 1991 Subventionen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Höhe von 2,1 Millionen Schilling über das Konto „Steirische Kulturveranstaltungen“ gelaufen. Um die Verwendung dieser Mittel transparent zu machen, erschien mir eine Überprüfung des Geldflusses an den Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder unbedingt erforderlich. Deshalb habe ich am 9. März 1998 – also ebenfalls sehr rasch nach Kenntnis dieses Zusammenhangs, längst bevor Sie mich oder sonst irgendwer gefragt haben – den Antrag in die Steiermärkische Landesregierung eingebracht, die Abteilung FOKU zu ermächtigen, externe Experten, denen die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit auferlegt ist, mit der Überprüfung der finanziellen Gebarung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“, 8010 Graz, Karmeliterplatz 2, zu beauftragen. Dieser Antrag wurde einstimmig in der Landesregierung beschlossen.

Die Überprüfung läuft. Sie dürfte sehr umfangreich sein, nach dem, was mir der Herr Hofrat Feil, mit dem ich im laufenden Kontakt bin, mitgeteilt hat.

Wie ich den Sachverhalt der Verletzung der Bestimmungen der Steiermärkischen Landes-Verfassung im Zusammenhang mit der Weitergabe beurteile?

Ich beurteile den Sachverhalt selbst und seine Folgen für alle Beteiligten als negativ!

Können Sie ausschließen, daß der gegenständlich Bericht und so weiter in meinem Bereich nicht weitergegeben wurde. Beim gegenständlichen Bericht des Landesrechnungshofes, GZ. LRH 62 A 1-1997/20, gehe ich davon aus, daß auf Grund der Tatsache – und das ist nicht immer so gewesen –, daß dieser versiegelt meinem Büro übergeben wurde, aus meinem unmittelbaren Verantwortungsbereich eine Weitergabe nicht erfolgt ist und auch nicht möglich war. Auf Grund der Zustellung, der Art der Absicherung und der Tatsache, daß sich dieser in meinem Büro unter Verschuß befunden hat und eine Weitergabe daher nicht möglich war, kann ich es in diesem Fall ausschließen. Wenn ich meinen Gesamtverantwortungsbereich nehme, so erkläre ich, daß man eine Weitergabe von Details, die

Einzelpersonen wissen müssen oder können, niemals 100prozentig ausschließen kann, und daher eine völlige Sicherheit, daß gar nichts hinausgeht, von niemandem von uns mit gutem Gewissen übernommen werden kann. Aber eine Weitergabe kann ich für diesen Fall in meinem Verantwortungsbereich ausschließen.

Zum Beispiel fällt mir nur ein, daß am Tage der Zustellung auch dieses Berichtes wir Landtagssitzung gehabt haben, und bevor noch der Bericht in meinem Büro war, schon hier besprochen wurde, daß der Rechnungshofbericht eingelangt ist. Also, Sie sehen, das wird man ja wohl nie und durch nichts unterbinden können.

Frage elf: „Sind Sie bereit, in dem Bereich, für den Sie verantwortlich sind, eine Untersuchung dahin gehend durchzuführen?“ Im Sinne des vorher Gesagten schließe ich in diesem Fall aus, daß der gegenständliche Bericht von meinem unmittelbaren Bereich weitergegeben wurde.

Letzter Punkt, Veröffentlichung eines Landesrechnungshofberichtes vor dessen Beratung im Kontroll-Ausschuß und so weiter.

Bei der mit den entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen des Rechnungshofes erfolgten Übergabe – das ist schon auch eine Schlüsselfrage, wie wird das übergeben – des gegenständlichen Berichtes ist durch die anschließende Verwahrung, ohne die Zustimmung zur Öffnung meinerseits, eine Weitergabe unmöglich gemacht worden. Sofern die Regeln der Übermittlung, der Sicherheit und Übergabe eingehalten werden, ist eine Weitergabe auch verhinderbar.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 11.02 Uhr.)

**Präsident:** Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz kommen wir nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage des LIF und der FPÖ an den Herrn Landesrat Dr. Hirschmann.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Brunner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage, betreffend Sondervertrag Dr. Hochkofler.

**Abg. Dr. Brunner (11.03 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese sogenannte Causa Hochkofler ist eines der augenfälligsten Beispiele in diesem Lande dafür, wie man mit politischer Verantwortlichkeit umgeht. Nämlich in der Weise, daß diese politische Verantwortlichkeit in der Landesregierung, insbesondere zwischen SPÖ und ÖVP, wie bei einem Ping-Pong-Spiel hin- und hergeschossen wird. Dabei liegen für einen nicht vollständig kundigen und unbefangenen Beobachter eindeutig zwei Sachverhalte auf der Hand. Erstens einmal, die Causa Hochkofler erstreckt sich über zwei Legislaturperioden, über die vorhergehende Legislaturperiode und über die laufende Legislaturperiode, und zwar in einer Weise, daß spätestens seit 1994, seit dem Zeitpunkt, zu dem der inkriminierte Vertrag abgeschlossen wurde, das Land Steiermark rechtlich und politisch die volle Verantwortung, betreffend den Einsatz von Frau Dr. Hochkofler, trägt. Vorher hat man noch der Auffassung sein können, daß war die Wirtschaftskammer einmal Dienstgeber und

dann die ÖVP, aber seit 1994 trägt das Land Steiermark die rechtliche und die politische Verantwortung vollständig für diesen Einsatz von Frau Dr. Hochkofler.

Der zweite Sachverhalt, der eindeutig auf der Hand liegt, besteht darin, daß die Causa Hochkofler jedenfalls aus vier höchst problematischen Aspekten besteht, die schon angesprochen worden sind. Erstens aus dem inkriminierten Sondervertrag, abgeschlossen zwischen dem Land Steiermark und Frau Dr. Hochkofler. Ein Sondervertrag, bei dem ebenfalls offensichtlich ist, daß in diesem in keinerlei Weise die Interessen des Landes Eingang in den Vertragstext gefunden haben, insbesondere was die Ausübung einer Diensthoheit anbelangt, was sonstige Dienstpflichten anbelangt und letztlich auch, was die Auflösung dieses Vertrages betrifft.

Zweitens besteht diese Causa Hochkofler aus Infrastrukturkosten, die weder ihrer Art nach noch ihrer Höhe nach vertreten werden können. Und ich betone ausdrücklich, die auch ihrer Höhe nach nicht vertreten werden können. Ich sage dies ausdrücklich allen jenen gegenüber, die sagen, sie haben die Zusammensetzung dieser Infrastrukturkosten nicht gekannt. (Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Wir haben eh dagegengestimmt!“) Und ich merke in diesem Fall an, daß es dienstrechtliche Instrumente gibt und geben muß, wenn jemand wie Frau Dr. Hochkofler sagt, ihre gesamte Tätigkeit ist eine dienstliche Tätigkeit und beinhaltet auch keine privaten Aspekte, und daß das nicht hingenommen werden kann.

Der dritte Aspekt besteht in der Festlegung eines Ausstellungskonzeptes für „Imperial Austria“, das höchst einseitig ist. Ich möchte dazu im Grunde nichts sagen, weil ich den Grünen da nichts wegnehmen möchte, weil das ist ein Punkt, den die Grünen zu Recht releviert haben, daß diese Ausstellungsphilosophie eine einseitige ist, und daß, wenn sie mehrdimensional ausformuliert worden wäre, die ganze Geschichte auch mehr Effekt im Ausland hätte. Im Zusammenhang mit dem Ausstellungskonzept steht auch die Festlegung von New York als Dienort, ein, nochmals, dritter Aspekt dieser Causa Hochkofler. Der vierte Aspekt besteht darin, daß Spesen seitens des Landes bezahlt werden, obwohl diese offensichtlich nicht den Ordnungsvorschriften des Landes für Spesenabrechnungen entsprechen. Und ich sage offensichtlich, weil ich als Abgeordneter dieses Landtages und als Mitglied des Kontroll-Ausschusses bis heute nicht diesen Rohbericht des Landesrechnungshofes gesehen habe. Ich kann meine Ausführungen nur auf das stützen, was in der Zeitung steht und was auch der Chef der Landesbuchhaltung den Medien gegenüber bekanntgegeben hat, nämlich, daß es gar nicht nur um die Frage der Höhe der Infrastrukturkosten gegangen ist und um die Frage, ob die Art der Kosten vertretbar ist, sondern daß Spesenrechnungen gelegt worden sind, die den Ordnungsvorschriften, die das Land für Spesenabrechnungen hat, nicht entsprechen.

Aus diesen beiden Sachverhalten, meine Damen und Herren, nämlich, daß der Fall sich über zwei Legislaturperioden hinzieht und daß dieser Fall aus diesen vier Dimensionen, aus diesen vier Aspekten

besteht, läßt sich ganz einfach ein Schluß ziehen, nämlich, daß mehrere Mitglieder dieser im Amt befindlichen Landesregierung und daß mehrere Mitglieder jener Landesregierung, die in der letzten Legislaturperiode im Amt war, politische Verantwortlichkeiten haben. Und zwar vielleicht gar nicht leicht eruierbar angesichts einer Geschäftsordnung in dieser Landesregierung, die höchst verschachtelte Zuständigkeiten beinhaltet. Ein kleiner Exkurs, meine Damen und Herren, eine Geschäftsordnung sollte so gestaltet werden, daß die politischen Verantwortlichkeiten ganz klar sind. Daraus ergibt sich eine politische Verantwortlichkeit jedenfalls der beiden Kulturreferenten in dieser Legislaturperiode und in der vorhergehenden, und der beiden Personalreferenten dieser und in der vorhergehenden Legislaturperiode. Und wenn ich sage der beiden, so ist das ein und dieselbe Person, nämlich Herr Landesrat Hirschmann.

Und auch Herr Landesrat Schmid wird sich die Frage gefallen lassen müssen, warum er diesem seinerzeitigen Vertrag zugestimmt hat, und ich halte fest, daß nicht nur die Art der Infrastrukturkosten ein Problem darstellt, sondern auch die Höhe hätte stutzig machen müssen.

Ich halte auch noch etwas fest, meine Damen und Herren, was politische Verantwortlichkeit anbelangt. Ich mache auch die beiden Landeshauptleute politisch verantwortlich für das, was in der Causa Hochkofler geschehen ist. Die Landeshauptleute haben kraft Verfassung das Land nach außen zu vertreten, und sie sind Vorsitzende der Landesregierung. Und noch etwas, meine Damen und Herren, was für deren politische Verantwortlichkeit viel wichtiger und gravierender auf dem Tisch liegt, beide Landeshauptleute haben ein Rollenverständnis gepflegt und nach außen kundgetan, das auf Autorität und auf Engagement für das Interesse dieses Landes, auch was die Glaubwürdigkeit der Politik anbelangt, ausgerichtet ist. Aus diesem Rollenverständnis dieser beiden Landeshauptleute leite ich eine politische Verantwortung dafür ab, daß geschaut wird, daß im eigenen Haus, das ist die Steiermärkische Landesregierung, für Ordnung gesorgt wird und daß nicht Sachverhalte geschehen und aufrechterhalten werden, die nach außen überhaupt nicht vertretbar sind und vertreten werden können und die auch rechtliche Problematiken in sich bergen. Ich gebe mich hier nicht mit dem Hinweis auf Rechtskontinuität und Rechtsschutz Betroffener zufrieden.

Aus diesen Sachverhalten, aus diesem Schluß ergibt sich das, meine Damen und Herren, was Frau Kollegin Keshmiri und mir im Zusammenhang mit dieser Sondersitzung des Landtages wichtig gewesen ist, nämlich zwei Punkte herauszustreichen.

Erstens einmal, daß es in dieser Causa Hochkofler eine Mehrfachverantwortung gibt. Eine Verantwortung mehrerer Regierungsmitglieder in dieser Legislaturperiode und in der letzten Legislaturperiode. Wir haben daher darauf gedrungen, daß nicht nur eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner gestellt wird, sondern auch an Herrn Landesrat Hirschmann.

Wir machen Herrn Landesrat Hirschmann in einer zweifachen Weise politisch verantwortlich für Teilaspekte in der Causa Hochkofler, nämlich erstens

dafür, daß überhaupt ein solcher Vertrag zwischen dem Land Steiermark und Frau Dr. Hochkofler abgeschlossen werden konnte. Der Dienstvertrag soll die Unterschrift von Herrn Hofrat Greimel tragen, der auf Grund einer generellen Bevollmächtigung des zuständigen politischen Referenten, nämlich des Herrn Dr. Hirschmann, befugt gewesen ist, auch auf der Grundlage der Beschlüsse der Landesregierung, diesen Dienstvertrag abzuschließen.

Es geht nicht an, das geht auch nicht im Zivilrecht, meine Damen und Herren, daß derjenige, der verantwortlich oder mitverantwortlich ist für den Abschluß eines Vertrages, sich abputzt und sagt, der Vertrag hat Wirkungen, die in die Zukunft hineinreichen, wenn ich schon gestorben bin oder wenn ich politisch nicht mehr existent bin. Es kann auch kein Privater draußen vor den Zivilgerichten sich so verantworten.

Und der zweite Aspekt, für den wir Herrn Landesrat Hirschmann mitverantwortlich machen, ist, daß dieser Vertrag aufrechterhalten ist und offensichtlich noch aufrechterhalten wird. Seine Mitverantwortung ergibt sich schon daraus, daß gestern der Vorstand der Personalabteilung, Herr Hofrat Eichinger, beim Gespräch dabei war, weil es eben so ist, daß es einen sachpolitischen Aspekt gibt und einen dienstrechtlichen Aspekt. Und für diesen dienstrechtlichen Aspekt ist Herr Landesrat Hirschmann politisch mitverantwortlich.

Ein solches Gespräch, das gestern stattgefunden hat, hätte schon lange auch vom Personalreferenten, weil er politisch mitverantwortlich ist, initiiert werden können. Ich würde daher auch diesbezüglich gerne Auskunft vom Herrn Landesrat Hirschmann haben, ob er ein solches Gespräch initiiert hat.

Wenn ich sage, daß Herr Landesrat Hirschmann mitverantwortlich ist dafür, daß ein Vertrag, der zu Lasten des Landes abgeschlossen worden ist, aufrechterhalten wird, dann verkenne ich als Jurist nicht die juristische Problematik, einen solchen Vertrag aus der Welt zu schaffen. Aber es gibt Notwendigkeiten, einen solchen Vertrag auch dann aus der Welt zu schaffen, wenn man mit Schadenersatzforderungen konfrontiert ist, weil es mir lieber ist, daß dann Schadenersatzforderungen vor Gericht festgestellt werden, als daß ein solcher Vertrag wie ein offener Wasserhahn die Glaubwürdigkeit dieser Politik ständig beeinträchtigt und ich nicht einsehe, wieso ich auf meinen Reisen durch dieses Land mir ständig die Frage der Bevölkerung gefallen lassen muß, wie das überhaupt möglich ist. Im Zweifel bin ich auch dafür, daß dieser Vertrag aufgelöst wird, selbst wenn Frau Dr. Hochkofler Schadenersatzansprüche stellt.

Eine solche Vertragssituation, meine Damen und Herren, die hat nicht nur einen rechtlichen Aspekt, die hat auch einen politischen, kommunikativen Aspekt. Ich hoffe und gehe davon aus, daß sehr liebevoll diejenigen, die die Patronanz über Frau Dr. Hochkofler haben, mir ihr reden dahin gehend, daß das eine Situation ist zu Lasten des Landes und zum Schaden der Glaubwürdigkeit der Politik.

Und das Zweite, was uns wichtig gewesen ist, ist aufzuzeigen, daß, wenn ein Rohbericht den Medien zugespielt wird, das einen Bruch von Verfassung und

Gesetz darstellt, auch dann, wenn man es wirklich nicht verhindern kann. Dazu werde ich aber in der Debatte noch etwas sagen.

Auf Grund dieser Sachverhalte stellen die Abgeordneten Brünner, Bleckmann, Keshmiri, Vesko, Peinhaupt, Dietrich, Härtinger, Wiedner, Schinnerl, Schreiner, List und Porta an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann eine Dringliche Anfrage, betreffend Sondervertrag von und für Frau Dr. Annelie Hochkofler.

Erstens: Wie können Sie – als oberster Verantwortlicher in Personalangelegenheiten – die Tatsache, daß Frau Dr. Hochkofler alle mit ihrer privaten Lebensführung verbundenen Kosten vom Land refundiert erhält, gegenüber anderen Landesbediensteten vertreten?

Zweitens: Warum haben Sie auf Grund der Kritik des Landesrechnungshofes (Bericht Nr. 43) hinsichtlich des Sondervertrages von Frau Dr. Hochkofler keinen Handlungsbedarf gesehen, die dort aufgezeigten Privilegien abzustellen?

Drittens: Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie in Anbetracht der Tatsache, daß dem Land Steiermark als Dienstgeber Nachzahlungen von 3,5 bis 4 Millionen Schilling drohen, da der Rechnungshof die Verrechnung von Privataufwendungen als gemäß dem Einkommensteuergesetz zu versteuernde entgeltliche Sachbezüge bewertet, zu ergreifen?

Dies auch dann, wenn letztendlich Frau Dr. Hochkofler steuerpflichtig ist.

Viertens: Haben Sie versucht – persönlich oder per Weisung –, mit Frau Dr. Annelie Hochkofler Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, vertragliche Änderungen im Sinne der Beseitigung bestehender Privilegien herbeizuführen, und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis, wenn nein, warum nicht?

Fünftens: Wie hoch sind die Gesamtkosten, die durch den Sondervertrag mit Frau Dr. Annelie Hochkofler dem Land, vom Zeitpunkt ihres erstmaligen Dienstantrittes bis heute, erwachsen sind?

Sechstens: Haben Sie mit Ihrem Kollegen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner, gesprochen, um ein wechselseitiges Abschieben der Verantwortlichkeit für diesen umstrittenen Sondervertrag künftig zu verhindern?

Siebtens: Mit Vorlage vom 22. September 1994 wurde von Ihnen der damals beigelegte Abschluß eines Sondervertrages mit Frau Dr. Hochkofler beantragt. War Ihnen zu diesem Zeitpunkt die interne Information der Rechtsabteilung 6 vom 21. September 1994 mit der Aufschlüsselung der Sachkosten bekannt?

Achtens: Hat es bei Ihnen eine Intervention von Frau Landeshauptmann Klasnic über eine Weiterbeschäftigung von Frau Dr. Annelie Hochkofler gegeben?

Neuntens: War Frau Dr. Annelie Hochkofler früher einmal Mitarbeiterin der ÖVP, und wenn ja, wie lange?

Zehntens: Wie beurteilen Sie den Sachverhalt, daß unter Verletzung von Bestimmungen der Steiermärkischen Landesverfassung und dem rechtlichen Gebot zur Amtsverschwiegenheit ein Landesrech-

nungshofbericht den Medien zugespielt wird, bevor er von den zuständigen Organen, das sind Kontroll-Ausschuß und Landtag, behandelt worden ist?

Elftens: Können Sie ausschließen, daß der gegenständliche Bericht des Landesrechnungshofes von Personen, die in Ihrem Verantwortungsbereich tätig sind, den Medien zugespielt wurde?

Zwölftens: Sind Sie bereit, in dem Bereich, für den Sie verantwortlich sind, eine Untersuchung dahin gehend durchzuführen, ob der gegenständliche Bericht des Landesrechnungshofes den Medien zugespielt wurde?

13.: Was werden Sie tun, um die Veröffentlichung eines Landesrechnungshofberichtes vor dessen Beratung im Kontroll-Ausschuß beziehungsweise im Landtag zu verhindern?

Wir haben über diese Dringliche Anfrage eine Wechselrede beantragt. Wir werden auch - das heißt die Freiheitlichen, die Grünen und wir - in dieser Debatte den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses stellen. Auch das ein Punkt, der mir von Anfang an wichtig gewesen ist, weil ich auf der Grundlage der mir zur Verfügung stehenden Fakten nicht imstande bin, vollständig die politische Verantwortlichkeit von Regierungsmitgliedern dieser Regierung und der Regierung der abgelaufenen Legislaturperiode zu beurteilen, und weil ich der Auffassung bin, daß ein Untersuchungs-Ausschuß das geeignete Instrument ist, im Dienste der Glaubwürdigkeit der Politik, im Dienste der Beendigung dieses Ping-Pong-Spieles, die politischen Verantwortlichkeiten quer durch die jeweiligen Landesregierungen festzustellen. Danke schön! (Beifall beim LIF. - 11.20 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, ich begrüße die 15 Schülerinnen und Schüler der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Begleitung von Frau Mag. Anna Sabiani. Ich höre, daß sie uns leider schon verlassen haben. Wir können ihnen nur mehr einen Applaus nachsenden, falls Sie das wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Und wir kommen nunmehr zur Beantwortung der dringlichen Anfrage des LIF und der Freiheitlichen an den Landesrat Dr. Hirschmann, und ich erteile dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann das Wort zur Beantwortung.

**Landesrat Dr. Hirschmann (11.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte auch mit einer Vorbemerkung beginnen, bevor ich auf die einzelnen Fragen von Prof. Brünner und Mitunterzeichnern eingehe. Erster Punkt, wenn ich das richtig gehört habe, heißt es nach wie vor im großen und ganzen, ein sehr ordentliches Projekt, aber sehr schlechte Bedingungen zur Durchführung dieses Projektes. Für mich ist das deswegen sehr wichtig, meine verehrten Damen und Herren, weil man im Sinne der Offenheit, die der Landeshauptmannstellvertreter heute hier zu Recht angesprochen hat, in der Tat bei Projekten aller Art offen auch sagen wird müssen, wie man sie optimal durchführen kann, denn da hapert es ja weit und breit, weil wir oft gemeinsam

nicht den Mut haben zu sagen, das ist es, und das kostet es. Und so kommen eben gewisse Dinge zustande, bis hin zu der zu Recht vom Landeshauptmannstellvertreter angesprochenen Sache mit Verträgen aller Art. Der Landesamtsdirektor ist im Moment leider nicht da, aber wir werden hoffentlich dieses Thema in Hinkunft einmal sehr intensiv diskutieren müssen, denn das ist ein Thema, das uns seit Jahrzehnten beschäftigt und belastet. Und ich sage gleich etwas, weil es hier ja abseits des juristischen Sachverständes, den die einen etwas mehr haben und die anderen etwas weniger haben - (Abg. Dr. Wabl: „Wer ist mehr?“) Etwas mehr hat ihn der Professor, dann ein bißchen du und am wenigsten ich - in dieser Reihenfolge würde ich das sehen. Zu dir komme ich aber auch noch, bitte erinnere mich, Martin, dann ganz am Schluß. Auf die Frage des Professors - entschuldige Christian, du bist noch vor dem Martin, aber nach dem Prof. Schachner einzuordnen - (Abg. Dr. Brünner: „Dein Zynismus ist wirklich nicht auszuhalten. Ich habe dir das schon ein paarmal gesagt, und das ist ein weiterer Beitrag dazu!“) Ich komme auf das dann gerne zurück, Christian, und ich habe meine Begründung dafür, weil ich hier laienhaft, aber nachdem ich auch Jus studiert habe, eine interne persönliche Wertung vorgenommen habe, die aber nicht objektiv ist, da hast du ganz recht, und dabei bleibe ich. Aber, Martin, ich möchte dich bitten, daß du mich dann am Schluß erinnerst, weil ich es vergessen werde, auf die letzte Frage von Prof. Brünner einzugehen. (Abg. Dr. Wabl: „Warum?“) Weil es dich betrifft, Martin, was also Berichte des Landesrechnungshofes und deren Weg in die Öffentlichkeit oder in andere Institutionen anbelangt.

Ich komme aber zurück auf die Frage mit diesen Verträgen, denn - jetzt etwas sehr einfach dargestellt - die Geschichte mit diesem Vertrag, weil Christian Brünner das ja angesprochen hat und meine, wie hast du gesagt, Teilinvolvierung in diese Geschichte, zu der ich absolut stehe, damit es da keinen Irrtum gibt. Ich seile mich von den Dingen, die in meinen Verantwortungsbereich gehören, ganz sicher nicht ab. Ich muß es aber ein bißchen auflgliedern. Dieser Vertrag - ich meine jetzt nicht die eng juristische Auslegung dessen, was Vertrag ist, sondern das, was den Inhalt der Kritik, die wir ja über die Medien zu 99 Prozent kennen - stellt sich folgendermaßen dar. Ich möchte es differenzieren, ich dürfte das zwar nicht laut dem Grundsatz der Amtsverschwiegenheit, aber nachdem eine Zahl genannt worden ist, was die Frau Dr. Hochkofler verdient, möchte ich das differenzieren. Die Hälfte des genannten Vertrages ist ihr Grundgehalt, sozusagen als Sondervertrag. Ich möchte sagen, das ist ungefähr um die Hälfte wiederum unter dem, was wir für andere Sonderverträge im Land bezahlen, die eine durchaus vergleichbare, na ja nicht höherwertige Aufgabe machen. Die zweite Hälfte dieses - (Abg. Schinnerl: „Bravo!“) Ja, das ist aber bekannt, und das sind einstimmige Beschlüsse, lieber Freund Schinnerl aus der Oststeiermark, auch mit der Stimme deiner Fraktion, was zum Beispiel diesen einen, von mir jetzt gemeinten Sondervertrag - ich kann nur den Namen hier nicht nennen - anbelangt. Aber ich bin gerne bereit, das vor einem Ausschuß oder wo immer auch einmal darzulegen.

Zweiter Punkt, und das ist schon sehr wichtig in diesem Zusammenhang. Die zweite Hälfte ist eine Auslandsdienstzulage, die ja sofort wegfällt, wenn die Dienststelle beziehungsweise der Dienort Graz ist.

Und dritter Punkt, der größte Brocken – und das sind wiederum 99 Prozent der Angriffspunkte seitens des Landesrechnungshofes und damit dessen, was in den Medien gestanden ist – sind die sogenannten Infrastrukturkosten. Bitte das also auch festzuhalten, das ist, wenn man es so will, summa summarum die Darstellung in diesem angesprochenen Sondervertrag. Und ich sage – und da habe ich einen kleinen Auffassungsunterschied mit dem Landeshauptmannstellvertreter, wobei ich sonst all das, was er gesagt hat, außerordentlich respektiere aus seiner Sicht der Dinge –, daß sich diese Infrastrukturkosten und die Auslandsdienstzulage ja bitte mit einem Schlag erledigen, wenn Dienort und Dienststelle Graz sind. Ich komme dann am Schluß noch darauf zurück und sage noch einmal, das ist sozusagen der Vertrag.

Wenn es hier – und das muß ich schon im Hinblick auf beide Anfragen heute sagen – die Meinung geben sollte, die Infrastrukturkosten sind fraglich – und es ist ja eine präzise Frage, ich kann sie gleich vorwegnehmen, komme aber in der Aufzählung noch einmal darauf zurück –, es war auch mir im September 1994 bei der Einbringung des gemeinsamen Antrages der Rechtsabteilung 1 und der Rechtsabteilung 6 die detaillierte Aufstellung dieser Infrastrukturkosten im Detail nicht bekannt. Aber, meine verehrten Damen und Herren, das schon in aller Deutlichkeit, die Landesregierung hat sechs Monate vorher, im März 1994, einstimmig einen Beschluß gefaßt, wo monatliche pauschalierte Infrastrukturkosten in der Höhe von 110.000 Schilling beschlossen wurden. Also das kann ja niemand sagen, daß er nicht gewußt hätte, was sich unter dem Stichwort Infrastrukturkosten, unter dem Stichwort sozusagen von Bürokosten verborgen hätte. Und ich sage noch dazu, es hat am 10. März 1994 vom Herrn Kurt Murtinger eine Anfrage gegeben um eine Aufschlüsselung dieser Infrastrukturkosten. Ich möchte sagen, ich habe diese Unterlage auch erst im Zuge der Besprechungen der letzten Tage erhalten. Mit der damaligen Bitte um Aufschlüsselung dieser Infrastrukturkosten, und hier ist sehr präzise Aufschlüsselung der Infrastrukturkosten – ich wiederhole das Datum 10. März 1994 – enthalten.

Und hier ist aufgeführt – ich wiederhole das Datum, 10. März 1994 – eine sehr präzise Aufschlüsselung der Infrastrukturkosten. Ich möchte das, durchaus unterstreichend zu dem, was der Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, hier sagen. Also, so einfach können wir uns das nicht machen, daß irgend jemand sagt oder mehrere sagen, wir hätten eigentlich ja gar nicht gewußt, was sich unter diesem durchaus langgeschriebenen Wort alles verbirgt.

Eine zweite Vorbemerkung, meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang – es ist eine politische Vorbemerkung. Ich möchte das sehr ernst aufgreifen, was der Landeshauptmannstellvertreter angesprochen hat. Jawohl, die SPÖ war dann, aus welchen Gründen auch immer, bei dem Beschluß September oder Oktober 1994 dagegen, daß dieser Vertrag so abgeschlossen wurde, wie er abgeschlossen worden ist. Das war dann ein Mehrheitsbeschluß, richtig. Ich schätze

auch außerordentlich die Position des Landeshauptmannstellvertreters, was Rechtskontinuität, auch über einen Ressortwechsel hinaus, anbelangt. Richtig, das hat meine Wertschätzung.

Ich sage aber, meine verehrten Damen und Herren, wenn es ein solches Projekt gibt, und das bitte nur aus meiner Sicht der Dinge, wo ich möglicherweise mit dem Projekt nicht einverstanden bin, wo ich aber deklariertweise nicht einverstanden bin mit den Bedingungen und den Rahmenbedingungen der Durchführung dieses Projektes, dann hätte ich mir die erstbeste Ausstiegsmöglichkeit aus diesem Projekt gesucht, ohne jeden Bruch von Rechtskontinuität, ohne jeden Bruch, hier irgend etwas kaputtzumachen, ohne jeden Schaden für dieses Land. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist nach Australien!“)

Nein, es wäre meiner Meinung nach, da haben wir einen Auffassungsunterschied, genau der richtige Zeitpunkt gewesen, mit Beendigung der Ausstellungen in Kanada zu sagen, wir machen die Ausstellungen in – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da waren schon Vorbereitungsarbeiten für Australien!“)

Das ist richtig, aber es sind die Verträge mit Australien erst im Mai 1996 – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber Vorgespräche und Vorverhandlungen bereits gelaufen. Ich glaube, daß ich auch dort den Schaden erzeugt hätte, über den ich heute schon gesprochen habe!“)

Ich möchte auf den Schaden, Herr Landeshauptmannstellvertreter, noch einmal zurückkommen. Noch einmal, ich respektiere das, was Sie sagen. Ich möchte nur meine Meinung hier kundtun, daß ich damals, wenn ich der Meinung gewesen wäre, das paßt alles miteinander nicht, eine außerordentlich gute Gelegenheit gesehen hätte, diese Dinge zu einem Ende zu bringen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt, Herr Prof. Brunner, noch einmal sagen, daß ich zu jenem Teil des Vertrages, der die Beschäftigung der Frau Dr. Hochkofler im Lande anbelangt, stehe, genauso wie ich zu jedem anderen Sondervertrag – damit das auch hier offen gesagt ist –, den wir in den letzten Jahren geschlossen haben unter meiner Ressortführung, auch stehe. Sonst hätte ich sie ja nicht eingebracht in die Regierung.

Aber, meine verehrten Damen und Herren, und das ist jetzt der Punkt, und auch da treffe ich mich mit dem Landeshauptmannstellvertreter, wir reden jetzt über Medienberichte, über einen Rohbericht des sehr geschätzten Landesrechnungshofes. Die beiden Direktoren und Präsidenten sitzen da hinten. Und das, was heute gesagt worden ist, solange wir uns noch ein bißerl in einem Rechtsstaat bewegen wollen, ja, das müssen wir jetzt schon noch erwarten mögen, daß bitte die Hauptbetroffene und auch die Abteilungen, die jetzt den Bericht bekommen haben, Punkt für Punkt eine Stellungnahme abgeben. Präsident Grollitsch nickt, da sind wir vollkommen d'accord. Und dann, meine verehrten Damen und Herren, wird sich manches weisen. Es wird dann so sein, wie der Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, entweder sind gewisse Dinge entkräftet, dann wird man sich unter Umständen ein bißerl entschuldigen müssen, da

oder dort, nicht der Rechnungshof, sondern andere, oder es werden die Dinge aufrechterhalten – die Vorwürfe –, dann wird es Konsequenzen haben. So ist das, aber bitte diesen Punkt, meine verehrten Damen und Herren, müssen wir schon noch abwarten. Diesen Punkt wird man sehr präzise im Sinne, wie gesagt, einer minimalen Rechtsstaatlichkeit in den nächsten Monaten durchführen müssen, abwarten können.

Ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, auf die einzelnen Fragestellungen, vom Herrn Prof. Brünner vorgetragen, nach dieser Vorbemerkung, folgende Antworten im Detail geben, wobei ich vielleicht eine Sache noch nachschicken möchte, was den Vertrag anbelangt.

Ich möchte das noch einmal unterstreichen, damit das auch ordentlich drüberkommt. Meiner persönlichen Meinung nach, allerdings auch in meiner Funktion als politischer Referent für das Personalwesen, ist eine Rückbeorderung der Frau Dr. Hochkofler nach Graz an ihre Dienststelle Joanneum jederzeit möglich. Jetzt bin ich aber wieder beim Landeshauptmannstellvertreter, ich kenne nicht die Vertragsgestaltung – und da schließt sich der Kreis zu seinen Ausführungen am Anfang – zwischen dem Land Steiermark und den australischen Ausstellungspartnern beziehungsweise den Sponsoren und den darin festgelegten möglichen Haftungen. Das kenne ich nicht. Da verlasse ich mich auf das Urteil des Landeshauptmannstellvertreters. Es kann sein, daß diese Vertragsbedingungen auch so negativ zu Lasten des Landes formuliert sind, daß es tatsächlich Haftungsfragen gibt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, Entschuldigung, ich habe ausdrücklich gesagt, wenn die Ausstellung platzt, ist damit zu rechnen, daß wir Schadenersatzklagen zu gewärtigen haben. Ich kenne die Haftungsverträge, oder was immer da Vereinbarung zwischen der Frau Dr. Hochkofler und den Sponsoren ist, auch nicht. Mir wurde nur bekanntgegeben, daß wir damit rechnen können, daß es Schadenersatzforderungen gibt, wenn eine solche Ausstellung mit solchen Sponsorengößenordnungen platzt!“) Okay, ich habe nur eine, wie gesagt, mündliche Überlieferung, sozusagen, daß die Ausstellung gut vorbereitet sei, daß die Verträge alle abgeschlossen seien, und demzufolge würde ich schließen, daß der Dienstort Graz, Dienststelle Graz jedenfalls jederzeit möglich wäre. Und wie gesagt, wir hätten ja mit einem Schlag dann die 99 Prozent der Hauptkritikpunkte des Rechnungshofes erledigt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Entschuldigung, darf ich das sagen, die Frau Dr. Hochkofler hat gestern noch einmal eindeutig gesagt, daß sie die Ausstellung nur durchführen kann, wenn sie in New York sitzt. Ich habe das schriftliche Protokoll, mit den Beamten aufgenommen, vor mir liegen. Das ist ihre Erklärung, und nicht meine. Sie wird ja wohl wissen, wo sie sitzen muß. Sie sagt, alle Sponsoren, die von Bedeutung sind für dieses Projekt, sitzen in New York, daher muß sie in New York sein. Mehr kann ich ja wirklich nicht tun!“ – Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber die Ausstellung findet ja schon statt!“)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu den Fragebeantwortungen im Detail. Ich kenne diese Aussage von gestern der Frau Dr. Hoch-

kofler auch. Die wäre allerdings meiner Meinung nach zu prüfen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Okay, da sind wir uns einig!“)

Zur ersten Frage des Abgeordneten und Klubobmannes Brünner: Wenn ich die Frage so beantworte, wie sie hier steht, dann kann ich das niemandem erklären und, verehrter Herr Professor, dann will ich das auch niemandem erklären, vorbehaltlich dessen, daß die Dinge stimmen, die im Rechnungshofbericht dargelegt wurden.

Denn, Herr Klubobmann, hier steht, daß alle mit ihrer privaten Lebensführung verbundenen Kosten dem Land verrechnet wurden. Das kann ich nicht nachvollziehen, das kann ich auch nicht überprüfen, das wird ein Ergebnis des Rechnungshofberichtes sein, und wenn es so ist – selbstverständlich ist das niemandem zu erklären –, wird es von mir ganz sicherlich nicht gebilligt. Ich möchte formaliter, Herr Professor, als Jurist dir mitteilen, mich in der Frage als obersten Verantwortlichen in Personalangelegenheiten zu bezeichnen, ist etwas zuviel der Ehre, denn wie du weißt, oberste Dienstbehörde ist nämlich gemäß Paragraph 32 Absatz 9 unserer Landesverfassung die Landesregierung. Und ich bin nach der geltenden Geschäftsverteilung das für den Zuständigkeitsbereich der Personalabteilung verantwortliche Regierungsmitglied. Ich habe ohnedies inhaltlich materiell vorhin alles gesagt, wozu ich stehe – ich möchte nur unter Juristen festhalten, wer nach der Geschäftsverteilung wofür in der Landesregierung zuständig ist. Und ich halte in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich fest, ohne Schuldzuweisung, rein nach der Geschäftsverteilung, daß ich nicht der Bewirtschafter jener Voranschlagsstellen war, über die nach den derzeit vorliegenden Feststellungen des Rechnungshofes die sogenannten Infrastrukturkosten angewiesen und verrechnet wurden.

Zur Frage zwei, meine verehrten Damen und Herren, warum kein Handlungsbedarf auf Grund der Kritik des Rechnungshofberichtes, die dort aufgezeigten Privilegien abzustellen. Wie gesagt, über die inhaltlichen Konstanten des Vertrages habe ich einiges gesagt und wird noch einiges zu sagen sein, möchte ich auf diese Frage folgendes antworten:

In dem zitierten Bericht Nr. 43 des Landesrechnungshofes sind die Sachverhalte zum Sondervertrag von Frau Dr. Hochkofler und zu den Infrastrukturkosten – ich zitiere jetzt wörtlich – „nur als vorläufig auf bruchstückhaft vorgelegten Unterlagen und größtenteils auf im mündlichen Verfahren durchgeführte Erhebungen gestützt, festgehalten worden“, soweit das Zitat des Rechnungshofes. Ein eigener Bericht wurde damals angekündigt und ist mir vom Landesrechnungshof in heute hier angesprochener Weise am 29. April, das ist, wenn ich mich recht erinnere, heute vor einer Woche gewesen, zugestellt worden. Und trotzdem habe ich sofort der Rechtsabteilung 1 damals den Auftrag gegeben, den Sondervertrag zu überprüfen und mir darüber zu berichten, wobei mir mitgeteilt wurde, daß Frau Dr. Hochkofler bei einer Rückkehr an ihren vertragsmäßig festgelegten Dienstort Graz Bezüge in jener Höhe erhalten würde, die auch ein Beamter ihres

Dienstalters in einer vergleichbaren Funktion beziehen würde, also das, was ich vorhin schon angesprochen habe.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch auf etwas Zweites verweisen, damit der Unterschied zwischen der Bewirtschaftung von Stellen und der Fachzuständigkeit eines Referenten und der Geschäftsverteilung klar wird. Ich bewirtschafte zum Beispiel das Dienstreisemanagement der Landesregierung. Wir haben gerade durch Fragen vom Kollegen Schmid in den letzten beiden Sitzungen intensive Debatten zu dem Thema gehabt, und ich habe dort dezidiert festgehalten, daß ich dort der Staatsnotar bin, daß über die Frage, ob jemand ins Ausland reist oder nicht reist, zu welchen Kosten er reist, wohin er fährt, ausschließlich der zuständige politische Referent, und nicht der Bewirtschafter, spricht die Rechtsabteilung 1, zuständig ist. Da gibt es auch in der Regierung eine völlige Neun-zu-null-Einstimmigkeit. Ich möchte das, wie gesagt, in diesem Zusammenhang klar feststellen.

Zur dritten Frage, Steuernachzahlung, darf ich antworten. Die Befürchtung des Rechnungshofes, betreffend die Steuernachzahlung, muß noch sehr eingehend geprüft werden. Alle befaßten Abteilungen haben, wie ich vorhin schon gesagt habe, drei Monate Zeit für eine Stellungnahme, und will und kann ich das Ergebnis dieser Untersuchungen nicht vorwegnehmen. Soweit mir aber bekannt ist, und ich kann mich da nur berufen auf eine Mitteilung des Finanzamtes, die in der „Kleinen Zeitung“ – das ist keine Werbedurchsage für die „Kleine Zeitung“, sondern ich muß das Zitat angeben – vor wenigen Tagen festgehalten wurde, nach dieser wäre Frau Dr. Hochkofler für eine Steuernachzahlung heranzuziehen, noch einmal, sofern es dazu käme.

Zur Frage Nummer vier, Kontaktnahme mit Frau Dr. Hochkofler. Die Landesregierung hat, wie der Landeshauptmannstellvertreter schon angeführt hat, in ihrer Sitzung am 9. Februar eine klare Vorgangsweise angesprochen, und der Landeshauptmannstellvertreter hat die Chronologie der Ereignisse seither präzise aufgeführt, daß es nämlich zu einem Gespräch Frau Dr. Kaiser, Hofrat Feil und Hofrat Eichtinger kommen soll. Es hat gestern stattgefunden. Und auf deine Zusatzfrage, Prof. Brünner, von vorhin, ob ich darüber hinaus versucht hätte, sie hierher zu bewegen, sage ich präzise nein, weil ich nicht noch einen weiteren Flug verursachen wollte zu Lasten des Landes, sondern mir es durchaus in diesem Sinne reicht, daß man einmal fliegt, um mit zwei Referenten und den Ihnen unterstellten – (Abg. Dr. Brünner: „5000 Schilling kostet das Ticket New York nach Österreich, hin und zurück!“) Ja, dann hättest du gesagt, jetzt reist die einmal zum Hirschmann und einmal zum Landeshauptmannstellvertreter, und das hätten wir auch nicht gerne gehabt. Also, ich sage präzise nein, darüber hinaus nicht, sondern wir sind bei der in der Regierung einstimmig neun zu null beschlossenen Vorgangsweise geblieben.

Zum Gespräch noch eine Fußnote von gestern. Die Frau Dr. Kaiser und die beiden Herren sind ja hier anwesend, und es war, glaube ich, ein sehr langes, intensives Gespräch. Ich möchte aus meiner Sicht der Dinge festhalten, was ich vorhin mit dem Hofrat Eichtinger angesprochen habe – was eine Vertrags-

auflösung anbelangt, da muß man sehr präzise festhalten, was man meint. Noch einmal, meiner Meinung nach, mit einer Rückberufung an den Dienstort Graz sind die Vorhaltungen alle erledigt. Will man darüber hinaus das Vertragsverhältnis mit der Frau Dr. Hochkofler generell kündigen, außer den vom Landeshauptmannstellvertreter angesprochenen möglichen Dingen, die im Zusammenhang mit einer Bestätigung der Vorwürfe des Rechnungshofes oder eben mit einer Nichtbestätigung im Zusammenhang stehen, dann muß man das sagen. Meiner Meinung nach ist auch das möglich auf die Frage von Martin Wabl heute inzwischen, weil ich prinzipiell jeden Vertrag lösen kann, allerdings muß ich eine Begründung vorlegen. Und ich habe gestern im Zusammenhang mit dieser Frage gegenüber den Vertretern der Medien bereits mitgeteilt, nachdem es um eine Reihe von Personalwünschen seitens des Bereiches Kultur, Wissenschaft insgesamt geht, könnte ich mir eine Verwendung der Frau Dr. Hochkofler über dieses Projekt hinaus im Bereich des angesprochenen Ressorts durchaus vorstellen. Aber das ist eine Sache, wie gesagt, die mit dem politischen Referenten auch abgesprochen werden muß. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie werden verstehen, daß ich das nicht sehr intensiv will!“) Okay, d'accord, dann sage ich noch einmal – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Vielleicht nehmt ihr sie zur ÖVP zurück oder irgend etwas!“) Nein, da sage ich noch einmal, ich habe da überhaupt kein Problem. Ich sehe die Sache so, daß der Vertrag selbstverständlich ohne Schaden für das Land lösbar ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da brauchen wir wichtige Gründe, und die wird es geben!“) Okay.

Nächster Punkt, Frage Nummer fünf. Was die Gesamtkosten anbelangt, sehe ich mich auf Grund der Amtsverschwiegenheit – ich habe das mit dem Landesamtsdirektor heute noch einmal besprochen – nicht in der Lage, hier detaillierte Auskünfte auf den Tisch zu legen. Herr Landeshauptmannstellvertreter hat aber einige Zahlen genannt, darüber hinaus wurde ohnedies in den Medien alles präzise dargestellt, was das Gehalt anbelangt, was die Zulagen anbelangt und was die Infrastrukturkosten insgesamt anbelangt.

Zur Frage sechs, wechselseitiges Abschieben der Verantwortlichkeit. Ich habe darauf schon hingewiesen, daß es mir in keinem Fall darum gegangen ist und auch weiterhin nicht geht. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, daß es zwingende verfassungsrechtliche und organisationsrechtliche Bestimmungen gibt, die ich auch angewendet wissen möchte, über den Bereich der Frage der Genesis dieser Geschichte oder der politischen Verantwortlichkeit insgesamt. Und ich möchte präzise dazu festhalten, es ist mir als Personallandesrat nicht möglich, etwa die Frage der Notwendigkeit des Auslandsaufenthaltes irgendeines Landesbediensteten aus fachlicher Sicht oder die Gebarung im Bereich des Sachaufwandes anderer Ressorts zu beurteilen. Ich habe das vorhin schon angesprochen, das ist mir, und zwar auf Grund rechtlicher und festgelegter Vorgangsweisen, nicht möglich.

Zur Frage sieben, Aufschlüsselung der Sachkosten: Der Beitrag der Rechtsabteilung 1 zum gemeinsamen Sitzungsantrag vom September 1994 bestand in der Verfassung des Sondervertrages. Die Aufstellung der Sachkosten – ich habe es vorhin schon angesprochen – war mir im Detail nicht bekannt. Aber ich verweise nochmals darauf, im Zusammenhang mit dieser Frage, daß bereits mit einstimmigem Beschluß der Landesregierung vom 14. März 1994 die Kosten für die Aufrechterhaltung des Bürobetriebes in der Zeit vom 1. August 1993 bis 31. Dezember 1993 in der Höhe von monatlich 110.000 Schilling bewilligt wurden, verweise darüber hinaus, daß es bereits vorher und nachher natürlich Beschlüsse immer wieder über die Infrastrukturkosten gegeben hat.

Zur Frage neun kann ich sagen, die Frau Dr. Hochkofler war vom 1. Jänner 1982 bis zum 31. Dezember 1991 Angestellte der Steirischen Volkspartei.

Zur Frage zehn, Verletzung der Amtsverschwiegenheit im Zusammenhang mit den Rechnungshofberichten: Das darf ich ähnlich beantworten wie der Landeshauptmannstellvertreter. Es wird kein Politiker gutheißen, daß ein Verstoß gegen bestehende Rechtsvorschriften vorkommt. Ich bin jetzt auch ziemlich lang Angehöriger des Hohen Hauses, ich bin sogar so lange in der Politik tätig, seit es den Rechnungshof gibt, glaube ich. Und wenn ich mich recht erinnere, ich war auch einmal Journalist – ich möchte das vorausschicken zur folgenden Passage –, ich kann mich nur an folgendes erinnern, daß praktisch jeder Rechnungshofbericht auf dem langen Weg vom Verfasser bis in den Landtag und in den Ausschuß vorzeitig das Licht der Öffentlichkeit über die Medien bereits erblickt hat. Das ist ein Verweis auf Tatsachen.

Auf die Frage elf vom Herrn Prof. Brünner möchte ich antworten, im Sinne eines liberalen Prinzips, wonach jeder Mensch für sein Handeln selbst verantwortlich ist, kann ich mit Sicherheit ausschließen, daß ich den Bericht an die Medien weitergespielt habe. Jetzt mein Verweis auf die Journalisten, mit einem Kompliment, in einer Demokratie, es gibt immer wieder findige Journalisten, die alles finden und die alle Wege kennen, die zu allen Informationen kommen. Und wenn ich Helmut Griess am 30. April richtig verstanden habe, dann ist das in einer Güterabwägung der Demokratie in diesem Fall durchaus auch eine begrüßenswerte Sache im Zusammenhang mit dem Gelangen dieses Berichtes an die Medien. Noch einmal, ohne Wertung, ich zitiere hier nur Helmut Griess.

Zur konkreten Frage: Ich kann im Sinne, ganz wortgleich dessen, was der Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, daß man gar nichts letztendlich ausschließen kann, aber ich kann jedenfalls nach meinem Wissensstand, nach meinem Dafürhalten und nachdem bei mir im Büro in allen Dingen das Prinzip von Vertraulichkeit und Amtsverschwiegenheit gilt, kann ich mir nicht vorstellen, daß aus meinem Büro dieser Bericht hinausgespielt worden ist an irgendwelche Medien. Und, auf die nächste Frage, selbstverständlich bin ich zu einer Untersuchung bereit. Ich habe bereits untersucht und im Sinne des vorhin Gesagten keine Anhaltspunkte gefunden, daß aus meinem Büro oder Verantwortungsbereich dieser Bericht hinausgespielt worden ist zu irgendwelchen Medien.

Zur Frage 13: Das ist im Sinne des vorhin angesprochenen Dilemmas mit der generellen Landung von Rechnungshofberichten, Rohberichten oder anderen Berichten eine Frage, die sich die Damen und Herren des Hohen Hauses intensiv stellen müssen. Wenn ich mich recht erinnere, hat es anlässlich der Budgetdebatte im April 1996, Christian, eine intensive Diskussion über dieses Thema bereits gegeben. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es, wie gesagt, da natürlich sehr ernsthafte rechtsstaatliche Probleme gibt, was eine Veröffentlichung von Rechnungshofberichten anbelangt, die Frage der Amtsverschwiegenheit, die Frage des Datenschutzes, die Frage von Betriebsgeheimnissen. Aber ich bin mir sicher, daß das Hohe Haus diese rechtsstaatliche Frage intensiv diskutieren und zu geeigneten Beschlüssen und Konsequenzen finden wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.54 Uhr.)

**Präsident:** Wir kommen anschließend zur Wechselrede.

Ich darf im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz darauf hinweisen, daß die Wechselrede bei beiden Dringlichen Anfragen in einem durchgeführt wird.

Es wird dann auch gemäß Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Redezeitbeschränkung für die Damen und Herren Redner von 20 Minuten gelten. Nicht gilt diese Beschränkung für die Mitglieder der Landesregierung. Hier hat sich in der neuen Geschäftsordnung gegenüber der alten nichts geändert. Die Mitglieder der Landesregierung können auch jederzeit das Wort ergreifen.

In diesem Sinne erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid nunmehr das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (11.55 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, Hohes Haus!

Ich bin ja vom Herrn Prof. Brünner mit dem Hinweis angesprochen worden, ich müsse mich der Frage stellen, warum habe ich zugestimmt?

Ich gehe davon aus, daß auch die Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion diese Frage an mich richten, vielleicht auf die Kollegen von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, nur weniger laut, und das mit gutem Grund.

Ich sage Ihnen, Herr Professor und meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 9. Februar 1998 stelle ich mir selber diese Frage, mit großer Intention. Ich sage auch in aller Offenheit dazu, ich schlafe schlecht, wenn ich mit dieser Frage konfrontiert werde. (Abg. Mag. Zitz: „Bravo!“) Ich schlafe deswegen schlecht, weil ich grundsätzlich ein Mindestmaß an Vertrauen in die Ressortverantwortung von Regierungskollegen habe. In Zustimmungen zu Anträgen sehe ich nicht den Freibrief zum Mißbrauch der Verwendung öffentlicher Gelder. Für mich ist es eigentlich ein wirklicher Vertrauensbruch.

Ich habe am 17. Oktober 1994 in gutem Glauben – und ich stehe auch zu dem Beschluß, und ich weiß, daß ich ihn mitzuverantworten habe – für die Fortführung dieser Ausstellung gestimmt. Das habe ich eindeutig gemacht.

Und jetzt komme ich auf die drei Grundsatzfragen, und nur die möchte ich beantworten. Sie betreffen den Vertrag.

Zunächst einmal die Unkündbarkeit dieses Vertrages. Ich bitte mir zuzugestehen, daß ich bis heute mit dem Text dieses Vertrages nicht verbinden kann, daß er unkündbar ist. Ich kann auch nicht davon ausgehen, daß ein Personalchef oder Jurist sich selber die Frage im nachhinein stellen muß, ist er kündbar oder nicht. Es steht, „das Dienstverhältnis“ – ich zitiere wörtlich – „wird eingegangen: Auf die Dauer der Verwendung im Bereich des Landesmuseums Joanneum, gegenwärtig in Auslandsverwendung im Rahmen der Ausstellung ‚Imperial Austria‘ oder einer dem Inhalt oder Umfang ähnlichen Verwendung, anschließend wieder im Landesmuseum Joanneum in Graz.“

Wo hier die Unkündbarkeit liegt, ich kann sie nicht nachvollziehen. Man kann den ganzen Vertrag im weiteren durchlesen, man wird keinen Hinweis dabei finden. (Abg. Vollmann: „Entschuldige bitte, Michl, warum sagt das dann der Herr Dr. Eichinger, er ist unkündbar?“) Ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht. (Abg. Dr. Wabl: „Zwei Juristen, fünf Meinungen! – Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Aus wichtigen Gründen ist er immer kündbar!“)

Ich mache mir selber den Vorwurf, daß ich bei Zustimmung dieses Vertrages nicht erkannt habe, daß es sich um einen lebenslänglichen, wie Martin Wabl sagt, unkündbaren Vertrag handelt. Das ist für mich auch bis heute nicht nachvollziehbar. Ich bin lange Chef eines Büros gewesen. Ich habe dort Dienstverträge abgeschlossen mit ordentlichen Kündigungsfristen, und so habe ich das Ganze gelesen.

Ich gestehe, ich mache mir persönlich den Vorwurf, das nicht erkannt zu haben. Werden wir sehen, ob das überhaupt seine Richtigkeit hat.

Zweiter Punkt: Die Höhe der Infrastrukturkosten mit 110.000 Schilling monatlich für eine Ausstellung und insgesamt gerechnet, Gerhard Hirschmann hat darauf hingewiesen, daß es am 14. März 1994 einen Beschluß, einen gemeinsamen, einen von allen getragenen Beschluß gibt, wo diese 110.000 Schilling vermerkt sind.

Ich rede jetzt von Ausstellungskosten, nicht vom Begriff Infrastruktur, auf den komme ich noch zu Punkt 3. Wir machen hervorragende Ausstellungen in Graz, wie die Schiele-Ausstellung, wir werden eine Impressionistenausstellung haben, wir machen hier im Landhaushof ein Projekt „Classics in the city“, alles mit Kosten verbunden, die ohne weiteres vergleichbar sind. Also, die Dramatik dieser Infrastrukturkosten für Ausstellungskosten, bitte schön, hört zu, ist nicht erkennbar, die Dramatik liegt dann im Punkt 3, den ich beantworten möchte, was sind die Infrastrukturkosten? Und da hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war an dem 17. Oktober im Besitz eines Regierungsantrages, der am 22. September 1994 verfaßt worden ist, wo die Infrastrukturkosten unter diesem Titel laufen. Ich war nicht im Besitz weder eines Schreibens vom 10. März 1994, das ich nicht kenne, das hast du heute erstmals erwähnt, noch der Aufschlüsselung. Und das ist für mich schon eine Kernfrage. Am 9. Februar 1998, vor einer Regierungs-

sitzung, wurde mir dieses Papier der Rechtsabteilung 6 in die Hände gedrückt. Ich glaube, jeder kennt das schon in der Zwischenzeit, wo die Aufschlüsselung der Infrastrukturkosten ist, und da halte ich einmal fest – auch Gerhard Hirschmann behauptet, er hat es nicht gekannt, hat zwar den Regierungsantrag damals mitunterschieden –, es heißt schon oben „interne Information“, bitte das einmal wirklich zu beachten. Einen Tag vor Verfassung des Regierungsantrages wurde mit der Rechtsabteilung 6 im Jahre 1994, da war nicht Dr. Schachner der Zuständige, eine interne Information, ich möchte sagen, ein Geheimpapier verfaßt. Und in dem ist noch ein bezeichnendes Wort unter Punkt 2 a „Aufschlüsselungen der sogenannten monatlichen Infrastrukturkosten“. Was heißt denn das, der „sogenannten“? Heißt das nicht schon, wir sagen hier Infrastruktur, aber in Wirklichkeit meinen wir etwas ganz anderes? Das ist der Punkt, wo ich also wirklich von Mißbrauch meines Vertrauens spreche. In der Privatwirtschaft würde ich mich im Höchstmaß betrogen, hintergangen fühlen und würde mir Schritte im strafrechtlichen Bereich überlegen. Wenn man einem Regierungsmitglied unter Vorspiegelung eines Begriffes Infrastruktur, und das wissen wir, was es ist, das ist die organisatorische Grundlage für wirtschaftliche Bereiche, und das sind bitte keine Champagnerkosten, denn die fallen unter Repräsentation, und das sind auch nicht Kosten, die alle da hier in der Zeitung jetzt gestanden sind, für irgendwelche Einladungen. Ich habe es trotzdem mitzuverantworten. Daher stehe ich nicht an, mich vor der Öffentlichkeit – nicht für die Ausstellung, aber für den Mißbrauch, der hier betrieben worden ist – zu entschuldigen. Ich stehe nicht an, nachdem ich hier der Österreichischen Volkspartei mein Vertrauen geschenkt habe, behaupte, daß es mißbraucht worden ist, mich dafür zu entschuldigen, damit das ganz klargestellt ist.

Und, lieber Dr. Schachner, Herr Landeshauptmannstellvertreter, in einem Punkt bin ich nicht deiner Meinung. Es ist richtig, die Kontinuität von Beschlüssen zu bewahren, da bin ich ganz bei dir, aber Kontinuität von Beschlüssen kann nicht heißen, daß ich diese Beschlüsse nicht in ihrer Folge, in ihrer Handhabung intensiv hinterfrage. (Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Ich habe das interne Papier genauso wenig wie du gehabt!“)

Ja, gut, das ist damit klargestellt, wie du sicher auch andere Punkte klargestellt hast. Ich habe, und das möchte ich jetzt da hier auch allen Kollegen ins Stammbuch schreiben, wie ich eine neue Abteilung übernommen haben, die Fachabteilung IV a, habe ich mir die ganze Handhabung des Budgets dort angeschaut und bin sehr in der Öffentlichkeit kritisiert worden. Ich bin in Konfrontation mit einer Abteilung gekommen. Warum? Weil ich verlangt habe, daß jede Zahlungsfreigabe von mir persönlich unterschrieben wird. Es hat sogar die Frau Landeshauptmann einmal in einer Regierungssitzung interveniert, ich soll das lassen, weil ich damit irgendetwas verzögere. Natürlich unterlasse ich es nicht. Wir haben Millionen in diesem Planungsbudget eingespart, und das, weil jede Zahlungsfreigabe über meinen Tisch gegangen ist. Das ist Verantwortung, wie man sie im eigenen Bereich bitte wahrnehmen sollte. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich weiß nicht, ob das zeitlich möglich ist, aber das eine oder andere bekommt man damit sicherlich in den Griff.

Ich hoffe, daß ich mit meinen Ausführungen diesen einen Punkt, Herr Prof. Brünner, warum ich zugestimmt habe, hinlänglich beantwortet habe und all das, was dem hinzuzufügen war, in den unmittelbar mich betreffenden Dingen, gesagt habe. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 12.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Dr. Flecker. Er hat wie alle Debattenredner 20 Minuten Redezeit.

**Abg. Dr. Flecker (12.05 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Landesrat Hirschmann hat seinen Tanz um das goldene Ei fortgesetzt mit dem Ziel, politische Verantwortung abzuschieben. Und der Herr Landesrat Schmid hat sich zwar entschuldigt, hat aber auch nichts anderes in seiner Wortmeldung getan, als politische Verantwortung nicht wahrnehmen zu wollen und nicht dazu zu stehen.

Die heutige Debatte zum Fall Hochkofler ist der zweite eines dreifachen Aufgusses zu dieser Debatte. Wir haben schon einmal in diesem Haus diskutiert, heute ist der Sonderlandtag, und wenn der Rechnungshofbericht kommt und wir ihn dann sehen dürfen, wird er wohl auch ins Haus gehen, und das wird dann der dritte Aufguß sein. Ich sage das deswegen, weil es doch auch den Antragstellern gegenüber zu sagen ist, welche politischen Prioritäten man sieht. Wenn ich zum Beispiel dem entgegensetze, daß am heutigen Tage es wahrscheinlich eintritt, daß der steirische Handelskammerpräsident durch seinen Einspruch es schafft, daß eine Lehrwerkstätte, die von uns abgesichert wurde, gesperrt wird, dann sind die Prioritäten sehr schräg. Ich würde lieber darüber reden. Aber nachdem wir uns mit dem Fall Hochkofler zu beschäftigen haben, einige Facts:

Fest steht, die ehemalige ÖVP-Angestellte in der steirischen ÖVP, Annelie Hochkofler, ist Günstling dieser Partei, und die Gunst dieser Partei für Hochkofler kommt zumindest seit 1989 durch Verwendung von Steuermitteln zugunsten von Frau Dr. Hochkofler zum Ausdruck. Und wenn man in der Sache gründlich recherchiert, dann weiß man, daß der Fall Hochkofler viel weiter zurückliegt, als wir das hier debattieren. Bereits im Jahre 1987 hat der damalige Landeshauptmann Krainer beim Außenminister Mock interveniert, daß Frau Hochkofler einen Job in New York bekommen möge, und er sagt dazu, soweit ich das erfahren habe, er könne sie im Lande nicht anstellen, weil das eine schiefe Optik hätte. Diese schiefe Optik einzugehen hat man erst 1994 gemacht. Und er hat aber dazugesagt, um ihr eine Beschäftigung in New York zu ermöglichen, werde man seitens der Steiermark ein Stipendium vergeben zugunsten der Frau Hochkofler. Eine eigenartige Form eines Stipendiums, wie es sich heute herausstellt. Und noch etwas, meine Damen und Herren, zuerst war New York, da war noch keine Rede vom Zeughaus, es ist um nichts anderes gegangen, als der Frau Dr. Hochkofler, die offenbar gute Beziehungen hatte, einen Herzenswunsch zu erfüllen, das Zeughaus ist erst

später gekommen. Meine Damen und Herren, und dieses Stipendium hat bis zum Jahre 1995 immerhin 6,8 Millionen Schilling betragen, die vor dem Vertrag ausbezahlt wurden, ohne jeden Verwendungsnachweis, einfach so.

Da liegen die Ursachen der Begünstigung eines Günstlings einer Partei. Diese Infrastrukturkosten sind dann erst in dem Regierungsbeschluß tatsächlich, die sogenannten, wie der Landesrat Schmid richtig gesagt hat, erst später aufgetaucht.

Und die ÖVP war weiter verwoben in den Geldfluß zugunsten der Frau Hochkofler. Ein Förderungsansuchen des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“ über 2,1 Millionen Schilling zugunsten des Projektes Hochkofler wurde gestellt. Als Vereinspräsident, der er heute, soviel ich weiß, noch immer ist, hat der Herr ehemalige Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth von der ÖVP unterschrieben. Das Ansuchen ging an das Auswärtige Amt. Witzigerweise hat dieser Verein die gleiche Adresse wie das zuständige Amt der Landesregierung, dem ebenfalls Jungwirth vorstand. Dieser Verein hat sich schon einmal der Kontrolle des Landesrechnungshofes entzogen, und das sollen wir nicht hinnehmen. Ich nehme an, daß die ÖVP noch soviel Kontakt zum Herrn Prof. Jungwirth hat, daß er sich durch den Landesrechnungshof prüfen läßt.

Zu dieser Subvention noch, sie ist zur Mitte des Jahres bei diesem Verein eingelangt und zu Ende des Jahres verbucht worden. Interessante Details: Warum verwendet man einen Verein als Täuschung solcher Vorgänge? Warum wird dieser Verein zum Auftritt gebracht, um dem Bundesministerium vorzutäuschen, als sei es eine Abteilung des Amtes der Landesregierung? Da muß doch etwas dahinterstehen, und das wissen wir alle noch nicht. Das wird ebenso zu prüfen sein.

Angeblich hat die ÖVP mit diesem Verein genauso wenig zu tun wie mit der Frau Hochkofler oder dem Fall Hochkofler.

Aber es gibt ein weiteres Naheverhältnis: Annelie Hochkofler war im Jahr 1992 bis Sommer 1993 Angestellte der Wirtschaftskammer Steiermark. Und witzigerweise, man kann das erfahren, wenn man recherchiert, hat es in dieser Zeit für das Projekt Hochkofler über das WIFI seitens des für Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Regierungsmitgliedes Subventionen gegeben. Und dieses Regierungsmitglied ist heute die Frau Landeshauptmann Klasnic. Frau Landeshauptmann hat auch ihre Form des Stipendiums vergeben.

Fakt ist, meine Damen und Herren, eine steirische Volkspartei, die das Wirtschaftsressort, die Wirtschaftskammer und das WIFI wie ihr Eigentum benützt, hat ihrem Günstling Annelie Hochkofler Geld zukommen lassen. Günstlingswirtschaft, betitelt als Stipendium, Subvention oder aber Infrastrukturkosten. Und nebenbei einen Etikettenschwindel mit einem Verein, der 2,1 Millionen bekommen hat, und insgesamt sind bis zum Vertrag 6,8 Millionen Schilling ohne Verwendungsnachweis geflossen.

Das alles unter der ausschließlichen Zuständigkeit in der Regierung seitens einer Partei in diesem Lande.

Irgendwie muß dann der Zeitpunkt gekommen sein, um das alles sanieren zu wollen. Man wollte den Vertrag, diesen Sondervertrag. Er ist im Jahr 1994 mit der Mehrheit von ÖVP und FPÖ beschlossen worden, bestehend aus einem Dienstvertrag und dem Ersatz sogenannter Infrastrukturkosten, die in der Summe aufgeführt sind, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Und einen Tag, interessanterweise, vor diesem Regierungsbeschluß wird jener interne Vermerk verfaßt, den der Landesrat Schmid zitiert hat. Eigentümlich, interner Vermerk, den sich Beamte selber machen? Meine Damen und Herren, soviel ich weiß trägt er keine Unterschrift, aber solche Auslegungen passieren mit Sicherheit nicht ohne politische Weisung. War es die von Altlandeshauptmann Krainer oder, aber, und Personallandesrat Hirschmann? Das läßt sich heute nicht mehr nachvollziehen. An dem Beschluß jedenfalls im Jahr 1994 haben von den heute im Amt befindlichen Regierungsmitgliedern folgende Herrschaften aktiv mitgewirkt: Frau Landeshauptmann Klasnic, Landesrat Hirschmann, Landesrat Pörtl und Landesrat Schmid. Diese Herrschaften können Sie nicht freisprechen, auch für nach 1994 nicht, denn sie haben die Grundlage für die heute auftauchenden Probleme ein zweites Mal geschaffen. Vorher ist es unter der Decke gegangen, hier wurde es offiziell.

Und die Freiheitliche Partei, die sich heute so entrüstet, hat das erst ermöglicht, weil offenbar darf man, wenn man mitmachen darf, doch etwas mehr als wenn dem nicht so ist. Aber es ist zumindest ein Zeichen der, wenn auch späteren, Einsicht, daß man sagt, ich bin hintergangen worden, und ich entschuldige mich dafür, daß ich nicht die nötige Aufmerksamkeit meinem damaligen Regierungspartner in der Kontrolle gewidmet habe.

Aber wie schaut es mit den anderen Regierungsmitgliedern aus? Sind sie auch hintergangen worden? Landesrat Hirschmann und Landeshauptmann Krainer wohl nicht, denn sie können sich ja nicht selbst hintergehen. Vielleicht wäre Pörtl hintergangen worden, hätte er gefragt, oder vielleicht die Frau Landeshauptmann. Wie schaut das bei Ihnen aus? Ich glaube, Sie würden sich allzu gerne hinter einem Nichtwissen verstecken. Das können Sie aber nicht, siehe Förderung ans WIFI und Späteres.

Und dann kommt der Herr Lopatka an die Presse, der Herr Lopatka, der in dieser Frage mit seiner Partei bis zum Hals im Sumpf steckt, und will die Stafette weitergeben, wirft den eigenen Mist aus seinem Fenster auf andere. Das offene Visier, lieber Reinhold, ist nicht deine Sache. Deine Sache ist es offenbar, sich billig aus der Verantwortung schleichen zu wollen.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten haben nicht nur dagegengestimmt, sondern alles unternommen, was zu unternehmen ist. Die Medien mögen in ihren Archiven nachschauen – ich erspare mir jetzt die Zitate –, was uns damals wegen unserer Gegenstimme zu diesem Vertrag alles von den anderen Parteien vorgeworfen wurde. Nur, meine Damen und Herren, Rechtsgrundlagen, auch wenn diese andere geschaffen haben, kann man jetzt nicht abschaffen, oder wird das so gesehen?

Meine Damen und Herren, niemand wird heute noch bezweifeln, daß wir gegen den Österreicher gestimmt haben, inhaltlich, und die Mehrheit hat diesen Österreicher mit all seinen Folgen beschlossen.

Na selbstverständlich war dann der Herr Landesrat Ressel verpflichtet, die Bedeckungsbeschlüsse einzubringen. Na selbstverständlich müssen wir im Interesse des Landes schauen, daß das Land nicht vertragsbrüchig wird. Vertragsverletzung ist nicht Sache von Verantwortlichen dieses Landes, die sollen andere begehen. Und Landeshauptmann Schachner hat auch die Prüfung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“ veranlaßt, und er hat einen Regierungsbeschluß herbeigeführt mit dem Ziel, den Vertrag aufzulösen, ohne Sydney zu gefährden, leider hat man mit der angegriffenen Gesundheit von Frau Hochkofler nicht gerechnet. Als sie kommen sollte, wurde sie krank. Und dann war sie in Sydney, und dort hat sie, wie bekannt, hohen Besuch bekommen von einer Wirtschaftsdelegation ohne Wirtschaftstreibende. Und dort, Frau Landeshauptmann, hätten Sie spätestens mit Frau Hochkofler reden können, Journalisten als Zeugen hätten Sie ja dabeigeht. Oder haben Sie doch, oder haben Sie nur Small Talk geübt, oder was haben Sie dort getan? Oder haben Sie Ihre Freundin bestärkt? Und wir mußten in der Zeitung lesen, daß Sie auf den Einladungslisten der Frau Hochkofler standen, die dann das Land begleiten mußte. Und Sie waren sicher in guter Gesellschaft und auch zusammen mit einigen anderen ÖVP-Politikern, Busek, Schüssel, die ÖVP-Marathonfraktion, oder unter Umständen auch ein Herr, der die Wohnung der Frau Hochkofler verwertet hat. Oder haben Sie bei diesem Arbeitsgespräch die Klage der Frau Hochkofler entgegengenommen, daß der Herr Landeshauptmann nichts auszahlt, und ihn dann ersucht, auszuzahlen? Frau Hochkofler hat sich gebärdet, wie sie Krainer und Hirschmann im Regierungssitzungsantrag bezeichnet haben, als Botschafterin. Nicht umsonst wurde um einen Diplomatenpaß interveniert, der seinerzeit abgelehnt wurde, den sie heute hat. Also, man ist immer sehr rührig um die Frau Hochkofler bemüht gewesen. Der Herr Busek hat ihr offenbar nicht gegeben, aber ihr Lebensziel hat ihr dann offenbar der Herr Schüssel gebracht. Herr Präsident, meine Damen und Herren, zusammenfassend, so leid es mir tut, aber wir müssen das Kind beim Namen nennen. Ein ÖVP-Skandal, der aus dem Jahre 1987 reicht, durch den Regierungsbeschluß gemeinsam mit den Freiheitlichen im Jahre 1994 haben Sie für Frau Hochkofler vertraglich zustehende Rechte statuiert, die, wie wir bestätigt bekamen, nicht einseitig auflösbar sind. Es bleibt zu hoffen, daß Frau Hochkofler ihre Unverfrorenheit im Nehmen beendet und von selbst geht oder einen moralisch vertretbaren Vertrag abschließt. Um ihre Zukunft braucht sie sich wohl keine Sorgen zu machen, denn die steirische Volkspartei wird ein Stipendium für sie finden, und der Landesrat Hirschmann hat heute bereits für ihre Weiterverwendung in der FOKU interveniert.

Frau Landeshauptmann, um das Gesamte vielleicht bildlich in einem Bild zusammenzufassen, an einem besteht sicher kein Zweifel, daß die Ritter mit der weißen Maske zugeschlagen haben. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 12.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (12.25 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach diesen scharfzüngigen Attacken des Klubobmannes Flecker (Abg. Schrittwieser: „Tatsachen, nicht Attacken!“), die auf Tatsachen beruhen, möchte ich zusätzlich zu den Wortmeldungen und zu den Ausführungen, die bisher schon deponiert wurden, einige grundsätzliche Gedanken anbringen, die mir wichtig sind. Und ich möchte auch an dich, Kollege Flecker, bleib noch ein bißchen da, eine Frage richten, die du mir vielleicht ehrlich beantworten kannst, wobei ich dir beipflichte, wenn du all diese Privilegien, all diese Sonderregelungen auf das schärfste hier kritisierst und sie hier auch anprangerst. Wäre tatsächlich die SPÖ oder wer immer in der Lage gewesen, diese Fehlentwicklung, diesen Vertrag, diese Privilegienwirtschaft aufzuzeigen, wenn nicht der steirische Rechnungshof, um den uns viele Bundesländer beneiden, hier aktiv geworden wäre? War es nicht ungewein wichtig, daß der Rechnungshof – aber nicht nur in dieser Frage, sondern auch in der Frage der Sonderverträge der Landesregierung, aber auch in anderen Bereichen der Rechtsabteilungen 1 und 10, insbesondere auch im Fall Hochkofler – tätig geworden ist? Ich habe das hier nie besonders herausgestrichen, weil es nicht meine Art ist, von einem Journalisten zum anderen zu gehen und darauf hinzuweisen, daß ich es war, der damals nach meiner Wahl zum Obmann des Kontroll-Ausschusses mit dem Rechnungshofdirektor Grollitsch darüber gesprochen hat, daß all diese Sonderverträge endlich einmal zu behandeln sind. Und damals war davon die Rede, daß der pensionierte Abteilungsvorstand der Rechtsabteilung 1, Hofrat Greimel, Einkommen von 150.000 Schilling bezieht. Ein Betrag, der schon damals den Unmut von uns Abgeordneten hervorgerufen hat. Ich habe damals – und das ist jetzt schon zwei Jahre her – hier diese Anregung gegeben, daß man endlich einmal alle Sonderverträge und die Regierungsbüros durchleuchten sollte.

Und die Niederösterreichische Landesregierung, aber auch der Landtag sind jetzt daran interessiert, den Landesrechnungshof nach steirischem Muster einzurichten, und darauf bin ich stolz. Aber eine Frage, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, weil so getan wird, daß nun alles gemacht worden ist, um die Frage Vertrag Hochkofler hier zu bereinigen, warum sind diese Dinge jahrelang nur dahingeschleppt worden? Warum warst du auch nicht bereit oder nicht daran interessiert als zuständiger Landesregierungsreferent, diesen Vertrag endlich zu beseitigen und hier entsprechende Schlüsse zu ziehen? Und ich habe auch an dich eine Frage, die ich an deine Beantwortung noch anhängen möchte, als Jurist stelle ich dir diese Frage. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es im Bereich des Landes eine Situation gibt, wo ein Sondervertrag, mit wem immer, in dem Fall mit der Frau Hochkofler, abgeschlossen wird und sich keine Möglichkeit daraus ergibt, diesen Vertrag zu kündigen, außer es gibt gewisse Vorkommnisse oder Mißstände, die der Landesrechnungshof hier aufzeigt. (Landeshaupt-

mannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das habe ich ja gesagt, dann geht es!“) Was wäre aber gewesen, wenn hier der Landesrechnungshof nicht tätig geworden wäre? Und ich kenne dich und kenne auch die anderen Mächtigen in diesem Land, wenn nur der Martin Wabl als Obmann des Kontroll-Ausschusses hier herausgegangen wäre ohne die Unterstützung des Rechnungshofes und gesagt hätte, der Vertrag mit der Annelie Hochkofler ist ein Skandal, ist aufzulösen, dann hättest du wahrscheinlich nicht einmal mit dem einen und schon gar nicht mit dem anderen Ohr gewackelt. Aber Gott sei Dank haben wir den Landesrechnungshof. Und wenn wir uns auf den berufen und hier einen Sonderlandtag erreicht haben, so wird das Gott sei Dank ernst genommen. Ich frage dich daher, du hast zwar nicht mitgestimmt, aber ich frage das auch die anderen Verantwortlichen in der Regierung, was ist das für eine Landesregierung, die still und leise ohne Kontrolle der Öffentlichkeit einen Vertrag abschließt, der fast mehr oder weniger möglicherweise, wenn kein Verschulden nachzuweisen ist, lebenslänglich kriegen soll? Und ich selber bin Jurist, bitte! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dann wäre das gleiche rausgekommen wie bei Krobath!“) Aber wenn ich mir alleine die Vision vorstelle, daß Annelie Hochkofler mit einem solchen Sondervertrag bis zu ihrer Pension beim Land beschäftigt wäre, ich halte das für einen tatsächlichen Skandal in der Geschichte, daß man nicht nachdenkt, was ist, wenn diese Sonderausstellungen in New York, Sydney und so weiter vorbei sind, sitzt dann die Frau Hochkofler im Joanneum und hat Privilegien, von denen andere in diesem Lande nur träumen können, geschweige von jenen, die heute draußen in den Fabriken, in den Firmen oder in der Oststeiermark oder wo immer in der Steiermark zu schlechter bezahlten Jobs beschäftigt sind? Oder ich denke an Vertragsbedienstete, an Karenzvertretungen im Land Steiermark, Kollege Hirschmann, die oft froh sind, wenn sie einen bescheidenen Vertrag bekommen, der kaum verlängert wird. Wo ist hier eine soziale Symmetrie vorhanden? Auf der einen Seite bist du hauptverantwortlich oder mitverantwortlich, auch der Herr Landesrat Schmid. Ihm mußte ich zugehen, daß er wenigstens schlecht schläft jetzt, damit er hier die Kurve kratzt, aber fest steht, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Auf der einen Seite Sonderverträge zu Konditionen, von denen der Durchschnittsbürger oder die Durchschnittsbürgerin, aber auch der Durchschnittslandesbeamte nur träumen kann, der fleißig seine Arbeit verrichtet und der hier sich gar nicht vorstellen kann, daß jemand im Namen des Landes als Botschafterin agiert. Aber ich frage das, und ich bin selber Jurist, zwar der zweitschlechteste (Landesrat Dr. Hirschmann: „Nur von den Fachleuten!“) nach der Reihenfolge, nach der Bewertung des Herrn Landesrates Hirschmann, aber ich habe mich mit Arbeitsrecht und mit vielen anderen Dingen auch sehr intensiv beschäftigt. Und eines möchte ich dir auch sagen, lieber Gerhard, wenn das Land entschlossen wäre – und ich werde auch dafür eintreten, und ich werde auch nicht nachlassen, dies zu fordern, wir haben auch einen entsprechenden Antrag hier unterschrieben – wenn das Land entschlossen wäre, von mir aus, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, nach Abschluß – (Landeshauptmannstell-

vertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das habe ich gestern schon gesagt!“) ich weiß – der Erhebungen des Landesrechnungshofes, diesen Vertrag zu kündigen, ich bin überzeugt davon, daß dies möglich sein wird, und auch von einem bin ich überzeugt, daß die Frau Hochkofler sicherlich den Prozeßweg nicht beschreiten wird, weil sie möglicherweise hoffen wird, daß sie in einem gütlichen Einvernehmen eine Weiterbeschäftigung zu welchen Bedingungen immer, zu sozial verträglichen Tarifen, erfolgen wird, daher kann ich nur appellieren an die Mehrheit in diesem Lande, an die ÖVP, ziehen Sie Ihren Schlußstrich, und seien Sie auch bereit, hier diesen Vertrag mit Annelie Hochkofler zu kündigen und auch gleichzeitig einem Untersuchungs-Ausschuß zuzustimmen, weil der weitere Fakten aufdecken könnte. Und, Herr Kollege Schachner, ich bin gleich fertig, nur eine Frage, damit wir die Parität herstellen. Auch eine Frage, weil ein anderer Sonderlandtag zur Frage Helga Konrad sehr erfolgreich war. Und es war Gott sei Dank der Landtag, diese Geldvernichtungsmaschine, der kaum mehr notwendig ist, aber ich bin stolz darauf, daß es manchmal noch Augenblicke gibt, wo der Landtag etwas bewirkt. Durch diesen Sonderlandtag wurde damals verhindert, daß Helga Konrad auch zu sehr privilegierten Bedingungen angestellt wird. Und jetzt frage ich dich, was mich persönlich interessiert: Du bist ja damals davon ausgegangen, daß die Anstellung der Helga Konrad ein Vorteil für dieses Land ist. Du hast heute das selber erwähnt, die Helga Konrad, sonst hätte ich das hier gar nicht angeschnitten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist vorher erwähnt worden!“) Aber du hast es vorher auch erwähnt. Du warst damals der Meinung, hast es auch in der Regierung offensichtlich verdreht, in der Öffentlichkeit, dieses Land braucht eine Sonderbeauftragte für den Kulturbereich, und du hast damals Helga Konrad nominiert, 53.000 Schilling war der bescheidene Salär, der hier vorgesehen war. Jetzt frage ich dich, ist jemand anderer inzwischen angestellt worden für diese wichtige Beschäftigung oder ist es dir gelungen, durch Umschichtungen die Helga Konrad oder die Nationalratsabgeordnete Helga Konrad überflüssig zu machen? Das hätte ich gerne noch gewußt. Vielleicht ergibt sich dann eine Gelegenheit. Herr Landesrat Hirschmann, auch eine Frage: Du hast das letzte Mal beteuert, wie stolz du darauf bist, daß diese Landesverwaltung immer schlanker wird, aber ich stelle fest, daß viele Gespräche mit Beamten, dein Schlankerwerden bezieht sich hauptsächlich auf die Nichtakademiker und auf andere Bereiche, wobei mir auch wichtig ist, daß im akademischen Bereich Juristen möglicherweise eine Anstellung finden. Aber dort bist du stolz darauf. Aber wenn es um Sonderverträge geht, wenn es um Regierungsbüros geht, müssen wir vom Landtag feststellen, daß hier offensichtlich ein Schlankerwerden von dir nicht geplant ist. Ich komme daher schon zum Schluß. Ich kann heute nur sagen und es wiederholen, ich freue mich, daß heute der Hofrat Grollitsch und der Hofrat Leykauf da sind als Vertreter aller, die im Landesrechnungshof tätig sind. Wir haben lange genug darum gekämpft, daß die Berichte des Landtages, worum heute so lange diskutiert worden ist, ob Berichte an die Presse ergehen oder in die Öffentlichkeit kommen. Mir tut es weh, daß wir so einen intensiven Hürdenlauf noch

immer eingebaut haben, daß Berichte in das Hohe Haus kommen. Ich würde mir für die Zukunft wünschen – und vielleicht können die Damen und Herren der ÖVP, der sogenannte Hohe Landtag, hier mittun, daß es selbstverständlich ist, daß jeder Bericht, der heute in den Ausschuß kommt, auch selbstverständlich in den Landtag weitergeleitet wird, wie das üblich ist. Vielleicht ist das ein Anlaß. Ich bin froh darüber, daß die Medien, die Öffentlichkeit hier über Mißstände, über Fehlverhalten entsprechende Berichte bringen, weil wir als Abgeordnete, das haben wir mehrmals festgestellt, nicht nur von der Fraktion der Grünen, sondern wir als Abgeordnete hier, wie die Vertreter der ÖVP und der SPÖ, damit fertig werden, kann ich nicht beurteilen, wir werden leider Gottes sehr oft zu Statisten degradiert. Ich würde mir daher wünschen, daß Beschlüßfassungen in der Regierung in Zukunft viel transparenter werden. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, daß auch wir, die einfachen Abgeordneten, von diesen Beschlüssen, von oft so weitreichenden Beschlüssen, die das Ansehen der Politik in der Öffentlichkeit untergraben, daß wir auch davon erfahren, und nicht nur noch fünf, sechs Jahre später hier Kritik aufzeigen dürfen. Und wenn uns das gelingt, daß die Öffentlichkeit, die öffentliche Kontrolle diese Funktion dieses Landtages in Zukunft mehr in den Vordergrund gebracht wird, dann bin ich sicher, daß wir als Abgeordnete zeigen, daß wir keine Geldvernichtungsmaschine sind, sondern daß wir sehr wohl unsere Berechtigung haben, daß wir ihnen – es sind nur mehr zwei da – auf die Finger schauen und nicht zur Kenntnis nehmen wollen und können und auch dürfen, daß möglichst viel Politik in dem Land im Geheimen passiert zum Nachteil des Steuerzahlers, den wir hier auch massiv vertreten wollen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka (12.37 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedaure es außerordentlich, daß das zuständige Regierungsmitglied, nämlich Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner-Blazizek, es nicht der Mühe wert findet, wenn ein Sonderlandtag sich mit einer Causa beschäftigt, die Anfang Feber vom Rechnungshof eindeutig zugeordnet worden ist, nämlich dem zuständigen Kulturreferenten, bei dieser Debatte anwesend zu sein. Keine andere Veranstaltung hat in so kurzer Zeit auf einem so wichtigen Markt soviel Publizität erhalten und soviel bewirkt, wie „Imperial Austria“. Das sage nicht ich, sondern das erklärte Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek im Herbst 1996, als er nach den USA- und Kanada-Ausstellungen, er selbst, und nicht, weil er ein Erbe zu verwalten gehabt hat, sich entschieden hat, diese Ausstellung in Australien und – wie es damals geheißsen hat, Ostasien fortsetzen zu wollen. Damals prophezeite er der Ausstellung „einen weltweiten Siegeszug“. Das sind Originalzitate vom zuständigen Kulturreferenten.

Die weite Welt findet allerdings offenbar ein jähes Ende, wenn Kalamitäten auftauchen. Jetzt sagt der Herr Landeshauptmannstellvertreter, so lese ich es in der heutigen „Kronenzeitung“, diese Ausstellung bringe keinen erkennbaren Nutzen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, das hat der Rechnungshof gesagt!“) Sie haben sich aber dieser Meinung angeschlossen, so habe ich Sie gestern im Radio gehört. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, nur kurz bitte, Sie wissen ja, ich habe gesagt, wenn der Rechnungshof zum Ergebnis kommt, daß für das Land kein Nettotonnen Nutzen ersichtlich ist, ist für mich klar, daß ich daraus die Konsequenz ziehe, daß es keine weiteren Ausstellungen gibt, neben den vielen anderen Gründen. Nur zum Vorhergehenden noch, Herr Abgeordneter Lopatka, Herr Landespartei sekretär. Ich habe – wie Sie richtig zitiert haben – immer gesagt, das Projekt selbst scheint mir in Ordnung zu sein. Das habe ich auch der Frau Hochkofler bei dem einzigen Gespräch, das wir miteinander hatten, gesagt, machen Sie das weiter, weil das scheinbar eine gute Sache ist. Zum Projekt selbst habe ich mich nicht negativ geäußert. Aber etwas säge ich Ihnen schon, bei mir alles abzuladen und dann zu glauben, ich führe das noch weiter, also das kann doch wirklich niemand erwarten.“)

Ich möchte nur noch einmal festhalten, daß Sie – und ich habe Sie ja im Radio im Originalton gehört – sich dieser Meinung vom Rechnungshof angeschlossen haben, während heute noch in der „Kleinen Zeitung“ Ihr Hofrat Dr. Feil von einem erfolgreichen Projekt spricht. So einfach machen wir es uns nicht, heute hui und morgen pfui. Es kann doch wohl nicht so sein, daß zuerst ein Projekt für sehr positiv gesehen wird und dann verteufelt wird. Denn 2,8 Millionen Besucher in den USA und in Kanada sind zweifelsohne ein Erfolg, der natürlich auch der Steiermark Nutzen gebracht hat und auch noch Nutzen bringen wird. Die beiden führenden australischen Museen, die National Gallery in Melbourne und das Power-House-Museum in Sydney, versprechen ja auch für Australien ein entsprechendes Echo. Täglich pilgern dort immerhin 2000 Australier in die National Gallery, um diese Ausstellung zu sehen. Und auch der österreichische Botschafter Dr. Kolar hat uns Unterlagen übermittelt, aus denen eindeutig ersichtlich ist, welches große Medienécho hier diese Ausstellung findet und daß auch Fernsehsendungen aus den Ausstellungsräumlichkeiten gesendet werden. (Abg. Dr. Flecker: „Reinhold, darf ich was fragen?“) Die Zeit läuft. (Abg. Dr. Flecker: „Warum geht ihr dann mit unserem Antrag mit?“) Ja, das werde ich erklären. Ich bitte nur den Präsidenten, die Zeiten, die die SPÖ-Kollegen verbrauchen, ob der Landeshauptmannstellvertreter oder der Klubobmann, nicht mir anzurechnen. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich habe mir vorhin schon gedacht, daß ich dem Dr. Lopatka zwei Minuten gutschreibe!“) Gut, ich hoffe, daß die zwei Minuten ausreichen und daß ich nicht ständig unterbrochen werde.

Darf ich noch einmal festhalten, es gibt kein zweites österreichisches Bundesland, das ein derartiges Projekt hat, das sowohl in Nordamerika als auch jetzt in Australien ein solches Echo gefunden hat. Nun will aber – und jetzt bin ich beim Punkt, Herr Klubobmann

Flecker – der zuständige Kulturreferent – und nur er hat es in der Hand, denn er ist ressortverantwortlich – das Ausstellungsprojekt beenden. Das haben wir zu akzeptieren. (Abg. Dr. Flecker: „Warum geht ihr mit?“) Wir halten aber im Gegensatz zu ihm fest, daß wir trotz des Rechnungshofberichtes der Auffassung sind, daß das Projekt ein gutes ist. Dieser Meinung war übrigens im Februar dieses Jahres auch noch der Herr Landeshauptmannstellvertreter (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das habe ich gerade gesagt!“) und auch noch der FPÖ-Obmann Schmid, der seinerzeit sogar an den Herrn Altlandeshauptmann folgendes Schreiben geschickt hat: „Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich bedanke mich herzlich für die Übersendung der Presseberichterstattung zur Ausstellung ‚Imperial Austria‘. Ich möchte die Gelegenheit auch wahrnehmen, den Verantwortlichen für diese wunderbare Aktion nachträglich zu gratulieren, zumal ich persönlich im Gegensatz zu anderen die Fähigkeit besitze, mich über Erfolge, die nicht mir zuzuschreiben sind, uneingeschränkt zu freuen.“ Soweit FPÖ-Landesparteiobmann Schmid. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Ausstellungskatalog „Imperial Austria“, der in Australien zur Zeit aufliegt, kommt nur ein Steirer zu Wort, nur ein Mitglied der Landesregierung, nämlich das zuständige Mitglied. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „So ist es!“) The deputy governor of the state of Styria, übersetzt: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek. Was sagt er hier? Ich darf wortwörtlich zitieren. „Rekordbesucherzahlen und glänzende Medienberichte in Nordamerika gehen dieser Ausstellung voraus.“ Und er nimmt zur Person Dr. Annelie Hochkofler auch Stellung, und da haben Sie jetzt etwas anderes gesagt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, als Sie hier geschrieben haben. Wissen Sie noch, was Sie hier geschrieben haben? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, sagen Sie nur, zitieren Sie es!“) Ihr besonderer Dank gilt, ich zitiere, es ist in englischer Sprache geschrieben, daher muß ich es ganz kurz englisch sagen. Ich werde es dann übersetzen „the driving force behind the project“, „die treibende Kraft hinter dem Projekt“ ist Frau Dr. Annelie Hochkofler. So haben Sie das heuer noch gesehen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Natürlich, das hat nichts damit zu tun!“) Jetzt haben Sie mit Frau Dr. Hochkofler nichts zu tun, sie ist nur ein Erbfall der bösen ÖVP. (Abg. Dr. Flecker: „Ja, sie ist ein ÖVP-Günstling, du mußt den Skandal vom Inhalt bringen!“) Ja, sehen Sie, aber dieser Günstling ist sehr positiv gesehen worden von Ihrem SPÖ-Landespartei vorsitzenden, da war von keinem Skandal die Rede. Da war die Rede von der treibenden Kraft dieses Projektes, von Ihrem Parteivorsitzenden. Diese Kindesweglegung – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da steht aber nichts vom Rechnungshof, nichts vom Abbrechen und nichts von der Gage drinnen!“) Jetzt muß ich Ihnen aber schon etwas sagen. Sie hatten den Rechnungshofbericht schon lange vor der Eröffnung dieser Ausstellung (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, habe ich nicht gehabt!“), dieser Katalog ist im März aufgelegt worden. (Abg. Dr. Flecker: „Reinhold, hat ihn die Frau Landeshauptmann auch

gehabt und ist deswegen hinuntergefahren, oder wie ist das?“) Ja, Entschuldigung, darf ich das sehr deutlich sagen. Nein, die Frau Landeshauptmann hat diesen Rechnungshofbericht nicht gehabt, nur der Landeshauptmannstellvertreter hat im Februar – er als einziger, nicht einmal Dr. Hirschmann als Personalreferent – hat den Bericht bekommen. (Abg. Dr. Flecker: „Zugleich!“) Sie wissen es genau, daß der Rechnungshof im Februar nur dem Herrn Kulturreferenten seine Unterlagen zur Verfügung gestellt hat. (Abg. Dr. Flecker: „Das war aber kein Bericht, nur ein Brief. Den hat der Landesrat Hirschmann am selben Tag bekommen!“) Nur der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat ihn bekommen. Darf ich es sehr deutlich sagen, ich glaube, man muß hier drei Dinge auseinanderhalten. Erstens das Projekt an und für sich, das nicht nur akzeptiert worden ist – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Darum habe ich es auch fortgeführt!“) Es war Ihre eigenständige Entscheidung, ich werde Sie dann nochmals zitieren, weil Sie vergessen das immer so schnell. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich vergesse gar nichts!“) Na, manchmal schon. Ihr Vorwort und wie Sie die Frau Dr. Hochkofler noch vor kurzem gesehen haben, das haben Sie vergessen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe es nicht vergessen. Ich habe nur gesagt, der Vertrag ist aufzulösen, wenn die Vorhaltungen aufrechtbleiben. Da gibt es nämlich sehr wichtige Gründe aus meiner Sicht, den Vertrag aufzulösen, und dabei bleibe ich. Das war zu dem Zeitpunkt, und das hat auch mit der Tatsache, daß sie sich engagiert hat, nichts zu tun!“) Es freut mich schon, daß Sie das jetzt so darstellen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das sind zwei verschiedene Dinge, Herr Abgeordneter!“) Gut, das Wort Engagement habe ich vorher von Ihnen noch nicht gehört, aber ich freue mich, daß Sie das jetzt sagen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Deswegen habe ich das ganze Projekt ja fortgesetzt, das habe ich ja in meiner Anfragebeantwortung lange und breit erklärt!“) Sie haben gesagt, aus der Verantwortung dem Land gegenüber, weil Sie einen Erbfall zu verwalten hatten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dieses Wort habe ich nicht einmal in den Mund genommen! Ich habe gesagt, es gibt rechtsgültige Verträge, und es gibt so etwas wie eine politische Kultur, zu etwas zu stehen, auch wenn man dagegengestimmt hat!“) Gut. Darf ich Sie nur eines ganz konkret fragen, da ich dann gerne meine Rede fortsetzen möchte. Sie sind der Auffassung, daß Sie vor der Australien-Ausstellung dieses Projekt nicht beenden hätten können, obwohl es zu dem Zeitpunkt, als Sie das Ressort übernommen haben, schon Vorbereitungen für Australien und Ostasien Vorbereitungshandlungen gegeben hat, aber noch keinerlei Verträge mit den Australiern, dann war es Ihr Wille, das Projekt fortzusetzen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe damals – das war das einzige Gespräch mit Frau Dr. Hochkofler – als sie mich gefragt hat, ob sie das abbrechen soll, gesagt nein. Was anderes habe ich nicht gesagt!“) Gut, ich möchte das sehr deutlich herausarbeiten, weil Ihr Klubobmann das vorher völlig anders dargestellt hat.

Nun zum zweiten Punkt und zum dritten Punkt. Der zweite Punkt, der Vertrag, und der dritte Punkt sind die Infrastrukturkosten. Meine Damen und Herren, hier ist Aufklärung bitter notwendig. Denn der Stein des Anstoßes sind die Infrastrukturkosten, und der Rechnungshof kritisiert bei weitem nicht so sehr den Vertrag. Der Vertrag, der im Oktober 1994 auf Initiative des damaligen Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer mit Dr. Hochkofler abgeschlossen wurde, legt nämlich in keiner Weise fest, welche Infrastrukturkosten zu leisten sind. Denn Infrastrukturkosten wurden schon vor dem Vertrag ausbezahlt, da hat es diesen Vertrag noch gar nicht gegeben, der jetzt als das Monstrum hingestellt wird, das er nicht ist. Denn bitte, dieser Vertrag, das muß man sehr deutlich sagen, ist nicht im Mittelpunkt der Kritik des Rechnungshofes, die Kritik des Rechnungshofes am Vertrag ist eine überhaupt nicht gravierend, sondern hier sind wir wieder bei einer anderen Diskussion, die Landesrat Hirschmann sehr engagiert führt, welche Rechte haben Bundesländer in diesem so föderalistischen Österreich? Und hier kommt der Rechnungshof zur Auffassung, daß das Land Steiermark eben nicht das Recht haben soll, Sonderbotschafter, sogenannte „special envoys“ zu entsenden. Das ist wohl eher eine akademische Diskussion. Handfester wird die Kritik des Rechnungshofes bei den Abrechnungsmodalitäten, Stichwort Infrastrukturkosten. Und wer ist für die Infrastrukturkosten zuständig? Das ist ganz eindeutig, wo die Frau Dr. Hochkofler eben ihre Infrastrukturkosten vorgelegt hat, wer sie überprüft hat und wie sie dann ausbezahlt worden sind. (Abg. Dr. Flecker: „Reinhold, woher weißt du das?“) Ja aus den Medien, wie du. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist nicht in den Medien gestanden!“) Selbstverständlich ist es in den Medien gestanden. (Abg. Dr. Flecker: „Du zitierst immer aus dem Bericht!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Höhe ist mit Mehrheit beschlossen worden!“) Welche Höhe? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Höhe ist beschlossen worden!“) Darf ich das sehr deutlich sagen? Diese Infrastrukturkosten, die müssen ja belegt werden und die könnte man selbstverständlich, wenn man wollte, ändern, um zu sagen, diese Wohnung in der Form, ich als zuständiger Kulturreferent sage, die Wohnung ist zu teuer, die Taxirechnungen sind zu teuer. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Soll ich jeden Beleg anschauen!“) Nein, das verlange ich nicht, daß Sie sie anschauen. (Abg. Dr. Flecker: „Du kennst dich nicht aus!“) Aber eines sage ich Ihnen schon, die Belege sind angeschaut worden. Jeder Dollar ist überprüft worden. Und wo sind die Belege vorgelegt worden? Beim Joanneum und dann bei der Rechtsabteilung 10. Und was sagt die Rechtsabteilung 10 in einem Regierungssitzungsantrag? (Abg. Dr. Flecker: „Sie sind deckungsfähig!“) Daß die Belege überprüft worden sind und – jetzt kommt es – für in Ordnung befunden wurden. Also so ist es nicht, daß sie niemand angeschaut hat. Bisher hat er überhaupt geschwiegen. Er ist ja gar nicht da, der Finanzlandesrat Ressel, der für die Rechtsabteilung 10 zuständig ist. Tun wir nicht so, als ob Frau Dr. Hochkofler was vorgelegt hätte, was niemand sehen hat können und was man auszahlen hat müssen. Selbstverständlich ist es überprüft worden, selbstverständlich ist es ange-

schaut worden, vom Joanneum, der vorgesetzten Dienstbehörde ist es zur Rechtsabteilung 10 gegangen, und dann sind die Sitzungsanträge eingebracht worden. Und zum Vertrag selbst, um das noch einmal deutlich zu sagen, dafür ist die Rechtsabteilung 1, dafür ist Landesrat Gerhard Hirschmann zuständig. Dieser Sondervertrag hielt sich im Rahmen, und es gibt im Kulturressort ganz andere solche Sonderverträge. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Welche? Sagen Sie mir das!“) Das Gehalt, und das ist schon gesagt worden, ist in den Zeitungen gestanden, in der Höhe von 57.000 Schilling brutto liegt im Rahmen, und da gibt es im Kulturressort weit bessere Sonderverträge. Tun wir nicht so. In den Zeitungen habe ich vom Weibel und seinem Vertrag gelesen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner: „Den Vertrag habe ich nicht gemacht!“) Ich habe ja nichts dagegen. Ich sage nur, der Sondervertrag ist nicht der Skandal. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Kollege Hirschmann hat sich schon gemeldet, daß er das anschaut!“) Gott sei Dank schaut er sich das genau an. Nur noch einmal: Der Vertrag selbst ist nicht das Problem. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Von Krobath bis Hochkofler!“) Das Problem sind die Infrastrukturkosten. Und die Infrastrukturkosten haben ihre Ursache am Dienort New York, das muß man ganz deutlich sagen. Hier liegt für mich die politisch entscheidende Frage. Wer hat die politische Verantwortung nun im Fall Hochkofler zu übernehmen? Wie kann eine Dienstnehmerin des Landes Steiermark über Jahre hinweg Kosten in einem solchen Ausmaß verrechnen, ohne daß die zuständigen politischen Referenten aktiv werden? Sind es die Beamten der Rechtsabteilung 10, die achtlos jede abgegebene Rechnung einfach genehmigten? Ist es schlichte Uninformiertheit oder ist es schlimmer, ist es einfach Gleichgültigkeit? Diese Frage hat für mich heute der Kulturreferent nicht beantwortet, und es hat sich auch der Finanzreferent verschwiegen, warum die Rechtsabteilung 10 sich veranlaßt gesehen hat, das alles für in Ordnung zu befinden. Und ob jetzt ein Untersuchungs-Ausschuß notwendig ist oder nicht, das werden wir dann sehen, wenn wir den Rechnungshofbericht kennen, den wir als Abgeordnete bis zum heutigen Tag ja noch nicht im Haus haben. (Abg. Dr. Flecker: „Warum hast du ihn jetzt zitiert?“) Aber vielleicht hat es noch ein anderes Motiv gegeben, denn in welcher Rolle ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter heuer aufgetreten? Was hat er im Frühjahr 1997 gesagt? Er gewährt allen VP-Beamten, die mit ihren Ambitionen Schiffbruch erleiden, Schutz. Schachner-Blazizek sprach sogar von einer Christenverfolgung VP-naher Beamter. Und daß Frau Dr. Hochkofler VP-nah ist, hat der Herr Klubobmann ja heute bestätigt. Wahrscheinlich meinte der Herr zuständige Kulturreferent, daß er sich so, wie er sich auch um den Kollegen Hofrat Feil angenommen hat, der war ja auch ein Mitarbeiter des Altlandeshauptmannes Dr. Josef Krainer, um Dr. Hochkofler annehmen müsse: Sammelt euch um mich, ich schütze euch! So hat er sich damals präsentiert. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe sie eh übernommen, die Frau Dr. Hochkofler!“) So hat er natürlich auch die Frau Dr. Hochkofler gesehen. Und Sie haben ja noch andere

Hofräte übernommen, mit denen Sie jetzt schon Probleme haben. Ich meine die Landesausstellung. Ich glaube, für die sind Sie schon zuständig. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Selbstverständlich bin ich zuständig!“) Ob jetzt dort etwas Pornographisches ist oder nicht, das müssen Sie auch noch mit dem anderen Kulturhofrat klären, der auch einmal ÖVP-nahe war. Um das ganz deutlich zu sagen, machen Sie es uns nicht zum Vorwurf, wenn Sie zuerst als Schutz- und Schirmherr verfolgter VP-naher Beamter auftreten, und dann plötzlich haben Sie mit diesen nichts zu tun. Und Flecker stellt das in einem ganz anderen Licht dar. Denn spätestens seit 1. November 1996, als Sie in Graz – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wo, wo?“) in Graz, Sie haben präsentiert, nachdem Frau Dr. Hochkofler in Südostasien war, sind Sie mit dem Botschafter von Singapur am 31. Oktober 1996 an die Öffentlichkeit gegangen und haben gesagt: Ich habe mich entschlossen, das Projekt fortzusetzen. Sie haben gesprochen damals, ich zitiere Sie. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Mit dem Botschafter?“) Mit dem Botschafter, nachdem Frau Dr. Hochkofler das für Sie eingefädelt hat. Frau Hochkofler hat das vorbereitet. Frau Hochkofler hat den Botschafter von Singapur nach Graz gebracht. Sie war vorher bei ihm und hat dann den Botschafter von Singapur nach Graz gebracht. Und Sie haben damals vom „weltweiten Siegeszug“ gesprochen, den Sie nun antreten werden in Hongkong, in Shanghai und Tokio, das haben Sie gesagt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jetzt ist der unterbrochen. Nichts ist mit dem weltweiten Siegeszug!“) Jetzt plötzlich haben Sie das alles vergessen, die weite Welt hat ein jähes Ende gefunden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aus, nicht vergessen!“) Und das sage ich Ihnen ganz offen, so leicht, wie Sie es sich machen, machen wir es uns nicht. Wir finden es schade! (Abg. Dr. Flecker: „Stimmt gegen den Beschlußantrag!“) Ich sage es Ihnen deutlich, wir finden es schade, daß Sie so agieren, daß Ihnen nichts eingefallen ist, wie wir hier für die Steiermark eine bessere Lösung finden hätten können. Aber Sie haben die Verantwortung als Kulturreferent, die nehmen wir Ihnen nicht ab, und nur in diesem Sinne tragen wir diesen gemeinsamen Beschlußantrag mit (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Geltungsbedarf, Herr Abgeordneter!“) und sagen Ihnen ganz deutlich, ob es für die Steiermark gut ist, wenn der zuständige Kulturreferent so vorgeht, das werden wir sehen. Wir werden auch in Zukunft noch heikle Projekte haben, wo es die Frage ist, ob man einfach alles dann wegwerfen muß, wenn auch schwerwiegende Fehler passiert sind. (Abg. Dr. Flecker: „Stimmt gegen den Beschlußantrag!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dann stimmen Sie nicht zu, wenn Sie etwas anderes wollen!“) Das nur an Sie gerichtet, wir werden Ihnen Ihre Verantwortung als Kulturreferent nicht abnehmen. Aber spätestens seit November 1996 sind Sie einzig und allein für diese Ausstellung „Imperial Austria“, die in Nordamerika ein guter Erfolg war und auch in Australien sehr gut läuft, verantwortlich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber nicht für den Vertrag und die Infrastruktur!“) Also darüber müssen Sie sich schon im klaren sein.

Man kann nicht so tun, als ob Sie mit dieser Sache nichts zu tun hätten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das habe ich nie gesagt!“) Der Vertrag ist nicht das Problem. Das Projekt ist sehr gut. Das Problem sind die Infrastrukturkosten, und für die ist das Joanneum – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die sind mit Mehrheit beschlossen worden!“) Aber für die Auszahlung hat die Rechtsabteilung 10 die Verantwortung. Tun Sie nicht so, als ob bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hier keine Änderung möglich wäre. Das ist schlichtweg unrichtig. Hier gibt es keinen Vertrag, hier gibt es einen Regierungssitzungsbeschluss. Sie können ihn jederzeit ändern und die Infrastrukturkosten in einer anderen Form ausbezahlen (Beifall bei der ÖVP.), das ist kein Vertragsbestandteil.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Reden Sie mit den Beamten der Rechtsabteilung 10, ob sie glauben, daß Sie weiterhin alles, was vorgelegt wird, in Ordnung befinden müssen. Bisher waren Sie der Auffassung, wir sind dieser Auffassung nicht. Sie und Finanzlandesrat Ressel sind die beiden Zuständigen, Sie für das Joanneum, Ressel für die Rechtsabteilung 10. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 13.00 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka hat die Nachspielzeit auf punktum ausgenutzt. Nunmehr hat sich der Herr Landesrat Schmid zu Wort gemeldet, was ihm als Regierungsmitglied auch jederzeit zusteht. Er hat das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (13.00 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich nur, weil ich zitiert wurde, und nicht zu dieser Sternstunde des Parlamentarismus, die ich doch mit einiger Betroffenheit und Erschütterung jetzt da hier in den Ausführungen des Dr. Lopatka erleben durfte. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, Herr Dr. Lopatka, wenn Sie Briefe von mir vorlesen, in einem so vertrottelten Tonfall, daß ich einen solchen, wie Sie ihn hier präsentiert haben, nicht schreibe. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis. (Abg. Dr. Lopatka: „Bin leider so vertrottelt, Herr Diplomingenieur!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Herr Landesrat, ich würde bitten, solche Ausdrücke im Hohen Haus nicht zu verwenden!“) Nein, diese Ausdrücke verwende ich, weil mit einem Zynismus und unter Gelächter dieser Österreichischen Volkspartei ein Brief von mir, ein persönlicher, in einer kabarettistischen und mich verunglimpfenden Form hier verlesen wird, dann erlaube ich mir, diesen Tonfall, der hier gemacht worden ist, als vertrottelt zu bezeichnen. Bitte das in dieser Form zur Kenntnis zu nehmen. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich wiederhole nochmals meine Bemerkung, daß ich eine solche Behauptung nicht durchgehen lassen kann!“ – Beifall bei den Grünen.) Okay, paßt schon. Aber Sie lassen durchgehen, daß hier ein Brief von mir in einer ausgesprochen diffamierenden Form verlesen wird, Herr Präsident. Das haben Sie sehr wohl zugelassen. Vermerken Sie das auch bitte schön im Protokoll.

Und dann noch etwas. Ich stehe zum vorgetragenen Inhalt. Das war ein Brief an Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer. Bitte nehmt einmal zur Kenntnis, was da drinnen steht. Daß ich mich über Erfolge der Regie-

rung insgesamt, auch anderer Kollegen, freuen kann. Es ist ja eure Art, wenn wir oder irgend jemand anderer etwas macht, sofort hinauszurennen und zu sagen, wir haben das gemacht. Denkt einmal über diesen Punkt ein bißchen nach. Und noch eines, trotz alledem, daß ich mich zum Inhalt bekenne, wo ist diese Volkspartei angelangt, wenn persönliche Briefe an den Landeshauptmann ausgegraben – es gibt ja ein Briefgeheimnis – und hier in der Öffentlichkeit zitiert werden und das unter Applaus der ganzen Partei? Das ist der Niedergang einer ehemals gesellschaftstragenden politischen Partei, die Kraft der Steiermark! Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.03 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Dr. Brünner. Er hat das Wort.

**Abg. Dr. Brünner (13.03 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte drei Vorbemerkungen machen. Eine erste Vorbemerkung, Herr Kollege Lopatka, du gewinnst mit großer Sicherheit den Marathon beim Nebelwerfen, und du gewinnst auch mit großer Sicherheit den Marathon, wenn es darum geht, dem Rest der Glaubwürdigkeit in der Politik den Todesstoß zu versetzen. Und auch wenn du den Marathon beim Nebelwerfen gewinnst, Herr Kollege Lopatka, so kann der Nebel nicht so dicht sein, daß verschiedene Fakten ganz klar auf der Hand liegen. Und ich brauche sie dir nicht mehr aufzuzählen, diese Fakten, weil sie hier schon gesagt worden sind, in extenso durch Frau Kollegin Bleckmann, durch Herrn Kollegen Flecker, durch mich.

Zum Beispiel Infrastrukturkosten. Ja, sind unter der Ägide des Herrn Landeshauptmannes Krainer keine Infrastrukturkosten gezahlt worden? (Abg. Dr. Lopatka: „Selbstverständlich!“) Ist es nicht so, daß nicht auch unter der Ägide des Herrn Landeshauptmannes Krainer New York der Dienort war? Und jetzt soll das Problem dadurch bereinigt werden, daß man Frau Dr. Hochkofler zurückbeordert und damit die Infrastrukturkosten erspart. Also bitte, diese Logik, Herr Kollege Lopatka, es mag sein, daß du die nachvollziehst, aber für mich (Abg. Dr. Lopatka: „Darf ich zur Kritik was sagen?“), für mein Hirn ist diese Logik nicht nachvollziehbar, denn Infrastrukturkosten, Einsatzort, alles das, was diese inkriminierten Kosten verursacht, diese hat es schon unter der Ägide des Herrn Landeshauptmannes Krainer gegeben. Und, Herr Kollege Lopatka, ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe, für mich ergeben sich federführend politische Verantwortlichkeiten in dieser causa wie folgt: Herr Landeshauptmann Krainer, Frau Landeshauptfrau Klasnic, Herr Landesrat Hirschmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek. In welchem Umfang, Herr Kollege Lopatka, die politischen Verantwortlichkeiten bestehen und ob nicht auch andere Mitglieder der Landesregierung politische Verantwortlichkeit haben, das sollte und müßte ein Untersuchungs-Ausschuß feststellen. Zur Ausstellung werde ich dann noch etwas sagen. Aber sich hierherzustellen und zu sagen, der Vertrag ist überhaupt kein Problem, es sind die Infrastrukturkosten, und die fallen weg, wenn New York wegfällt (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-

Blazizek: „Die Frau Dr. Hochkofler besteht auf New York, nicht ich!“), und Herr Landesrat Hirschmann sagt, er ist ja nicht dafür zuständig, die Auslandsverwendungen und Auslandsaufenthalte zu machen. Also bitte noch einmal, es mag schön sein, daß du dich selber mit solchen Worten vernebelst, aber bei mir und vielen anderen in diesem Land gelingt es ganz sicherlich nicht, dafür sprechen die Fakten im Hinblick auf die politische Verantwortlichkeit, jedenfalls auch dieser drei ÖVP-Landesregierungsmitglieder, eine zu klare Sprache.

Und das Zweite an Vorbemerkung: Schon mehrmals bei Landtagsdebatten dieser Art und auch heute wieder versuche ich mich in die Rolle der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu versetzen und denke mir, was wäre, wenn es ein Parlamentsfernsehen gäbe, wo eine solche Landtagsdebatte übertragen werden würde. Wenn ich Daten höre, die ich in fünf Minuten nicht mehr nachvollziehen kann, welches Datum vorher, welches nachher und der ist schuld und der ist schuld: Ein einziger Eindruck, der bei Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes verbleiben muß, daß die Politik ein höchst schmutziges Geschäft ist. Und leider werden im Hinblick auf diesen Sachverhalt nicht die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen, sondern alle haben – alle Politikerinnen und Politiker dieses Landes – diese Suppe, die solche Leute einbrocken, mitauszulöffeln. Und das zipft mich langsam an, ich darf es einmal emotional so sagen. (Beifall beim LiF und den Grünen.)

Und das Dritte, Herr Landesrat Hirschmann, ich möchte dir in der Öffentlichkeit einer Landtagssitzung einmal das sagen, was ich dir schon ein paarmal im Zwiegespräch gesagt habe und in Zwischenrufen. Du bist ein Meister des Zynismus, dein Zynismus, wie du mit politischen Fragen umgehst, politischen Fragen, die man durchaus unterschiedlich bewerten kann, aber dein Zynismus, wie du damit umgehst, das ist nicht mehr auszuhalten. Und es ist ein weiteres nicht mehr auszuhalten, wie du mit Damen und Herren dieses Hauses umgehst. (Beifall bei der SPÖ.) Den einen sprichst du an als Herr mit der roten Krawatte, und den anderen sprichst du an als Herr, der aus der Oststeiermark kommt. So geht das ständig dahin. Ich sage dir etwas – ich habe lange überlegt, ob ich es tun soll, ich sage es trotzdem –, da verliere ich langsam die Achtung vor einer Person, weil die Intention vollkommen klar auf der Hand liegt, sich nicht sachlich mit unterschiedlichen Meinungen auseinanderzusetzen, sondern Abgeordnete dieses Hauses schlicht und einfach menschlich herunterzumachen. Und das wollte ich dir einmal auch vollkommen emotional, aber in der Öffentlichkeit einer Landtagssitzung, sagen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich werde dir auch darauf eine Antwort geben!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Zur Sache selber, nämlich jetzt zur Ausstellung „Imperial Austria“ und zu den Aussagen, daß das Projekt selbst in Ordnung sei. Es freut mich da übrigens, Herr Kollege Lopatka, wie du mit glühenden Augen für dieses Projekt hier redest und gleichzeitig einen Entschließungsantrag mit der SPÖ unterzeichnet, daß dieses Projekt „Imperial Austria“ eingestellt wird; das ist auch wieder eine Frage der Glaubwürdigkeit. Ich persönlich bin dagegen, daß jetzt das Projekt in toto weggeschmissen wird. Ich halte es für ein ein-

dimensionales Projekt. Ich halte es nicht für zielführend, die Steiermark im Ausland mit Ritterrüstungen aus dem Mittelalter und einer Kriegsrüstungsphilosophie des Mittelalters zu repräsentieren, und zwar ausschließlich, sondern diese Ritterrüstungs-ausstellung, die könnte man als Aufhänger für eine breitere Darstellung der Steiermark verwenden. Die Steiermark mit ihren kulturellen Enuntiationen. Die Steiermark mit ihren wissenschaftlichen Leistungen. Die Steiermark als ein schönes Land im Herzen Europas, ein gesamttouristisches Konzept könnte man flechten um die Frage oder um die Ritterrüstungen des Zeughauses. Das, meines Erachtens, wäre der Punkt, wo man vorwärts, strategisch vorwärts orientiert über diese Zeughausausstellungsgeschichte „Imperial Austria“ diskutieren könnte. Und nicht jetzt – aus welchen Gründen auch immer – einfach zu sagen, das gibt es nicht mehr, ganz abgesehen davon, daß ich glaube, daß wir uns auch international lächerlich machen, wenn wir zuerst mit großem Getöse – und da nehme ich jetzt auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter herein, aber auch die Frau Landeshauptfrau Klasnic – noch zuletzt in Sydney diese Ausstellung in alle Himmel loben, und dann plötzlich sagen, es gibt die nicht mehr, und wir streichen sie, weil da eben gewisse Probleme und Kalamitäten aufgetaucht sind. Aber, Herr Kollege Lopatka, Kalamitäten, für die die ÖVP eine gewichtige, eine sehr gewichtige Mitverantwortung trägt.

Ein Zweites zu diesem Verfassungs- und Gesetzesbruch: Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich halte fest, daß du zu dem Punkt eigentlich mehr gesagt hast, inhaltlich Klareres gesagt hast, als ich erwartet habe. Das halte ich auch fest, weil auch mir bewußt ist, daß es unmöglich ist, diesen Verfassungs- und Gesetzesbruch zu verhindern. Es ist aber wichtig, daß die öffentlichen Verantwortungsträger das nicht als Kavaliärsdelikt hinstellen, sondern festhalten, so wie du das auch getan hast, daß es ein Verfassungs- und Gesetzesbruch ist. Weil, meine Damen und Herren, es ist auch gesagt worden, daß es das gute Recht der Journalisten und Journalistinnen sei. Faktum ist, daß diese Sachverhalte eines Verfassungs- und Gesetzesbruchs den Rechtsstaat und seine ethischen Grundlagen massiv untergraben. Ich werde bei solchen Debatten nie vergessen, was ich als Rechtspraktikant beim Untersuchungsrichter im Straflandesgericht erlebt habe, nämlich ein Landwirt aus der Oststeiermark, schon relativ alt und nicht begütert, fährt mit einem Auto mit abgefahrenen Reifen und verursacht einen Verkehrsunfall und findet sich in der Untersuchungshaft wieder und weint dort wie ein Kind, weil er plötzlich sagt, jetzt bin ich ein Krimineller geworden, und erläutert mir unter Tränen, warum er mit abgefahrenen Reifen gefahren ist. Ich werde das nie vergessen, wenn es darum geht, den Rechtsstaat durchzusetzen. Und dabei haben diejenigen, die Macht innehaben, die größere Verantwortung dafür, daß er durchgesetzt wird. Und, meine Damen und Herren von der Journalistenbank, das gilt auch für die Damen und Herren Journalistinnen und Journalisten. Eine Mithilfe, daß hier die verfassungsrechtlichen und die gesetzlichen Gebote der Amtsverschwiegenheit und der Zuständigkeiten von Kontroll-Ausschuß und Landtag eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den Paragraphen 18 der Landesverfassung vergegenwärtige, und dieses Theater und diesen Zirkus, daß der sogenannten Geheimhaltung unterliegende Rechnungshofberichte in die Öffentlichkeit des Plenums des Landtages gelangen, dann fehlen mir die Ausdrücke im Hinblick auf den Paragraphen 18 der Landesverfassung und das, was da passiert. In drei Hürden müssen entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, die Berichte müssen Amts- und Geschäftsgeheimnisse wahren und von Informationen entkleidet werden, die Amts- und Geschäftsgeheimnisse verletzen. Die Fraktionsführer im Kontroll-Ausschuß müssen sich hinsetzen, müssen die entsprechenden Bemerkungen von Landesrechnungshof und vom Verfassungsdienst in Hinblick auf Datenschutz und was weiß ich was alles beraten. Dann bekommen wir einen Subventionsbericht seitens der Landesregierung, der überhaupt nichts aussagt, und es wird uns eingewendet, der darf nichts aussagen, weil das sei Amtsgeheimnis und Datenschutz. Wenn ich mir das alles vergegenwärtige und dem gegenüberstelle den Sachverhalt, daß in der Form von Kavaliersdelikten einfach solche Berichte den Medien zugespielt werden, dann fehlt mir einfach das Verständnis dafür.

Ein dritter Punkt, es geht auch um eine Systemänderung und um eine Systemänderung in verschiedener Weise. Es geht darum, daß dieses Proporzsystem in der Landesregierung abgeschafft wird. Und ich spreche das ganz bewußt heute an. Ich verstehe schon den Kollegen Flecker, daß er zähneknirschend und im Grunde genommen voller Aggressivität festhält, wir waren es nicht, weil wir haben in der Landesregierung dagegengestimmt. Aber, Herr Kollege Flecker ist nicht da (Abg. Gross: „Wohl!“), okay, das bringen Sie schlicht und einfach – und ich würde es Ihnen wünschen, daß Sie es drüberbringen –, aber Sie bringen es schlicht und einfach nicht drüber, weil bei einem solchen Regierungsmodell politische Verantwortung und Kontrolle ständig verwischt werden und verwischt werden müssen. Ich verstehe daher nicht ganz, Herr Kollege Flecker, wieso sich die SPÖ wehrt, betreffend die Abschaffung des Proporzsystems.

Ein Zweites, ich plädiere dafür, und wir haben einen entsprechenden Antrag bei der Verfassungsreformgeschichte eingebracht, daß in Zukunft die Kontroll-Ausschußsitzungen medienöffentlich durchgeführt werden. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß wir dort Geheimhaltung praktizieren. Eine Mitarbeiterin von mir ist – da wußten die Leute noch nicht im Kontroll-Ausschuß, daß sie meine Mitarbeiterin ist – aufgefordert worden, den Saal zu verlassen, weil dieser Saal ist voll von Amtsgeheimnissen und Geschäftsgeheimnissen und Datenschutz. Ist ja alles nur Scheingeplänkel. Medienöffentlichkeit herzustellen in den Kontroll-Ausschußsitzungen verhindert nicht, daß Medien vorzeitig in den Genuß solcher Berichte kommen, aber es stellt einmal die Geschichte klar, daß dort im Kontroll-Ausschuß unter den Augen der Medienöffentlichkeit die entsprechenden Debatten abgeführt werden. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Die Presse soll die Berichterstattung machen, dann wissen wir gleich, was drinnen steht!“) Richtig!

Und nächstes Mal werde ich bei der Zeitung, die so etwas veröffentlicht, vorstellig werden und ersuchen, auf meine Kosten eine Kopie des Landesrechnungshofberichtes herzustellen.

Ich möchte zur Systemfrage aber noch etwas sagen, was nichts mit verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zu tun hat. Zur Systemfrage gehört für mich auch diese Politik des Miteinander. Und es wäre notwendig, Frau Landeshauptfrau, daß du einmal im Zuge einer Landtagssitzung klarstellst, was diese Politik des Miteinander ist und was diese Politik des Miteinander nicht ist und sein darf.

Nicht zuletzt allein für mich darf eine Politik des Miteinander nicht sein, daß nach außen der Eindruck erweckt wird, die eine Hand wäscht die andere. Ich verstehe schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß du dich wehrst, wenn ein Konnex hergestellt wird zwischen Frau Dr. Konrad und Frau Dr. Hochkofler. Ich verstehe das. Aber verstehe bitte auch, und ich unterstelle das nicht, daß draußen – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Christian, es hat keinen gegeben!“) ich glaube es dir auch – aber daß draußen hergestellt wird, daß draußen die Vermutung sofort auf der Tagesordnung ist, die eine Hand wäscht die andere. Noch einmal, horch mir zu, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich sage nur, das sage ich auch immer in meiner Partei, tun wir doch nicht so, als ob die Innensicht ständig das Relevante wäre. Wir müssen uns auch in die Rolle derer versetzen, die draußen stehen und die uns betrachten. Und die sagen, eine Politik des Miteinander, das ist auch eine Politik, die eine Hand wäscht die andere, der eine Bereich läßt den anderen ungeschoren und umgekehrt, eine Politik des Miteinander bedeutet proporzmäßige Tandembesetzungen SPÖ/ÖVP, beginnend in dieser Legislaturperiode vom Landesschulratspräsidium herauf bis zur Landesamtsdirektion. Meines Erachtens gehört auch zu dieser Systemfrage, Frau Landeshauptfrau, das klarzustellen, was heißt eine Politik des Miteinander, und was heißt eine Politik des Miteinander nicht.

Und ein Letztes, Untersuchungs-Ausschuß. Es ist meines Erachtens auch diese Debatte klar strukturiert gewesen, dahin gehend, daß wir einen Untersuchungs-Ausschuß brauchen, der im Detail die politischen Verantwortlichkeiten von Mitgliedern der Regierung im Zusammenhang mit der Causa Hochkofler feststellt.

Die Abgeordneten Brünner, Bleckmann, Zitz, Keshmiri, Vesko, Wabl, Peinhaupt, Hartinger, Wiedner, Schinnerl, Porta, Dietrich, List, Schreiner stellen den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses. Der Landtag wolle beschließen, zur Klärung der Frage, welche Mitglieder der Landesregierung im Zusammenhang mit dem zwischen dem Land Steiermark und Dr. Annelie Hochkofler abgeschlossenen Vertrag, der Zurverfügungstellung der Infrastruktur für Frau Dr. Hochkofler, der Festlegung des Dienstortes und des Aufgabenbereiches von Frau Dr. Hochkofler und der Auszahlung der von ihr in Rechnung gestellten Aufwendungen die politische Verantwortung tragen, wird ein Untersuchungs-Ausschuß, bestehend aus den im Landtag vertretenen Parteien im Verhältnis drei zu drei zu zwei zu eins zu eins, eingesetzt.

Dieser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses trägt die Unterschrift von vierzehn Abgeordneten dieses Hauses. Wenn noch fünf weitere Abgeordnete diesem Antrag beitreten würden, dann wäre er ein Minderheitenantrag im Sinne des Paragraphen 18 b der steirischen Landesverfassung, und es müßte dann der Landtag einen Untersuchungsausschuß einsetzen. Und, Herr Kollege Flecker, ich bin mir im klaren darüber, daß niemand von der ÖVP diesem Antrag beitreten wird, aber ich würde nicht ganz verstehen - ich sage es einfach so -, wenn niemand aus der SPÖ diesem Antrag beitreten würde, weil ich im Grunde genommen das, was Sie an Vorgeschichte zu diesem Vertrag 1994 gesagt haben, im großen und im ganzen alles so nachvollziehen kann, wie Sie es gesagt haben. (Abg. Dr. Flecker: „Wir müssen zuerst den Bericht haben, vorher können wir dazu nichts sagen!“) Und es liegt auch auf der Hand, wo die Schwerpunkte im Zusammenhang mit der Verantwortung liegen, das ist auch klar. Und wenn gesagt wird von Ihnen und auch vom Kollegen Lopatka, wir müssen den Landesrechnungshofbericht abwarten, dann halte ich schon fest, daß es unterschiedliche Kontrollinstrumente gibt, die man nicht alle auf ein Packel hauen kann, so wie es Herr Landesrat Hirschmann getan hat, rechtliche Verantwortung ist bei ihm gleich politische Verantwortung. Rechnungshof als Kontrollinstrument ist das eine, Untersuchungsausschuß als Kontrollinstrument ist das andere. Ich ersuche daher Abgeordnete der SPÖ, diesem Untersuchungsausschuß beizutreten, der unabhängig von einer parteipolitischen Zugehörigkeit seiner Mitglieder im Dienste der Glaubwürdigkeit der Politik einfach einmal genauer eruiert und feststellen soll, wo und wie die politischen Verantwortlichkeiten zu definieren sind. (Beifall beim LIF und den Grünen. - 13.23 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ad hoc zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Hirschmann (13.23 Uhr):** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte Sie nicht lange aufhalten, nichts zur Sache, nur dem Herrn Klubobmann Brünner zwei, drei Dinge doch der Ordnung halber mit auf den Weg, auf seinen Sitz jetzt.

Es kriegt von mir in diesem Haus und in der politischen Debatte, auch der Kollege Korp, jene Antwort, die ich für angemessen halte, wenn ich mich ungerecht angegriffen fühle. Meinen Freund Porta aus der Oststeiermark spreche ich im Sinne oststeirischer Solidarität so an, wie ich will, da brauche ich keine professurale Belehrung vom Herrn Brünner. (Abg. Vollmann: „Du meinst den Schinner!“) Gilt auch für den Peter Schinnerl im übrigen.

Das Dritte, Herr Klubobmann Brünner, damit das klar ist, soviel an Respekt, wie du hier aufbringst, bringe ich schon lange auf, und der Vorwurf des Zynismus kommt meistens von Halbgescheiten an angeblich Gescheite. Ich möchte das weiter nicht beurteilen, jedenfalls deine moralinsaurer Beurteilung hier an diesem Podium heute, die behalte ich mir dir gegenüber insofern vor, daß ich sie nicht vornehmen werde, lieber Christian, weil ich das für keine Ebene der politischen Auseinandersetzung halte. Und das,

was das Persönliche anbelangt, das können wir ja einmal privat besprechen, da kenne ich dich zu gut, ist für mich jedenfalls kein Gegenstand, hier zu urteilen. Und daß ich heute hier in deiner professuralen Eitelkeit zutode getroffen habe, weil ich dich hinter dem Landeshauptmannstellvertreter in der wissenschaftlichen Kompetenz eingereiht habe, tut mir außerordentlich leid. So weit, so gut, auf Wiedersehau! (Beifall bei der ÖVP. - 13.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz. Er hat das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz (13.25 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mir kommt heute eher ein angenehmer Auftrag zu, ich darf nämlich einen gemeinsamen Antrag von vier Parteien einbringen. Davor vielleicht nur drei kleine Bemerkungen, ganz kurz. Ich glaube, wenn man diese Diskussion heute mitverfolgt hat oder auch die Berichterstattung der Presse in der letzten Zeit, dann kommt man, glaube ich, schon zu dem Schluß, daß zumindest drei unglückliche oder unselige Umstände zu diesem Schlamassel geführt haben.

Da würde ich meinen, Punkt eins - und da stimme ich mit dem Kollegen Lopatka nicht ganz überein -, ein Grund für diese causa hier, diese nicht angenehme causa, ist doch dieser inferiore Vertrag der Rechtsabteilung 1, wer dafür auch immer zuständig ist. Aber wenn man da ein bißchen recherchiert, kommt man darauf, daß dieser furchtbare Vertrag die Hauptursache für dieses Schlamassel ist. Wenn man hört, daß da drinnensteht, sehr unklare Formulierungen, keine umfassenden, klaren Aussagen, unpräzise Wortwahl, diffus und so weiter, und so weiter. Also ich glaube, daß der Vertrag sehr wohl der Kernpunkt, der Ausgangspunkt dieses Schlamassels ist.

Der zweite unglückliche Umstand ist einfach der, das muß man auch ganz offen aussprechen, glaube ich, daß die Frau Dr. Hochkofler diesen äußerst diffus abgefaßten Vertrag einfach bis auf das letzte strapaziert hat. Ob das moralisch vertretbar ist, weiß ich nicht.

Und der dritte Umstand ist der - und das muß man auch ganz offen aussprechen -, daß es hier Herrn Landeshauptmann Krainer, ÖVP-Landeshauptmann und Kulturreferent, gelungen ist, seinen Günstling in Position zu bringen, auf die Überholspur zu setzen und dabei - glaube ich halt - das Augenmaß verloren hat.

Ich glaube, das sind so die wesentlichsten Inhalte, die zu dieser causa geführt haben. Und es sei mir noch eine Bemerkung erlaubt. Es gehört schon - es muß auch dem Zuschauer so vorkommen, glaube ich - ein gewaltiges Maß an Kaltschnäuzigkeit dazu, daß man den Mist, den man selbst produziert, über Nacht dem anderen vor die Tür wirft und sich dann in der Früh aufregt, warum der Mist dort noch nicht weggeräumt ist. Also da frage ich mich schon, wo bleibt denn da die politische Verantwortlichkeit, wo bleibt denn da das politische Rückgrat? Und wenn der Kollege Lopatka sagt, wir können die Verantwortung des Kulturreferenten nicht übernehmen. Lieber Freund, das braucht ihr auch nicht. Ihr braucht keine Verantwortung eines anderen übernehmen, ihr sollt eure

Verantwortung in eurem Bereich übernehmen, und ihr sollt Rückgrat zeigen für das, wofür ihr eben zuständig seid, und für das, was ihr angestellt habt. Heute sagt man einem kleinen Kind schon, wenn du etwas angestellt hast, dann stehe dazu. Es gibt zwar ein Donnerwetter, aber es zeigt Moral. (Beifall bei der SPÖ.) Und ich glaube, das fehlt der ÖVP hier, die politische Moral. Und so muß es sich, glaube ich, auch beim Zuschauer darstellen.

Aber, wie gesagt, ich habe einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Vielleicht noch eines zur Leiche im Keller von Frau Kollegin Bleckmann, ob es noch weitere Leichen im Keller gibt. Mag sein, und darum lade ich euch hier ein, mit unserem Antrag mitzugehen – oder ihr habt einen eigenen Antrag –, nämlich aus dem Grunde, damit wir eben alle Leichen finden oder in der nächsten Zeit finden, haben wir eben auch die Überprüfung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“ hier in diesem Antrag festgeschrieben.

Antrag der Abgeordneten Erlitz, Lopatka, Flecker, Schützenhöfer, Zitz und FPÖ – geht ihr jetzt doch mit, ist das richtig? (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist unser Antrag, eins zu eins abgeschrieben!“)

Nein ist unser Antrag, unser gemeinsamer Antrag. Gut.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert: erstens die Sonderschau des Zeughauses „Imperial Austria“ nach der Ausstellung in Australien zu beenden, zweitens Frau Dr. Annelie Hochkofler so rasch als möglich – ohne bestehende Projekte zu gefährden – nach Graz zurückzubeordern, drittens den Sondervertrag mit Frau Dr. Annelie Hochkofler zum rechtlich frühestmöglichen Zeitpunkt aufzulösen und b) der Steiermärkische Landesrechnungshof wird aufgefordert, den Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ – auch im Wege von Kontakten mit Verantwortlichen – einer Prüfung zu unterziehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.30 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Zitz. Sie hat das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (13.30 Uhr):** Sehr geehrte Personen im Saal!

Ich habe mir jetzt überlegt, wie ich die Anwesenden so begrüßen könnte, daß ich gleichzeitig herausfiltere, wer eigentlich hier unter den Leuten, die politische Verantwortung tragen, nicht in irgendeiner Art und Weise in den Fall Hochkofler verstrickt ist. Das sind in diesem Sitzungssaal genau vier Personen, der Christian Brünner, der Martin Wabl, die Margit Keshmiri und ich. Alle anderen Fraktionen im Haus haben in der einen oder anderen Form, und zwar unabhängig davon, welches Regierungsressort sie haben, unabhängig davon, wo sie genau in ihren Klubs agieren, in der einen oder anderen Form Mitverantwortung für dieses Debakel, das wir jetzt erleben.

Noch ein Punkt: Ich merke mit einer gewissen Genugtuung, daß der Fall Hochkofler das ÖVP-SPÖ-Miteinander zu spalten beginnt und daß der Fall Hochkofler – davon bin ich überzeugt, obwohl Sie das

ziemlich gut kaschieren – auch beginnt, die einzelnen Klubs zu spalten. Der Szenenapplaus, den die Regierungsmitglieder bekommen haben, abgesehen von der rhetorischen zugegebenermaßen Brillanz von Herrn Klubobmann Flecker, der Szenenapplaus war eher gering, weil Sie in den Klubs sehr genau wissen, daß Ihre Leute auf Regierungsebene und Ihre Leute, die hier inhaltlich Verantwortung tragen, nicht das wahrgenommen haben, was Ihre Wähler und Wählerinnen von Ihnen erwarten würden.

Wenn „Imperial Austria“ wirklich so großartig ist, daß der Reinhold Lopatka Kataloge herausschleppt und sich auf Englisch bemüht, um zu zeigen, wie großartig dieses Projekt in anderen Ländern überkommt, warum erfahre ich dann heute erstmals live im Landtag darüber? Warum ist dieses Thema „Imperial Austria“, Reinhold Lopatka und alle anderen Sänger, Sänger über die Großartigkeit dieses Projektes, warum ist dieses Projekt „Imperial Austria“ nie diskutiert worden beim Budgetlandtag beim Kapitel Kultur oder beim Kapitel Tourismus? Kein Wort! Warum wird „Imperial Austria“ mit keinem Wort erwähnt in den Tourismusberichten, die mir zugänglich sind? Warum wird „Imperial Austria“ mit keinem Wort erwähnt im Kulturförderungsbericht, in den beiden, die mir zugänglich sind, und warum wird „Imperial Austria“ mit keinem Wort erwähnt etwa im neu etablierten Kulturförderungsbeirat? Ich halte es für politisch verantwortungslos, jetzt herzugehen und ein Projekt eloquent zu verteidigen, das bei keiner der Möglichkeiten, wo eine inhaltliche und konzeptive Debatte im Landtag möglich gewesen ist, präsentiert worden ist. Zu meiner großen Überraschung lese ich dann, wieviel Millionen Leute in den USA dieses Projekt so gut finden, daß sogar der Reinhold Lopatka uns da im Landtag sagen muß, wie großartig das ist. Gelegenheit dazu hätte es in den letzten zweieinhalb Jahren en masse gegeben.

Ich denke, daß die Publizität, die dieses Projekt gebracht hat, ist eine deutlich geringere war als erwartet. Es sind zwischen den Jahren 1992 und 1996 ungefähr 100 US-Amerikaner/Amerikanerinnen mehr in die Steiermark gekommen, und ich glaube wirklich nicht, daß die wegen der Ausstellung „Imperial Austria“ gekommen sind. Und noch ein inhaltlicher Punkt, ich habe als Grüne große Probleme damit, wenn unser Bundesland international so präsentiert wird, daß das mit einer mittelalterlichen Waffenschau passiert, ohne ein Begleitprogramm, und daß das mit einer mittelalterlichen Waffenschau passiert, die eigentlich vom Konzept her eine Art von Museumspädagogik des vergangenen Jahrhunderts ist. Ich halte es für kulturhistorisch und für kulturpolitisch äußerst bedenklich, die Steiermark international auf diese Art und Weise zu präsentieren. Zum friedenspolitischen Teil kennt man ohnehin unsere Position, damit möchte ich jetzt gar nicht kommen.

Wenn „Imperial Austria“ wirklich ein so großartiges Projekt ist, wie das vorher präsentiert wurde vom Kollegen Lopatka, glaubt man wirklich offenbar, auch legitimieren zu können, daß einer Person so unglaubliche Privilegien zuerkannt werden? Wie gesagt, die Privilegien der Frau Hochkofler, die sind ihr von drei Regierungsparteien und von drei Landtagsparteien zuerkannt worden. Jede der großen Parteien in diesem

Hause ist in irgendeiner Form dafür verantwortlich, daß wir diesen Sonderlandtag haben. Da verstehe ich einfach nicht, warum keine der Möglichkeiten der Debatte hier im Landtag über dieses Projekt genützt hat. Im Kulturförderungsbericht kann ich nachlesen, daß 9000 Schilling dem Franz Leopold Schmelzer als „Kopierförderung“ zur Verfügung gestellt wurden für einen Film, den er über die Geschichte der sogenannten Altösterreicher in Slowenien, in Stajerska, gedreht hat. 9000 Schilling, Schmelzer, Stajerska, Kopierkosten, stehen im Kulturförderungsbericht. Ich kann keine Zeile nachlesen, was in diesen Jahren in dieses großartige Projekt „Imperial Austria“ investiert wurde. Im Tourismusbericht, nachdem wir ja gehört haben, daß uns das touristisch soviel bringt, was der Rechnungshof jetzt deutlich in Abrede stellt, kann ich nachlesen, wieviel Schilling für Pistengeräte im oberen Murtal zur Verfügung gestellt werden. Falls das irgend jemand interessiert, „Pistengeräte im oberen Murtal“, 32.000 Schilling. Aber ich kann kein Wort nachlesen, wie es mit „Imperial Austria“ ausschaut. Es war für mich bis heute nicht herausfindbar, wer das Projekt konzeptiv entwickelt hat, wann das Projekt evaluiert worden ist, wie man sich bemüht, das Projekt in Staaten, die nicht unbedingt einen sehr engen Bezug zu uns haben - und heute habe ich auch von Städten wie Hongkong, Shanghai und Perth erfahren, daß dieses Projekt dort präsentiert werden hätte sollen. Mir ist völlig unklar, wie man da einen Österreichbezug so herstellen möchte, daß es wirklich zu irgend einer Art von internationaler Verschwisterung oder einer Art von kulturellem Dialog kommt, das war für mich bis jetzt nicht nachvollziehbar.

Und noch ein Thema: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit dem Martin Wabl zusammen im Feber einen Brief an alle Klubobleute geschrieben mit der Aufforderung, man möge sich einmal zusammensetzen und die beiden Rechnungshofpersonalberichte einem Untersuchungs-Ausschuß unterziehen. Es hat bis heute keine einzige Reaktion gegeben. Den Untersuchungs-Ausschußantrag von Christian Brünner, der ist uns ein sehr großes Anliegen, selbstverständlich, bis auf die Liberalen, die haben uns da sofort unterstützt, sonst keine Fraktion im Haus, auch nicht die Freiheitlichen. Das heißt, man hat da zugewartet, zugewartet, zugewartet, bis dann noch ein Bericht herausgekommen ist, macht heute einen Sonderlandtag, aber wie gesagt, für mich ist die politische Verantwortung an diesem Schlamassel bei allen drei großen Parteien zu finden. Der Fall Hochkofler ist eine politische Vorgabe, mit der Sie es erstens einmal schaffen, die Wähler und Wählerinnen immer weiter weg von der parlamentarischen Demokratie zu treiben, in Graz haben wir 40 Prozent Nichtwähler und Nichtwählerinnen gehabt, und ich glaube, das hängt durchaus damit zusammen, daß die Leute unglaublich frustriert sind und das Gefühl haben, daß da eigentlich nur mehr Packelei auf der politischen Tagesordnung steht. Und das zweite Thema, was ich damit auch noch in Verbindung sehe, ist, daß es viele Möglichkeiten gegeben hätte, dieses Projekt hier politisch zu diskutieren, und keiner - weder der Tourismussprecher Tasch noch der Kultursprecher und Wissenschaftssprecher Jeglitsch, noch die korrespondierenden Sprecherinnen und Sprecher in den anderen politischen Lagern haben sich jemals für die-

ses Projekt da vom Rednerpult weg oder in einem der Ausschüsse stark gemacht. Für mich ist das deswegen, was jetzt läuft, eine ziemliche Augenauswischerei. Ich glaube, die einzige Variante, das abzuklären und das Gesicht des Landtages nach außen hin ein bißchen annehmbarer und ein bißchen attraktiver zu machen, wäre, einen Untersuchungs-Ausschuß einzusetzen, der mit entsprechenden Kompetenzen diese Frage aufklären kann.

Noch ein letztes Thema: Ich habe von vornherein gesagt, daß ich ein Projekt, wo die Steiermark international mit mittelalterlichen Speeren, Helmen und Brustschildern und Harnischen präsentiert wird, für nicht gerade sehr modern und nicht gerade sehr attraktiv empfinde.

Ich möchte deswegen einen Antrag einbringen, der unterstützt wird von Brünner, Flecker, Frau Wicher, Frau Keshmiri, Wabl und mir, betreffend die Anbringung einer Gedenktafel im Zeughaus.

Das Zeughaus ist eine der bestbeworbenen Attraktionen der Steiermark. Es gibt in Graz das 8.-März-Komitee als Grazer Frauenplattform, die sich seit fünf Jahren bemühen, eine Gedenktafel am Zeughaus anzubringen mit einem Spruch von der Ingeborg Bachmann, die man ideologisch sicher nicht auf die eine oder andere Art einordnen kann und die für mich persönlich eine der großartigsten Literatinnen von Österreich ist. Der Spruch von ihr lautet:

„Die Waffen bleiben, vergessen ist das Leid der Opfer. Der Krieg wird nicht mehr erklärt, sondern fortgesetzt, das Unerhörte ist alltäglich geworden.“

Der Entwurf für die Realisierung dieser Gedenktafel für die Opfer von Kriegen würde zirka 40.000 Schilling kosten. Das korrespondiert mit einer Monatsmiete der Frau Hochkofler in New York, es ist sogar weniger. Ich möchte daher im Namen der Antragsteller den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Anbringung einer Gedenktafel im Foyer des Zeughauses im Einvernehmen mit dem für die Gestaltung zuständigen Architekten rasch in die Wege zu leiten, um einen Bezug zum Leid von Opfern und Kriegen herzustellen. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Grünen und dem LIF. - 13.41 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Peinhaupt (13.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landeshauptfrau, Herr Landeshauptmann, lieber Gerhard Hirschmann, meine Damen und Herren!

Heinrich von Kleist hat einmal gesagt, es gibt zwei Dinge, die ihn entzücken, der bestehende Himmel über ihm und die Stimme in ihm. Außer diesen beiden Sachen gibt es halt auch noch zwei Punkte, die mich entzücken, der eine positiv, der andere eher unerfreulich. Das Positive an dem Sonderlandtag ist, daß man den Eindruck gewinnen könnte, daß der Landtag dazu bereit ist, seine Aufsichtsratspflicht endlich einmal wahrzunehmen und alles zu hinterfragen, was mit dem Schleier des Undurchschaubaren verhängen zu sein scheint. Das andere, meine Damen

und Herren, ist wohl das, daß ich meiner persönlichen Enttäuschung auch Ausdruck verleihen mag. Abgesehen von der Wortmeldung der Klubobfrau Zitz, auf die ich nicht eingehen möchte (Abg. Mag. Zitz: „Sehr intellektuell, was Sie gesprochen haben!“), denn das, was Sie gesprochen haben, genau das trägt dazu bei, daß dieses Land in eine Politikverdrossenheit zu fallen scheint, Frau Kollegin, Sie dürfen sich das schon anhören, denn ich unterstelle Ihnen klipp und klar, das ist Ihre Absicht, sich hier darzustellen, nämlich reine Selbstdarstellung, und keine politische Problemlösung.

Aber wenn wir diese zwei Anfragebeantwortungen nachvollziehen, so muß man ganz ehrlich sagen, daß die eine – und zwar die erstere – bemerkenswert fachlich und ich glaube auch sehr ehrlich war, und die andere ganz bewußt zynisch, im Wissen der Definition des Gerhard Hirschmann über die Schuldzuweisung des Zynismus. Der eine sagt, ich bin nicht zuständig, und der andere sagt, ich bin nicht verantwortlich. Nur, es ist ja an diesem Tage in diesem Hause schon viel gesprochen worden über diesen Sachverhalt, die Einberufung dieses Sonderlandtages, nur frage ich mich jetzt, wer will denn dann diese Frau Dr. Annelie Hochkofler haben? Oder soll sie vielleicht wieder zurück in die Wirtschaftskammer, um diesen Bereich hier im Hohen Landtag endlich zu bereinigen? Ich möchte aber eines nicht, meine Damen und Herren, daß unter dem Strich der heutigen Sitzung überbleibt, im wahrsten Sinne des Wortes, außer Spesen nichts gewesen. Und das sind Millionenspesen, und das ist schon etwas gewesen, wo es sich gebührt, sich damit auch zu beschäftigen. Das möchte ich auch klipp und klar sagen, ich kann den Landesrat Hirschmann auch nicht aus seiner Verantwortung entlassen, und zwar aus dem Verlauf der Diskussion. Nachdem man dem Landesrat Schmid vorgeworfen hat, Mitwisser gewesen zu sein im Zuge dieses Vertragswerkes mit diesen Infrastrukturkosten, kam vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, ja, ich habe auch nichts gewußt? Dr. Flecker steht dann da und sagt, eben aus diesem Grund haben wir damals nicht mitgestimmt. Jetzt frage ich mich, hat man es gewußt, hat man es nicht gewußt? Aber eine Frage ist ganz sicher offen, und die Antwort drängt sich auf, wer hat es denn gewußt, wenn es zwei Fraktionen nicht gewußt haben? Steht eine Absicht dahinter, bewußt diese Infrastrukturkosten installiert zu haben, daß man eben dort das sogenannte Körpergeld, wie man ja bei den Politikern sagt, unterbringen kann? Und ich wage hier zu behaupten, auf Grund der heutigen Diskussion, daß hier eine Absicht dahintergestanden hat, die dann auch weiterverfolgt worden ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege Peinhaupt, ein Satz. Die sozialdemokratische Fraktion hat zum Zeitpunkt des Regierungsbeschlusses '94 die Aufschlüsselung der Infrastrukturkosten nicht gekannt, genausowenig wie der Kollege Schmid. Wir haben nur gesagt, uns hat schon gereicht, die Entgeltlichkeit der Frau Dr. Hochkofler und die Höhe der Infrastrukturkosten, daß wir dagegen gestimmt haben. Aber wir haben die Aufschlüsselung nicht gekannt, genauso wie der Kollege Schmid nicht!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, nichts anderes wollte ich mit dieser Wortmeldung zum Ausdruck bringen, nämlich die Tatsache beschreibend,

daß zwei Fraktionen in diesem Hause, in dieser Landesregierung, anscheinend nichts gewußt zu haben scheinen, dann bleibt nur mehr eine über, die es nie dementiert hat, die es gewußt haben muß. Und deshalb stelle ich mit Fug und Recht fest, daß man geneigt sein könnte, hier eine Absicht dahinter zu sehen. Aber es geht ja nicht nur um das, der Herr Landesrat Hirschmann hat ja auch gesagt, als Tourismusverantwortlicher, es ist ein gutes Projekt. Und wenn man dem eigentlichen Auftrag Glauben schenken könnte, daß nämlich diese Maßnahme in Amerika und jetzt in Australien eine Koordination von touristischen und wirtschaftlichen Projekten ist, um eben die steirischen Interessen zu wahren, in wirtschaftlicher und touristischer Hinsicht, so muß man ganz klipp und klar sagen – und das sollten Sie auch wissen – man hat anlässlich dieser Ausstellung in Australien 22 australische Reisebüros angehalten, sich in Österreich miteinzukaufen, ein einziger war bereit. Das nur über die touristische Wirkung dahin gehend. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Darf ich jetzt nur schnell etwas sagen? Ich möchte das in aller Deutlichkeit hier sagen, ich bin der einzige, der sich zum Projekt nie geäußert hat, der ganz sicher nie gesagt hat, daß es ein gutes Projekt ist. Ich möchte das zu Protokoll geben!“) Lieber Gerhard, dann widersprichst du dich am heutigen Tage zum zweiten Mal. Du hast das in der heutigen Sitzung in deiner Wortmeldung als ordentliches Projekt bezeichnet. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich habe den Hofrat Feil zitiert und andere Leute!“) Das können wir im Protokoll nachlesen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist halt schwierig, wenn du sagst, deine ganze Wortmeldung besteht nur aus Zitaten, dann reicht es halt nicht. Du mußt halt wirklich einmal sagen, was ist deine Meinung.“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Nein, das gereicht dir nicht zur Ehre!“) Du selbst hast dich hier in diesem Haus anlässlich der Budgetdebatte als Erfüllungsgehilfe bezeichnet. Als Erfüllungsgehilfe, der sich, auch in deiner heutigen Wortmeldung bestätigend, aus der politischen Verantwortung flüchten will, weil ja nicht nur er, sondern die Regierung entscheidet. Ich glaube, das kann man nicht goutieren. Soviel politische Verantwortung muß doch übernommen werden, wenn es speziell um 3,5 – und ich habe heute die neueste Zahl erfahren, bis 6 Millionen – Millionen Schilling gehen sollte.

Und eines freut mich auch ganz besonders in diesem Zusammenhang, daß eben dieser Sonderlandtag dazu beiträgt, diese Sachverhalte aufzuzeigen, daß ein Sonderlandtag dazu beitragen muß, nämlich in Wahrnehmung der Aufgabe eine Bereinigung – und da bin ich beim Prof. Brünner – eine strukturelle Änderung zu bewirken. Freilich wird das nicht von heute auf morgen gehen, das weiß auch der Landeshauptmannstellvertreter, der ja mehr oder weniger mit Altlasten leben mußte, nach eigenen Ausführungen. Nur eines ist mir auch nicht ganz klar, und das möchte ich Ihnen erklären. Zwei Jahre in Kenntnis dieses Sachverhaltes, zwei Jahre kein Handlungsbedarf? Jetzt möge man mir es zugestehen, zu versuchen, zu ergründen, welcher Grund dahinterstehen könnte. Und da komme ich als normalsterblicher Bürger zwangsläufig darauf, wenn ich so ein Trümpferl im Ärmel habe, wie es die Frau Annelie Hochkofler ist, dann werde ich selbstverständlich – und das haben Sie ja die letzten zwei Jahre gemacht, Herr Landeshauptmann –

versuchen, die politisch strategisch wichtigen Positionen zu besetzen, nicht zuletzt, daß auch der Gegenbeweis, daß der Trumpf in meinem Ärmel sitzt. Und meines Erachtens noch moralisch nicht vertretbar, aber in der Politik ein legitimes Mittel, wie sie in den letzten zwei Jahren ja Platz gegriffen haben. Das könnte ich mir ja darunter vorstellen. Ich kann mir auch vorstellen, daß der Fall Konrad den sogenannten Knackpunkt gegeben hat, um dieses Miteinander und das restlose Trümpfspiele nicht mehr zu ermöglichen. Und der Herr Landeshauptmann hat es ja in seinen Vorbemerkungen sehr eindeutig hervorgehoben, daß der Fall - wie er es selbst bezeichnet hat - Konrad abgehandelt hat werden müssen, nachdem die ÖVP ihr gegebenes Wort gebrochen hat. Ich glaube, wenn der Vertrauensbruch einmal so groß ist, dann weiß man, daß man mit diesem As im Ärmel nichts mehr ausrichten kann, und man spielt eben den Ball zurück. Das einzige, was mir nicht erklärlich ist, ist der Grund, warum die ÖVP die Frau Dr. Annelie Hochkofler so halten will und seit - Klubobmann Flecker hat es gesagt - dem Jahr 1987 regelmäßig hochhält. Ich meine, finanziell hochhält und - du hast es, glaube ich, als Günstlingswirtschaft bezeichnet, wenn ich mich richtig entsinne, warum Günstlinge? Die Frage wurde in der heutigen Diskussion nicht beantwortet, und es drängt sich auch hier der Verdacht auf, wo man geneigt wäre zu sagen, vielleicht gibt es hier persönliche Abhängigkeiten, nicht einmal politische. Weil so weit in die Tasche der Steuerzahler zu greifen, um diesen Aufwand erhalten zu können, muß schon eine dementsprechende Motivation dahinterstehen. Meine Damen und Herren, desto höher war unsere Erwartungshaltung, wie wir den Medien entnehmen konnten, daß anlässlich der bereits im Rechnungshofbericht 43 angedeutete Sachverhalt der Dr. Annelie Hochkofler und ihr Naheverhältnis zur ÖVP-Politik angezogen wurde, daß eben dann die Frau Landeshauptmann ihre Australienreise macht, um dem Landtag und der Kraft der Steiermark Genüge zu tun, um diese Sache im freundschaftlichen Einvernehmen, ich glaube, sie hat ja schon einmal eine Förderung bekommen als Wirtschaftslandesrätin, soweit ich das richtig behalten habe, daß man da versucht, einvernehmlich eine Lösung zum Wohle dieses Landes zu verhandeln. Ich muß sagen, ich war wirklich baff, wie die Antwort des Landeshauptmannstellvertreters lautet, ja die Landeshauptfrau hat sogar noch interveniert bei ihm, damit die Frau Hochkofler möglichst schnell - und so denke ich, weil diese Abrechnungen waren in der Rechtsabteilung 10 zu diesem Zeitpunkt, und möglichst ohne Überprüfung diese Auszahlung erfolgen sollte. Ich glaube, das ist eine Art an Menschenverachtung, wenn man heute hergeht, den Bürgern draußen glauben machen will, wir stehen zusammen, mit der Kraft der Steiermark werden wir alle an uns heran tretenden Probleme schaffen, und auf der anderen Seite einen Privilegienstaad und eine Produktionswirtschaft hochhalten, die der Ehre dieses Hauses nicht entspricht. Meine Damen und Herren, es ist durchaus legitim, daß auch Fehler gemacht werden. Und auch der Kurtl Flecker hat es gesagt. Und wenn man halt Fehler macht, dann soll man zu diesen Fehlern stehen, das erwartet man sich von der Ehrlichkeit der Politik, die hier Platz greifen sollte. Aber ich sage Ihnen, wenn zum Fehlen des Maßes auch noch

das der Moral hinzukommt, dann muß man die Verantwortlichen - so nehme ich an - direkt angreifen.

Meine Damen und Herren, auf Grund dieser politischen Diskussion in diesem Hause verstehe ich eines wirklich nicht. Man geht von seiten der ÖVP her und schiebt - entschuldige jetzt bitte das unter Führungszeichen zu sehen - dem roten Peter den Schwarzen Peter zu. Die ÖVP schiebt dem roten Peter den Schwarzen Peter zu. Diese Postenschacherei ist doch bitte kein Schwarz-Peter-Spiel. Ich verstehe meine Kolleginnen und Kollegen der SPÖ mit Sicherheit nicht, wenn sie einem Untersuchungs-Ausschuß ihre Zustimmung nicht geben würden, ganz alleine aus dem Grund, jetzt sind sie eh schon so oft über den Tisch gezogen worden. Ich nehme an beim Fall Konrad. Der Landeshauptmannstellvertreter, er hat selbst gesagt, er steht zu seinen Vereinbarungen, entspricht seinem Charakter, er steht dazu. Und jedesmal ist er wieder das „Bauernopfer“ auf Grund mangelnder Verlässlichkeit. Du brauchst gar nicht so lachen. Es würde der Ehre dieses Hauses gereichen und die Aufsichtsratspflicht hier in diesen Räumen zur Gänze der Wahrnehmung zuführen, wenn ihr euch entscheiden könntet in Anbetracht des andauernden „Verrates“, diesem Antrag auf Untersuchungs-Ausschuß beizutreten. Meine Damen und Herren, Sie wie ich wissen, daß sich noch vieles im dunklen Kämmerlein befindet, und ich will jetzt nicht über die Farbe und die Zugehörigkeit sprechen. Und um diesem einen Riegel vorzuschieben, hat der Kollege Erlitz vor mir einen Entschließungsantrag eingebracht, der dem FPÖ-Antrag abgeschrieben worden ist, bist auch du mitgegangen, wirst dich noch erinnern können. Ich denke, daß wir davon überzeugt sind, in unserem Entschließungsantrag eine weitreichende Lösung, zumindest Zwischenlösung, vorzusehen. (Abg. Dr. Flecker: „Wir wollen den Rechnungshof einschalten, und ihr sucht einen Weg. Das Ziel ist das gleiche!“) Wir wollen gemeinsam das Ziel erreichen, folgedessen sind alle Fraktionen eingeladen, dem Beschlußantrag, den ich Ihnen jetzt zur Kenntnis bringen darf, auch beizutreten:

Der Beschlußantrag der freiheitlichen Abgeordneten, betreffend sofortige Einstellung der Förderungen an das Projekt „Imperial Austria“.

Begründung:

Über den Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ werden differierende Projekte verschieden gefördert. Auch für das Projekt „Imperial Austria“ wurde bis dato ein Betrag von mindestens 2,1 Millionen Schilling angewiesen. Im Sinne einer Nachvollziehbarkeit der Mittelverwendung ist eine Überprüfung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“ durch externe Experten beschlossen worden, die das Ziel hat, die gesamte Gebarung dieses Vereines transparent darzulegen.

Daher stellen unterfertigte Abgeordnete den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bis zum Zeitpunkt des Vorliegens des Ergebnisses der Überprüfung der Gebarung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“ sämt-

liche Förderungen umgehend einzustellen und spätere Subventionen an den Verein nur unter der Auflage, daß der Landesrechnungshof die Gebarung des Vereines überprüfen darf, erfolgen kann.

Ich denke, meine Damen und Herren, das sind wir der Verantwortung, die wir für uns in diesem Hause zu tragen haben, schuldig, daß wir diesen Schritt auch gemeinsam setzen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hohegger. Er hat das Wort.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (13.57 Uhr):** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Wir haben heute hier wieder einen sogenannten Sonderlandtag abgeführt, und es sollte eigentlich so sein, daß sich die Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages mit relevanten Fakten, mit Faktenwissen und wirklich kompetent zum Thema äußern können. In Wirklichkeit ist es so, daß all jene, die zumindest hier von diesem Pult aus gesprochen haben, nach meinem Geschmack wie die Blinden von der Farbe sprechen (Abg. Kaufmann: „Er ist der einzige Sehende!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Gott sei Dank sind Sie Brillenträger, Herr Kollege Hohegger!“), weil kein Abgeordneter oder keine Abgeordnete dieses Hauses auch nur den Rohbericht des Rechnungshofes kennt. Das heißt, wir sind alle gemeinsam nicht in der Lage, uns hier mit wirklichen Fakten auseinanderzusetzen. Das ist das eine. Und Frau Mag. Bleckmann, bei allen Sonderlandtagen (Mag. Bleckmann: „Sie brauchen nur die Zeitungen zu lesen!“), ja, Sie haben meinen Respekt, Sie brauchen nur die Zeitungen lesen, bei allen Sonderlandtagen stellen Sie sich als die absolute Sauberfrau her, und Sie haben gesagt, Sie brauchen nur die Zeitungen zu lesen, heute: FPÖ-Mandatar untergetaucht, Motiv: Geldprobleme? (Abg. Mag. Bleckmann: „Das hat viel mit der Frau Hochkofler zu tun!“) Das sei nur an Ihre Adresse gerichtet zum Zeitung lesen. (Abg. Porta: „Mein Gott!“ – Abg. Wiesner: „Wir sind alle da!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich bitte, ihn reden zu lassen!“ – Abg. Schrittwieser: „Alle, die nicht abgesetzt worden sind, sind untergetaucht!“) Und ich meine, wir sollten im gemeinsamen Interesse unseres Landes und der Politik mit dem Instrumentarium des Sonderlandtages etwas vorsichtiger umgehen, zum einen. Zum Zweiten, stellen wir alle Abgeordneten, wie wir hier sind, lauter Ferndiagnosen. Wenn wir das Projekt und die Frau Dr. Hochkofler, die immerhin noch eine Mitarbeiterin des Unternehmens Steiermark ist, so zerlegen hier, wenn diese 56 Abgeordneten sie so zu zerlegen versuchen, dann frage ich alle 56 Abgeordneten dieses Hohen Hauses, wer von uns oder von euch hat jemals schon ein internationales Projekt gemanagt und erfolgreich gemanagt? Es wird hier einer Frau Dr. Hochkofler etwas unterstellt oder vorgeworfen, oder dem Land, oder wem immer vorgeworfen, was wir selbst noch nicht in der Lage waren, auch nur annähernd unter Beweis zu stellen. (Abg. Schrittwieser: „Zum Schluß kommen!“) Und da meine ich, sollte jeder, der hier hergeht und große Sprüche von sich gibt, darüber nachdenken.

Und jetzt komme ich zum Projekt „Imperial Austria“ einmal konkret und auf das Thema Internationalisierung. Und, meine Damen und Herren, wir werden alle aufgerufen, unsere Steiermark mit ihrer Aufschwungphase, mit ihren hervorragenden Kennziffern international zu präsentieren, und nicht zu verstecken. Und ich sage auch, es kann nicht weit genug in der Welt sein, wo wir über die positiven Aspekte unseres Landes sozusagen auf unsere Steiermark aufmerksam machen. (Abg. Vollmann: „Wenn du nur immer so positiv denken würdest!“) Wir sind gefordert, für unser Land ein positives Standortmarketing zu betreiben, und diese Miesmacherei vom ersten Haus des Landes gegenüber dem eigenen Land ist unverantwortlich. (Beifall bei der ÖVP.) Und Frau Mag. Bleckmann oder an die freiheitliche Fraktion, es geht darum, daß wir unter anderem die Steiermark dort präsentieren, wo der Herr Dr. Jörg Haider seinen Nachhilfeunterricht holt, und zwar in Amerika. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, und das bringt dem Tourismus in der Steiermark soviel, gel? Haben Sie sich die Tourismuszahlen schon angeschaut?“) Eine internationale Wirtschaft kann ohne Amerika weltweit nicht stattfinden, und wir sind heute wirtschaftspolitisch so gerüstet, daß wir auf allen Märkten der Welt uns präsentieren können. Und ich habe vorhin gesagt, ich spreche nicht wie der Blinde von der Farbe, weil ich den Rechnungshofbericht nicht kenne. Ich kenne ihn nicht. Nur eines möchte ich der Fairneß halber auch noch dazusagen. Der Fairneß halber sollte man auch darüber reden, wieviel Sponsormillionen die Frau Dr. Hochkofler für das Projekt, für die Projekte und damit für die Steiermark, realisiert hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Hast du kein Vertrauen zu den Medien?“) Wieviel Prozent davon haben wir Abgeordnete davon aufgetrieben? (Abg. Schrittwieser: „Das ist ihre Aufgabe, Herr Kollege!“) Und ich denke, es wäre ein Gebot der Fairneß, auch über die positiven Aspekte dieser unserer Frau Dr. Hochkofler einmal zu sprechen, und hier nicht nur den Rechnungshofrohbericht, den wir gar nicht kennen, sozusagen dauernd durch den Kakao ziehen. (Abg. Schinnerl: „Hol sie zurück zur Wirtschaftskammer!“) Und eines, wenn es schon anscheinend primär um die Infrastrukturkosten geht, meine Damen und Herren. Und ich frage mich, was diese Sonderlandtage, wie wir heute einen abführen, was dieser nun kostet. Also das möchte ich auch nicht nachrechnen, auch das sind Infrastrukturkosten in der Steiermark.

Und nun zum Schluß darf ich, Herr Klubobmann Flecker, Herr Hofrat Dr. Flecker, auf Sie eingehen, weil Sie so nebenbei hier auch das Wifi angesprochen haben, und da fühle ich mich schon verantwortlich, eine Richtigstellung herbeizuführen. Ich habe mit Ihnen, Herr Hofrat Dr. Flecker, im Prinzip noch nie Probleme gehabt. Auch Sie haben meinen Respekt, und das meine ich ernst. Aber wie Sie heute in Nebensätzen so unterschwellig Aktivitäten durch den Kakao ziehen, das möchte ich mir nicht gefallen lassen und möchte folgendes richtigstellen. Und zwar geht es um diese sogenannte Subvention, die die damalige Wirtschaftslandesrätin an das Wifi über Beschluß der Landesregierung zur Auszahlung gebracht hat. Und ich darf Ihnen folgendes sagen. Diese causa wurde vom Landesrechnungshof sehr wohl schon geprüft. Und was ist geschehen? Ich sage Ihnen zuerst, was wir

gemacht haben. (Abg. Dr. Flecker: „Was sagt der Rechnungshof, ich weiß es nicht!“) Und zwar, wir haben folgendes gemacht, Herr Dr. Flecker, wir haben Marktstudien als vorbereitende Projektarbeit für das Vorhaben „Imperial Austria“ auf dem US-Markt geleistet und zu dem noch dazu, was haben wir zusätzlich gemacht, und zwar, wir haben Warenpräsentationen von steirischen und österreichischen Firmen in den Museumshops dort realisiert, wo überall die Ausstellungen stattgefunden haben. Wir haben unter Einbindung der Außenhandelsstellen für die Organisation und Durchführung von Österreichabenden an jedem Ort der Ausstellung mitgewirkt. Es hat weiters, von uns organisiert, zwei mehrtägige Tourismusworkshops in Texas und in Kalifornien gegeben unter Einbindung der Steiermark-Werbung, unter Einbindung der Landeshauptstadt Graz, unter Einbindung von Salzburg, unter Einbindung von Wien. Und hier vor allem ging es immer darum, wirtschaftliche Potentiale und Tourismuspotentiale gemeinsam mit der Außenhandelsstelle in Los Angeles und Houston zu realisieren. Weiters haben wir gemeinsam einen Standard, ein Österreichmedium, in englischer Sprache für den amerikanischen Markt gemeinsam mit der Bundeswirtschaftskammer und dem WIFI Steiermark herausgebracht. Das nur zu „Imperial Austria“. (Abg. Dr. Flecker: „Herr Kollege, darf ich ...!“) Nein, jetzt bin ich am Wort, fertig. Weiters hat es gegeben Beteiligung steirischer Firmen an der Technologiefachmesse WESCON in San Franzisko, daran haben sich 20 steirische Firmen beteiligt. Weiters hat es Messebeteiligungen steirischer Unternehmen an folgenden Messestandplätzen gegeben: München, Turin, Bologna, Triest, Pordenone, Hannover, Rom und Padova. Insgesamt haben sich an diesen Projekten 70 steirische Firmen beteiligt. Und darüber hinaus hat es auch noch Firmenpräsentationen aus der Steiermark in Basel, in Zagreb und in Celje gegeben, daran haben sich 30 steirische Firmen beteiligt. Insgesamt haben sich weit über 100 steirische Unternehmen an den vom Wifi realisierten Internationalisierungsprojekten beteiligt. Und das Wifi als Wirtschaftsförderungsinstitut hat dafür 6,6 Millionen Schilling aufgewendet, und das Land Steiermark, die Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark hat sich daran mit 800.000 Schilling beteiligt. Das wollte ich Ihnen nur sagen, Herr Dr. Flecker. (Abg. Dr. Flecker: „Darf ich Sie was fragen, bevor ich noch einmal hinausgehe? Sie können also 100prozentig ausschließen, daß von diesen Geldern auch nur ein Schilling an die Frau Hochkofler ging?“) Also ich kann Ihnen sagen – (Abg. Dr. Flecker: „Sie können das 100prozentig ausschließen?“) Was? (Abg. Dr. Flecker: „Können Sie das 100prozentig ausschließen, daß von den Geldern etwas an die Frau Hochkofler gegangen ist?“) Ich kann Ihnen sagen, daß wir von diesen 800.000 Schilling diese Internationalisierungsprojekte unterstützt haben. Sie können selbst erkennen, wenn Sie das gehört haben, was ich jetzt gesagt habe, von diesen 800.000 Schilling erging kein Schilling an die Frau Dr. Hochkofler. (Abg. Dr. Flecker: „Aber von dem anderen schon? Also 6 Millionen waren es, von den 800.000 ist nichts an die Frau Dr. Hochkofler gegangen, aber von dem anderem Geld ist es gegangen? Das ist interessant, das müssen wir klären!“) Herr Dr. Flecker – (Abg. Dr. Flecker: „Reden wir zum

Rechnungshofbericht. Werden wir sehen, ob Sie das aufrechterhalten!“) Ich wollte Ihnen nur sagen, was wir mit dem gemacht haben und daß ich das nicht so stehen lassen kann, daß Sie so unterschwellig hier irgendwelche Dinge sozusagen unterjubeln. (Abg. Dr. Flecker: „Wären Sie bereit, diese Förderung durch den Landesrechnungshof überprüfen zu lassen?“) Herr Hofrat Flecker, in Wirklichkeit geht es darum, daß wir die Internationalisierung der Steiermark bestmöglich vornehmen sollen, und es geht auch darum, daß wir Abgeordnete, bevor wir nicht Rechnungshofberichte mit allen Daten und Fakten haben, hier einen sogenannten Sonderlandtag inszenieren, der im Endeffekt die Steiermark nach meinem Verständnis nicht weiterbringt. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. – 14.09 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat sich Herr Präsident Vesko zu Wort gemeldet.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (14.09 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Manchmal kann man es sich nicht verbeißen, doch auf das eine oder andere noch eingehen zu müssen. Herr Kollege Hohegger, ich habe die Zeitung auch gelesen, ich freue mich wahnsinnig, daß Sie sie auch gelesen haben, und habe Sie auch sehr gut verstanden. Ich befürchte nur, daß es eine bunte Vielfalt von Möglichkeiten aus diesem Bereich heraus gebe, er könnte vom Berg gefallen sein, er könnte Opfer eines Verbrechens geworden sein. Es könnte auch durchaus der Fall sein, daß er selber was angestellt hat und die Flucht ergriffen hat. Wir werden das in Ruhe erwarten, und wir werden es mit Anstand zu tragen haben, wenn es so sein sollte, und wenn es anders ist, dann zeigt es immer wieder, was es bedeutet. Ich möchte aber zwei wesentliche Dinge noch herausstreichen. Von wegen der Blinden mit der Farbe, Herr Kollege Hohegger, das, was alles in der Zeitung gestanden ist, und alles, was die Bevölkerung über die Medien erfahren hat, wäre, wenn nicht der Landtag oder das Land oder wer immer in irgendeiner Form darauf reagiert hätte, bitte zum Spielball aller Möglichkeiten geworden. Ich glaube, daß es sinnvoll ist, hier in einem Sonderlandtag festzulegen, was zu geschehen hat. Wir sind der Ansicht, daß es ein Untersuchungsausschuß sein soll. Wir sind mit dieser Ansicht nicht allein, und ich glaube, daß es auch sinnvoll wäre, hier in Ordnung diese Dinge abzuwickeln. (Beifall bei der FPÖ.) Und wenn man, Herr Kollege Hohegger, dann ein Resultat hat und sagen kann, so ist es, und das hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter sehr klar zum Ausdruck gebracht. Ich kann auch erst handeln, wenn ich weiß, was dahinter ist, und ich bin dabei, diese Information mir zu holen. Und wir als Landtag haben die Pflicht und Schuldigkeit, wenn wir schlußendlich Beschlüsse fassen wollen, uns auch dementsprechend zu informieren. Daher sollte dieser Untersuchungsausschuß stattfinden.

Kollege Flecker, ich habe Ihre Ausführungen sehr sorgfältig gehört, und gleich Ihr Einstieg hat mir sehr gut gefallen. Jawohl, es gäbe andere Prioritäten. Und ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß es eine Fülle von anderen Prioritäten gäbe, die wir heute tun sollten, die

wir nicht tun können, weil uns das Geld dafür fehlt. (Abg. Dr. Flecker: „In dem Fall hätten wir sogar das Geld gehabt, aber der Mühlbacher hat gesagt, die Lehrwerkstätte sperren wir zu!“) In dem Fall hätten wir sogar das Geld gehabt, aber es gibt noch andere Fälle, die in dem Fall zu erwähnen sind. Es ist halt klar, wir müssen, wenn wir Notwendigkeiten abzudecken haben, die es einfach gibt, auch dafür sorgen, daß wir die Prioritäten anders setzen. Beides ist wichtig, beides soll geschehen. (Beifall bei der FPÖ.)

- Zu den Ausführungen der beiden Regierungsmitglieder in Beantwortung der Anfrage bin ich eigentlich im wesentlichen damit zufrieden, daß ich feststelle, daß es ihnen in etwa so ergangen ist wie uns allen, sie haben auch nichts gewußt. Sie haben auch nichts gewußt, es hat der und der nicht gewußt, worum es geht. Um auch der Regierung genug Licht für dieses Unternehmen zur Verfügung zu stellen, halten wir also diesen Untersuchungs-Ausschuß für sehr, sehr notwendig. Ich möchte aber zum Vertrag selbst noch etwas sagen. Meine Damen und Herren, es kann doch bitte nicht sein, daß das Land einen Vertrag abschließt, der unkündbar ist, das Land einen Vertrag abschließt, der sich auf einen bestimmten Punkt beschränkt, das heißt, es muß New York sein. In der Zwischenzeit ist das relativiert worden, es muß deshalb New York sein, weil dort die Sponsoren sitzen. Die Ausstellung in Australien findet schon statt, die Sponsorverträge sind zum Teil ausgehandelt. Es müßte also reichen. Ich glaube, daß da andere Gründe dahinterstehen. Ich bin auch der Ansicht, daß es selbstverständlich - und das regeln auch die Gesetze - eine Möglichkeit geben muß, diesen Vertrag zu lösen. Ich bin immer für eine einvernehmliche Lösung, weil ich glaube, daß - und da unterscheiden wir uns, Kollege Hohegger, von Ihren Ausführungen sehr deutlich - es ist nicht um die Frau Dr. Hochkofler gegangen. Ihre Leistung, ihre Arbeit selbst hat niemand bestritten, weder der Herr Landeshauptmannstellvertreter noch einer der Redner, die hier im Haus gesprochen haben. Sie waren der erste, der es in diese Richtung gedreht hat, aber Sie sind in vielen Bereichen der erste in unverständlichen Dingen. Es ist eine Fortsetzung Ihrer Linie. Aber ich möchte eines dazusagen, selbstverständlich war dieses Land Steiermark mit einer Ausstellung gut repräsentiert, möchte ich gar nicht bestreiten. Es ist sehr gut, wenn man anderswo sich präsentieren kann. Frau Kollegin Zitz ist anderer Meinung, was die Form betrifft. Ich teile diese Form nicht. Unsere historische Tradition, und unser Zeughaus ist ein - möchte ich fast sagen - Unikat, die größte Sammlung historischer Waffen, die in unzerstörtem, ungeteiltem Zustand erhalten ist, auch wenn wir nur einen Teil dieser Präsentation dort machen können. Aber touristisch bitte, und das sagen alle Touristiker, und ich habe mir sorgfältig die Aussagen herausgesucht, hat es nichts gebracht. Weil in dem Zeitraum von der Ausstellung bis heute ist der Anteil der Amerikaner am Tourismus in der Steiermark um ganze 104 Personen gestiegen, so habe ich gelesen, wobei ich dazusagen muß, ich bin überzeugt davon, daß es im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß sich der Dollar aus dem im Jahre 1994 Stand von knapp unter 10 Schilling pro Dollar auf in der Zwischenzeit knapp über 13 Schilling erhöht hat und daß das ein Anreiz war, ins gute alte Europa zu kommen und vielleicht auch nach

Österreich zu kommen. Ich halte es aber trotzdem für sinnvoll und notwendig, daß wir unsere touristischen Aktivitäten auch in jenen Ländern setzen, wo wir noch nicht so gut repräsentiert sind. Nur, dann muß ich bitte dazusagen, dann muß man diese Ausstellung auch dazu verwenden, bei dieser Gelegenheit nicht nur das Zeughaus zu präsentieren, sondern alles, was die Steiermark zu bieten hat, vom hohen Norden bis ins Weinland hinunter, vom Wintersport bis zu den Thermen, und alles, was an Attraktivität gegeben ist. Und das hat nicht stattgefunden, Herr Kollege Hohegger. Das ist das, was mir fehlt. (Abg. Mag. Ing. Hohegger: „Man kann ja was Gutes weiterentwickeln!“) Herr Kollege Hohegger, ich bin der Ansicht, daß wir immer Botschafter unseres Landes sind, und keiner von uns darf es je versäumen, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, wo immer er sich in Österreich oder im Ausland befindet, darauf hinzuweisen, wie schön es ist in der Steiermark, wie gut es ist, was wir für nette Leute sind, was wir für eine schöne Landschaft haben, weil schlußendlich der Tourismus in vielen Bereichen ein Standbein für die Wirtschaft ist und ein Arbeitsplatzgeber für die Bevölkerung sein kann. Und daher ist es unsere Aufgabe, das zu tun. Und wenn Sie mir gesagt hätten, Herr Kollege Hohegger, wir haben das viele Geld, das wir bei Subventionen und so weiter bekommen haben, bei Messen verwendet, ist dies ein Teil. Aber wenn wir auch bei dieser Ausstellung dort mit nahezu an Penetranz grenzender Gründlichkeit die Steiermark mitverkauft hätten, und nicht nur das gute Image in bezug auf das Zeughaus und den kulturellen Teil, dann hätten wir etwas sehr Gutes getan. In diesem Sinne glaube ich, daß die heutige Sitzung positiv war, weil sie gezeigt hat, was wir unterlassen haben, weil sie gezeigt hat, was wir noch zu tun haben und wie wir vielleicht in Zukunft solche Projekte angehen. Und ich bin der Meinung, daß ein Untersuchungs-Ausschuß uns auch helfen wird und auch anderen helfen wird, Verträge und Projekte und die Vorbereitung der Projekte entsprechend anders durchzuführen, und daher ersuche ich Sie in diesem Zusammenhang, diesen Untersuchungs-Ausschuß zu unterstützen und darf auch noch den Antrag gemäß der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einbringen, der von einer ausreichenden Zahl an Abgeordneten unterzeichnet ist, sowohl der Liberalen als auch der Freien, daß wir die namentliche Abstimmung für diesen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses fordern. Danke! (Beifall bei der FPÖ. - 14.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri:

**Abg. Keshmiri (14.18 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren auch im Zuschauerraum!

Ich habe mich jetzt noch kurz zu Wort gemeldet, weil ich zu dem Antrag, zu dem Unselbständigen Entschließungsantrag der SPÖ und der ÖVP kurz Stellung nehmen wollte. Erlauben Sie mir aber vorher noch ein paar kurze Vorbemerkungen. Ich war heute nicht überrascht darüber, daß Herr Landeshauptfraustellvertreter Dr. Schachner und Landesrat Hirsch-

mann die politische Verantwortung dafür übernommen haben, was hier in der letzten Zeit mit der Ausstellung „Imperial Austria“ passiert ist. Es ist meiner Meinung nach nicht schwer, eine politische Verantwortung dafür zu übernehmen, wenn man keine Konsequenzen zu tragen hat. Und dann darf man sich auch nicht wundern, wenn in der Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit der Politik sehr in Frage gestellt wird und die Politikverdrossenheit immer mehr in den Vordergrund gedrängt wird.

Und da nützt es auch nichts, wenn bei Anlaßfällen, so wie beim Fall Konrad zum Beispiel, der Antrag zurückgezogen wurde, und wie in dem jetzigen Fall, der Antrag gestellt wird auf Auflösung des Vertrages von Frau Dr. Hochkofler. Ich habe heute den Eindruck bekommen, daß sich dieser Landtag immer mehr zu einer politischen Spielwiese der Proporzregierung entwickelt, wo es eigentlich nur um die parteipolitischen Interessen geht, die im Vordergrund stehen, und nicht um die Sache an sich selbst.

Und wenn ich mir jetzt den Beschlußantrag anschau der Abgeordneten Ertlitz, Lopatka, Flecker und Schützenhöfer, dann frage ich mich, warum sind wir hier viereinhalb Stunden gesessen, wenn es plötzlich wieder ein Miteinander gibt? Das heißt, einerseits sagt die ÖVP, und da der Herr Kollege Lopatka und der Herr Kollege Hohegger, daß es nicht sinnvoll ist, die Ausstellung zu beenden, und dann nehmen sie am Entschließungsantrag der SPÖ teil. Andererseits wieder haben wir die SPÖ aufgefordert, einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses von uns zu unterstützen, aber da wartet man wieder, bis sich der Rechnungshofbericht einstellt. Also für mich eine politische Spielwiese ohne effiziente Aussagekraft und ohne Konsequenzen.

Wir werden den Antrag deshalb nicht unterstützen, weil wir der Meinung sind, daß die Steiermark nicht unter der politischen Verantwortungslosigkeit der zuständigen Landesregierungsmitglieder leiden sollte. Wir sind sehr wohl der Meinung, das hat auch Christian Brünner vorher angesprochen, daß es sinnvoll wäre, die Sonderausstellung weiterzuführen, natürlich mit einem umfassenden Ausstellungskonzept, wo auch dann die Kosten dementsprechend angeführt sind. Ansonsten ist der Entschließungsantrag in unserem Sinne, aber wie gesagt, auf Grund des ersten Punktes werden wir dem Antrag nicht zustimmen. Danke! (Beifall beim LIF. – 14.21 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich darf die Reihenfolge der Abstimmung entsprechend der Anträge durchführen.

Erstens über den Entschließungsantrag der SPÖ, ÖVP, der Grünen und FPÖ, betreffend „Imperial Austria“. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Zweitens über den Entschließungsantrag der Grünen, der SPÖ, des LIF und der ÖVP, betreffend die Anbringung einer Gedenktafel im Zeughaus. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Drittens über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend sofortige Einstellung der Förderungen an das Projekt „Imperial Austria“. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen.

Dieser Antrag ist in der Minderheit und somit nicht angenommen.

Viertens über den Antrag des LIF, der FPÖ und der Grünen, betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der namentlich abgestimmt wird. Ich bitte den Kollegen Purr, an das Rednerpult zu kommen, um die Aufrufung der Namen der Abgeordneten durchzuführen. Die Abgeordneten werden ersucht, mit einem deutlichen Nein oder Ja zu antworten.

**Abg. Purr:**

**Bacher Johann:** nein.

**Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud:** nein.

**Beutl Walburga:** nein.

**Mag. Bleckmann Magda:** ja.

**Dr. Brünner Christian:** ja.

**Dietrich Waltraud:** ja.

**Dirnberger Erwin:** nein.

**Mag. Ertlitz Wolfgang:** nein.

**Dr. Flecker Kurt:** nein.

**Gennaro Kurt:** –.

**Dipl.-Ing. Getzinger Günter:** –.

**Dipl.-Ing. Grabner Heinz:** nein.

**Gross Barbara:** nein.

**Mag. Hartinger Beate:** ja.

**Dipl.-Ing. Hasiba Franz:** nein.

**Heibl Otto:** nein.

**Herrmann Siegfried:** nein.

**Ing. Mag. Hohegger Peter:** nein.

**Huber Ernst:** nein.

**Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz:** nein.

**Dr. Karisch Eva:** nein.

**Kaufmann Monika:** nein.

**Keshmiri Margit:** ja.

**Ing. Kinsky Hans:** nein.

**Korp Ernst:** nein.

**Kröpfl Walter:** nein.

**List Kurt:** ja.

**Dr. Lopatka Reinhold:** nein.

**Ing. Löcker Hans:** nein.

**Majcen Franz:** nein.

**Ing. Peinhaupt Herbert:** ja.

**Porta Manfred:** ja.

**Posch Günther:** nein.

**Prutsch Alfred:** nein.

**Prutsch Günther:** nein.

**Purr Reinhold:** nein.

**Pußwald Hermine:** nein.

**Dr. Reinprecht Ilse:** nein.

**Riebenbauer Franz:** nein.

**Schinnerl Peter:** ja.

**Schleich Franz:** nein.

**Ing. Schreiner Franz:** ja.

**Schrittwieser Siegfried:** nein.  
**Schuster Karl:** nein.  
**Schützenhöfer Hermann:** nein.  
**Straßberger Josef:** nein.  
**Dr. Strenitz Dieter:** nein.  
**Tasch Kurt:** nein.  
**Tschernko Peter:** nein.  
**Ussar Siegfried:** nein.  
**Dipl.-Ing. Vesko German:** ja.  
**Vollmann Karlheinz:** nein.  
**Dr. Wabl Martin:** ja.  
**Wicher Annemarie:** nein.

**Wiedner Karl:** ja.  
**Mag. Zitz Edith:** ja.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Es haben sich 14 Abgeordnete dem Antrag angeschlossen, zwei Abgeordnete haben nicht teilgenommen und 40 Abgeordnete haben den Antrag abgelehnt.

Somit wurde dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.  
Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 14.27 Uhr.)

